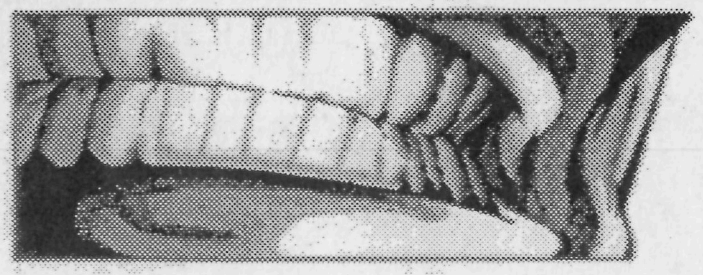
ZEITUNG FÜR ANTIFASCHISMUS UND MEHR

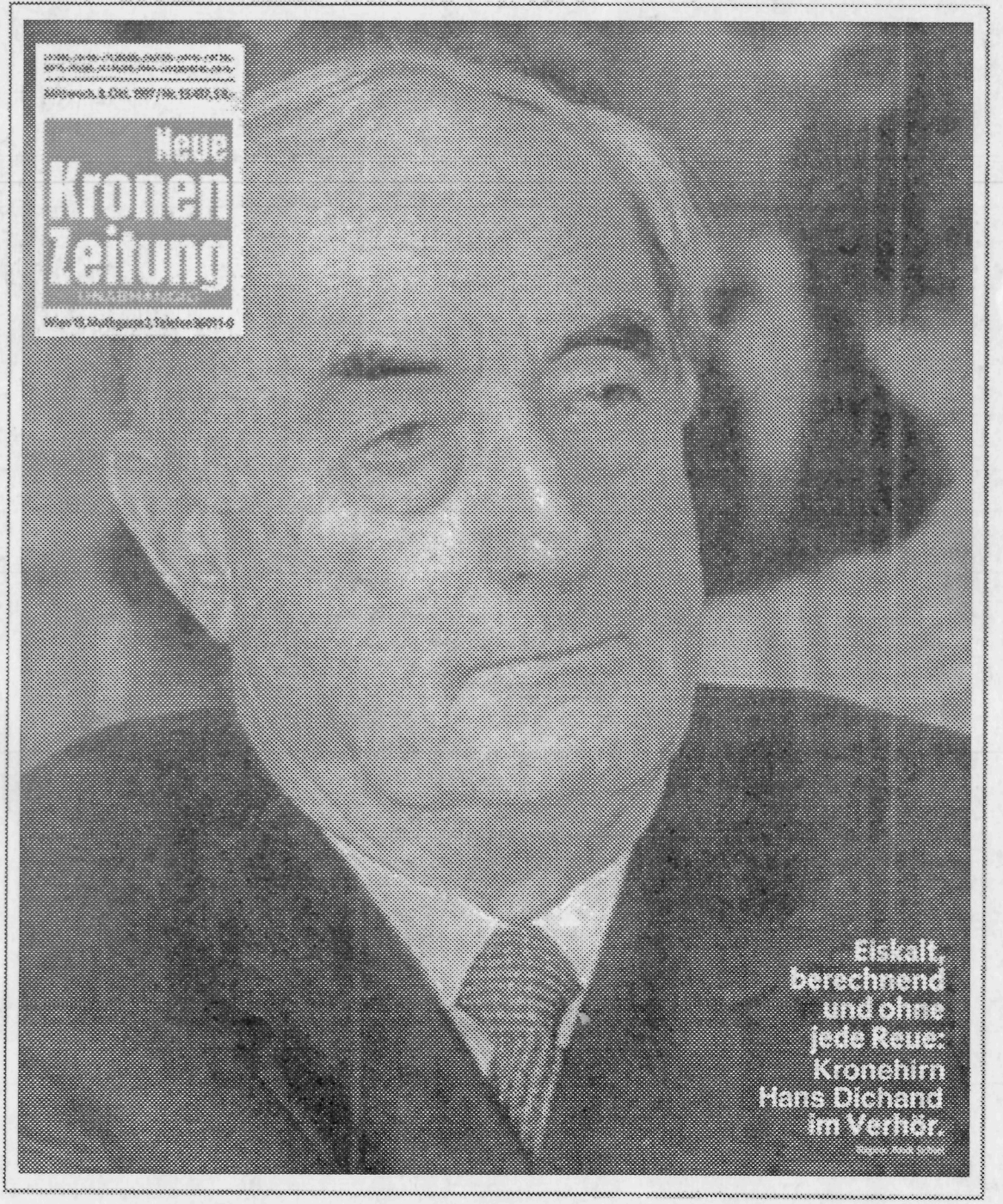


Lotta DURA

Nr. 10 / 97

Euro 1,808/ öS 25 / DEM 5 / sFr 5

Ein Bild wie ein Geständnis



DER KAMPF WIRD HÄRTER

Er war also unter uns, der Briefbomber: Kein Nazi, sondern ein „Genosse" (FPÖ-Klubobmann Stadler), kein Rassist, sondern einer der sich stets für die Schwachen der Gesellschaft eingesetzt und sogar für caritative Organisationen gespendet hat, kein Frauenfeind, sondern ein Opfer einer slowenischen (!) Heiratsschwindlerin, die mit seinen Ersparnissen verschwand, kein normaler Österreicher, sondern ein Genie und gleichzeitig „schwerkranker Psychopath" (Innenminister Schlögl), ja, nicht ein mal ein Mensch, sondern „ein einsamer Wolf" (Neue Kronen Zeitung). Vor allem aber war Franz Fuchs - ein Einzeltäter. Die Gründe für dessen kriminelle Machenschaften offenbart uns die „Kronenzeitung", die das Volk sprechen läßt: „Der Schlüssel zum Franz is ganz g'wiß sein Großvater, der Petritsch-Otto. Er war a Ausländer. Italiener hams zu ihm g'sagt. A ganz a G'fährlicher und Schlimmer, aber sehr gescheit."

All diese Versuche der Uminterpretation des BBA-Terrors zum Werk eines einzelnen Wirrkopfes (mit italienischem Großvater und slowenischer ex-Freundin!) gehorchen dem Wunsch, das rechtsextreme und rassistische Umfeld auszublenden. Peter Rabl bringt diesen Wunsch im „Kurier" auf den Punkt: „Redliche Analyse gebietet etwa das Eingeständnis, daß Jörg Haider in diesem Zusammenhang wohl unrecht getan wurde. Der 'Ziehvater des rechtsextremen Terrors' ist schon mangels des letzteren nicht mehr haltbar."

Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Österreichs oberster Polizist Michael Sika gibt offenherzig Auskunft, warum die Ermittler an der Einzeltäterthese festhalten: mit der Annahme mehrerer Täter wäre es nämlich „wieder politisch geworden". Und genau das wollen alle verhindern. Von Haider bis Schlögl, „Kronenzeitung" bis „Presse" hat niemand ein Interesse daran, die politischen Dimensionen des Falles auszuleuchten. Da fragen sich Behörden wie gleichgeschaltete Medien angesichts der eigentlich vielsagenden Opferauswahl und von Bekennerbriefen, die vor Deutschtümelei und Rassismus nur so strotzen, was denn den armen Fuchs, diese österreichische Ausgabe des UNA-Bombers, angetrieben habe.

Bis dato sprachen jedoch unter anderem die Bekennerbriefe mit ihrem geballten Wissen über germanische Urzeiten gegen die Einzeltäterthese. Jetzt, da mit zweiwöchiger Verspätung die Bücher gefunden wurden, aus denen Fuchs sein historisches Wissen bezogen haben soll, verstummen langsam auch die letzten ZweiflerInnen an der Einzeltätertheorie. Warum Fuchs, der angeblich angesichts der mit 1. Oktober möglich gewordenen Rasterfahndung nervös geworden sei, ausgerechnet die historische Bücher außerhalb seiner Wohnung versteckt und sein Bombenarsenal aber bei sich behalten haben sollte, bleibt das Geheimnis der Ermittler und ihrer medialen Sprachrohre...

Zu dieser Nummer

Wir führen unsere Auseinandersetzung mit dem Charakter der FPÖ in diesem Heft fort. Jetzt interessiert uns das neue Programm der Haider-Partei. Wenn wir dieses mit mit „neurechten" Ansätzen vergleichen, heißt das weder, daß wir die FPÖ für eine „neurechte" Partei, noch daß wir den Begriff überhaupt für brauchbar halten. Vielmehr wollten wir im Rückgriff auf die Arbeit Jost Müllers zeigen, in welchem Ausmaß FPÖ-Ideologen an der spezifischen Verklammerung von Konservativismus und Faschismus arbeiten.

Daneben soll die Bedeutung des Parteiprogrammes nicht überschätzt werden. Gerade faschistische Bewegungen zeichnen sich durch eine inhaltliche Offenheit aus, die sich auch in den vagen und oft widersprüchlichen programmatischen Formulierungen äußert. Für diese Typen von Parteien geht es mehr darum, *wie* etwas gesagt wird. Der Haider-Berater Andreas **Mölzer** spricht dies auch umwunden aus: „Wer liest schon Parteiprogramme, insbesondere freiheitliche, wenn Jörg Haiders Wahlkampfreden einfach bedeutenderen Unterhaltungswert haben?"

Es gibt was zu Feiern: vor euch liegt die zehnte Nummer. Da wir aber keine AnhängerInnen großer Reden sind, sparen wir euch und uns das Jubilieren. Nur soviel soll gesagt sein: Wenn auch diejenigen, welche die Lotta dura lesen, unterstützen und sich in irgendeiner Form auf sie beziehen, im Laufe der letzten drei Jahre beständig mehr geworden sind, so können wir noch lange nicht zufrieden sein. Noch ist es uns nicht gelungen, das Projekt innerhalb linksradikaler, antifaschistischer Zusammenhänge als *einen* Ausdruck von deren Kämpfen und Diskussionen zu verankern. Weitgehend herrscht hier höchstens ein Konsumverhalten vor, wie es gegenüber Zeitungen generell zum Ausdruck gebracht wird. Daneben ist das Überleben der Lotta dura auch in finanzieller Hinsicht bei weitem noch nicht gesichert. Also Abos bestellen oder verschenken, spenden, den Handverkauf organisieren... ★

P.S.: http://www.nadir.org/nadir/periodika/lotta_dura

Krone-Cover, 8 Oktober 1997

Impressum:
„Lotta DURA"
Grundlegende Richtung:
Zeitschrift für Antifaschismus und mehr
Erscheinungsweise:
4 x im Jahr
Herausgeber:
H. Obek, 1140 Wien
V.I.S.P.:
H. Obek
Druck:
Wojtyla-Press, Krakow
Made in Poland
Anzeigen:
Wir bringen nur Anzeigen von Sachen, die wir kennen und gut finden. Also, bei Anzeigen für Broschüren, Bücher und Zeitungen bitte immer ein Rezensionsexemplar mitschicken. Austauschanzeigen auf Anfrage möglich. Eine Anzeigenpreisliste gibt es nicht, wenn uns aber jemand Geld spenden will, weil wir eine bestimmte Anzeige abgedruckt haben, dann haben wir natürlich nichts dagegen.
Nachdruck:
Nur mit vollständiger Quellenangabe erlaubt.

Inhalts VERZEICHNIS

NAZI-NETZWERKE

4 . . Einsamer Bajuware
6 . . Die Aufdecker sind die Nazis
7 . . „Notwehrgemeinschaft brauner Ehrenschützer"

WAFFENGEBRAUCH

10 . Wehrmachtsverbrechen
12 . Mord an der Haider-Kopie
13 . Die Rätselecke

BRAUNE BLÄTTER

14 . Zur rechten Zeit
15 . Was die Rechten schreiben

ULRICHSBERG

17 . sag nie du gehst den letzten weg
18 . Ulrichsberg I
20 . Was blieb vom Ulrichsberg

GESCHICHTE

21 . 1848 - 1938 - 1998

THEORIE

24 . Konservativ--faschistischer Konsens

DIVERSES

28 . Das Recht auf den eigenen Körper
29 . „Nationalisten aller Länder vereinigt euch"
30 . Kurzmeldungen

REZENSIONEN

31 . Friß und strib trotzdem
32 . Der schlagende türkische Arm der NATO
32 . Natural Born Nazis
33 . Goldhagen und die deutsche Linke

STAATSRASSIMUS

34 . Planet Österreich

Abonniert die Lotta DURA!

Lotta DURA erscheint vierteljährlich bundesweit im Eigenvertrieb und unter Mithilfe von dir.

Der **EINZELVERKAUFSPREIS** beträgt **25 öS, 5 DM** bzw. **5 SFR.**
Ein **ABONNEMENT** kostet **100 öS, 20 DM** oder **20 SFR** inklusive Versandkosten, beinhaltet die Lieferung von 4 Nummern und verlängert sich nicht automatisch.

Ein **FÖRDERABONNEMENT** - für Personen, die sich´s leisten können oder wollen - umfaßt 4 Ausgaben und kostet ab **500 öS** (aufwärts ohne Limit).
SPENDEN sind natürlich auch willkommen und äußerst hilfreich.

Die **BEZAHLUNG** von bestellten Einzelnummern oder Abos erfolgt gegen Vorauskasse in bar oder in Briefmarken im doppelten Umschlag.
Im **ERSTEN** Umschlag, der mit **H.MADER** beschriftet ist, werden Banknoten oder Briefmarken, deine Adresse und Begehr verwahrt.
Dieser wird dann in ein **ZWEITES**, ausreichend frankiertes Kuvert mit Empfängerin **ÖH-GRUWI, POSTFACH 101, 1096 WIEN** gesteckt und abgeschickt. Nur diese Vorgangsweise gewährleistet, daß wir zu unserem Geld und du zu deiner **Lotta DURA** kommst.

HANDVERKAUF soll auch dazu beitragen, den Aktions- und Verbreitungsradius zu vergrößern, wobei für HandverkäuferInnen noch 5 öS pro verkauftem Exemplar herausspringen. Wer interessiert ist, sollte in der oben beschriebenen Form brieflich mit uns in Kontakt treten.

Ich bestelle

DIE LOTTA DURA BZW. VERLÄNGERE MEIN ABO ZUM PREIS VON:

○ 100 ÖS/20 DM im Abo (4 Ausgaben) oder

○ 100 ÖS/20 DM im Abo (4 Ausgaben) plus „Antifaschistische Quelle"

ICH BESTELLE FOLGENDE EINZELAUSGABEN:

○ 1/1994 Südtirolterror, Anti-Kommers in Innsbruck, Asylpolitik in Österreich, Medienrandale
○ 2/1995 Morde in Oberwart, Geschichtslügen der Nazis, Jüdischer Widerstand, Chronolgie des staatlichen Rassismus (danach in allen Heften) - Achtung! Dieses Heft ist vergriffen! Kopierexemplar um öS 30 erhältlich.
○ 3/1995 Ebergassing: die F geht in die Offensive, AUF-rechte Staatsschützer, Frauen und Rechtsextremismus
○ 4/1995 Briefbomben, „Junge Freiheit", Burschenschaften, Antifa-Gruppen, Haider-WählerInnen
○ 5/1996 Strategie der Spannung: Bomben, Gladio, HNA; Braunzone ÖVP, NS-Krankenpflegerinnen, Vergewaltigung, Braunes Vorarlberg
○ 6/1996 Werwolf-Terror, Was die Rechten schreiben (danach in allen folgenden Heften), Haider und die Waffen-SS, Teutonischer Urwald (Burschenschafter), Linker Antisemitismus
○ 7/1996 Political Correctness, Nationalrevolutionäre Ver(w)irrungen, Sichrovsky und Waldheim
○ 8/1997 DKEG - FundamentalistInnen des NS, Anti-Kommers in Wien, Krone und Rechtsextremismus, Siemens abschalten!, Wie deutsch ist Winnetou?, Antisemitismus in der Frauenbewegung
○ 9/1997 Offenhausen, Siemens Abschalten II, DKEG, Der Ring freiheitlicher Studenten, Über Stefan Karner

Name:
.....
Anschrift:
.....

.....

Einsamer Bajuware

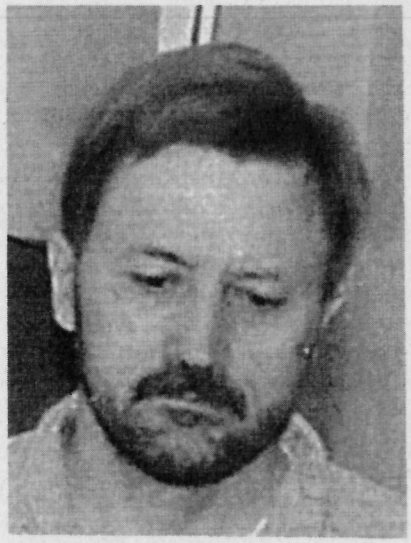
Das Grenzland bombt

AM 2. OKTOBER, DEM TAG NACH DER EINFÜHRUNG DER RASTERFAHNDUNG WAR ES ALSO SO WEIT: DER PANISCH AUFGESCHRECKTE UND IN DIE ECKE GETRIEBENE BRIEFBOMBER SOLL DEN ENTSCHEIDENDEN FEHLER GEMACHT HABEN. DER BEHAUPTETE ZUSAMMENHANG ZWISCHEN DEN NEUEN ERMITTLUNGSMETHODEN UND DER VERHAFTUNG DES SONDERLINGS AUS GRALLA IN DER SÜDSTEIERMARK STELLT ABER NICHT DIE EINZIGE LEGENDE DAR. AUCH DAß FRANZ **FUCHS** VON ERMITTLERN WIE MEDIEN ALS WIRRER EINZELTÄTER, DER VÖLLIG IM POLITIKFREIEN RAUM AGIERTE HABE, VERKAUFT WIRD, HAT SYSTEM.

FRUCHTBARER SCHOß

Die Ausblendung der rassistischen und insbesondere slawophoben Motivation der BAJUWARISCHEN BEFREIUNGSARMEE (BBA) seitens der veröffentlichten (Polizei)Meinung wird umso verständlicher, je mehr das Umfeld von Franz Fuchs zum Gegenstand der Betrachtung wird. Der verhaftete Bajuware bezog seine terroristische Energie aus der Feindbildproduktion in seiner Südsteirischen Heimat. In diesem Vorposten des bedrohten Deutschtums können sich nur wenige dem kollektiven Wahn vom permanenten Grenzlandkampf gegen die „Slowenen" verschließen. Die deutsch-völkische „Schutzarbeit", die seit über 150 Jahren gegen eine „Slawisierung" ankämpft, findet trotz ihrer konsequenten Zuspitzung in der massenmörderischen „Volkstumspolitik" der Nazis bis heute ihre Fortsetzung. Das alte Feindbild der „Slawen" oder „Slowenen" schafft einen Zusammenhalt über die Grenzen der organisierten Germanomanie hinaus: die Landesregierung verneint schlicht die Existenz einer slowenischsprachigen Bevölkerung, ihre VertreterInnen möchte ein Leserbriefschreiber der „Aula" wie einst „am nächsten Baum aufknüpfen". Als sich heuer bei einer Diskussion in einer südsteirischen Gemeinde einzelne PolitikerInnen endlich für die Anerkennungspolitik aussprachen, ernteten sie dafür aus dem Publikum Zurufe wie „Ihr gehört's ja ins KZ". Daß der Verein ARTIKEL VII, der für die Verwirklichung der staatsvertraglich festgelegten Minderheitenrechte auch für die Steirischen SlowenInnen eintritt, unter den ersten Adressaten der Briefbomber war, kennzeichnet die BBA als bewaffneten Arm des „deutschen" Konsens im bedrohten Grenzland.

Dort agiert etwa der deutschtümliche ALPENLÄNDISCHE KULTURVERBAND SÜDMARK (AKVS), der in der Grenzregion unter anderem Schulbibliotheken mit einschlägiger Literatur austattet. Elfriede **Rottenbacher** bringt im Vereinsorgan „Lot und Waage" die Ideologie des AKVS auf den Punkt: „Ob unsere Heimat, gleichgültig ob vom Süden, vom Osten oder aus anderen Weltgegenden, von Fremdvölkern überlagert wird, hängt erstens von der biologischen Kraft seiner Bevölkerung, von seinem Volksbewußtsein und vor allen Dingen von der Einstellung unserer Politiker ab, die es in der Hand hätten, durch geschickte Lenkung die einheimische Kinderfreudigkeit zu heben und die Zuwanderung von Fremdvölkern zu bremsen." (2/90)



FRANZ FUCHS

Der AKVS kann auf seinen Veranstaltungen nicht nur VertreterInnen der Steirischen Landesregierung als Ehrengäste begrüßen, mit Helmut **Heidinger** (ÖVP) gehört gar ein ehemaliger Landesrat zu seinen Funktionären.

Der Erhaltung des bedrohten Deutschtums hat sich auch Benno **Artner** mit seinem PRESSEVEREIN FÜR MENSCHENRECHT UND MENSCHENWÜRDE und seinem FREUNDESKREIS SÜDTIROL verschrieben. Im zumindest bis 1995 mit Geldern der Steirischen Landesregierung geförderten Vereinsorgan „Europa der Völker mit Südtirol-Zeitschrift für Volkstumsfragen Europas" behandelt Lothar **Greil**, auf den wir auch bei den Recherchen zur neonazistischen DEUTSCHEN KULTURGEMEINSCHAFT EUROPÄISCHEN GEISTES (DKEG) stoßen, regelmäßig so interessante Fragen wie „Die Bayern kamen aus Österreich!" (3/83). In seitenlangen historischen Abhandlungen beschäftigt sich Greil mit der Siedlungstätigkeit der „zum germanischen Neustamm werdenden BAIERN" und des „illyrisch-keltischen Volkstums", mit den Herzögen wie Odilo und deren Treiben. Auch Greils Auslassungen zu „Slawomanie und Landesverrat", mit welchen er im März 1989 zu Gast bei der Grazer Burschenschaft GERMANIA war, finden sich in diesem Hetzblatt: „Österreichische Staatsangehörige also, die als 'Slowenenführer', slowenische Aufkäufer und politische Aufwiegler im Dienste der jugoslawischen KP eine Besetzung österreichischen Staatsgebieten (sic!) planen oder vorbereiten, sind notorische Landesverräter und wären auch als solche zu behandeln." (2/89)

HOBBY-HISTORIKER

Im Zuge der Ermittlungen stießen die Terrorfahnder schon lange vor der Verhaftung Fuchs' auf eine Gruppe älterer Männer, die in engem Kontakt zur „Zeitschrift für Volkstumsfragen Europas" steht: die ÖSTERREICHISCHE HISTORIKER-ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR KÄRNTEN UND STEIERMARK. In Leserbriefen (v.a. an die „Aula") und Büchern kämpfen die alten Recken weiter gegen „Tito-Partisanen" und beschwören das Steirische und Kärntner Grenzland als „Bollwerk gegen die Überfremdung".

In dieser obskuren Gruppe engagieren sich nicht nur Hobby-Historiker, sondern auch Techniker und ein Militärhistoriker mit guten Kontakten zur Rüstungsindustrie. Insbesondere mit den Recherchen zum 69jährigen FPÖ-Gemeinderat Walter **Neuner** glaubten die Ermittler eine heiße Spur zu verfolgen. Der Pensionist entstammt einer sogen. „Vertriebenenfamilie" aus dem Banat und hatte in Graz studiert. Danach begann der fließend slowenisch und ungarisch sprechende Verdächtige eine Karriere bei einer österreichischen Großbank, von welcher er 1975 wegen illegalen Goldschmuggels fristlos entlassen wurde. In ihren Ermittlungsunterlagen hielten die Fahnder eine Reihe von „Täterbezugspunkten" fest: Bei einem Telefonat, das im Gerichtsauftrag abgehört wurde, schimpfte Neuner über den Verein ARTIKEL VII. Daß die Ermittler auch

Bezüge zum Wiener „Türkenbefreier" Rüdiger von Starhemberg fanden, verstärkte ihren Verdacht: Neuner forderte etwa in einem Leserbrief, im Geschichtsunterricht die Belagerung Wiens und die „Brutalität" der Türken nicht unerwähnt zu lassen. Zudem hatte er mit einem gewissen Herrn Deutschmann einen Rechtsstreit wegen einer angemieteten Wohnung. Ausgerechnet „Wolfram Deutschmann" findet sich als fiktiver Absender auf der Briefbombe an den damaligen Caritas-Präsidenten Helmut Schüller. Über diesen äußerte sich Neuner in (abgehörten) Telefongesprächen öfters abfällig. Ein Detail beschäftigte die Fahnder besonders: Nach längerem Leugnen gab Neuner zu, daß er den Absendernamen einer BBA-Briefbombe „Vutuc" kenne. Dies sei ein Schimpfwort aus seiner batanischen Heimat und bezeichne das weibliche Geschlechtsorgan. Als Adresse zum Absender „Magister Karel Vutuc", welcher sich auf der Briefbombe an den Hartberger Pfarrer August Janisch fand, wählten die BBA-Mörder die Anschrift der Grünen Nationalratsabgeordneten Madeleine Petrovic - ein Hinweis auf die militante Frauenfeindschaft des bajuwarischen Packs.

Neuner schreibt regelmäßig in der „Kameradschaft", dem Organ der Waffen-SS-KAMERADSCHAFT IV. Dieser rechtsextreme Traditionsverband hält alljährlich ein „Heldengedenken" im Südsteirischen Soboth ab. Soboth taucht auch auf dem Absender einer Briefbombe auf. Die K IV trifft sich in ihrem Eintreten für die Reinwaschung deutscher Kriegsverbrechen mit dem ehemaligen Steirischen Landtagspräsidenten Franz **Wegart** (ÖVP), der wiederholt als Ehrenschützer der K IV für Aufregung sorgte.

Auch Josef Paul **Puntigam**, Oberst in der Kaserne von Straß, wo unter anderem Franz Fuchs sein Handwerk lernte, ist in der „Kameradschaft" regelmäßig vertreten: dort finden sich Puntigams Aufrufe an die Adresse von Freiwilligen für sein Panzerbataillon genauso wie Berichte über die Betätigung der KAMERADSCHAFT EDELWEIß, welcher der hohe Militär als führender Funktionär zur Verfügung steht. ●

Quellen: Gewitter 4/97, div. Tageszeitungen

Österreichische Historiker-Arbeitsgemeinschaft für Kärnten und Steiermark

Dr. Maximilian **Czesany**: Autor des Buches „Alliierter Bombenterror. Der Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung Europas 1940-1945" — Kontakte zum DEUTSCHEN KULTURWERK EUROPÄISCHEN GEISTES (DKEG), zur AKTIONSGEMEINSCHAFT FÜR DEMOKRATISCHE POLITIK (AfP) und zu Gerd **Honsiks** „Sieg" (dort Unterzeichner eines gegen das NS-Verbotsgesetz gertichteten Aufrufs) — im Adressbuch von Meinolf **Schönborn** (NF) und Franz **Radl**, den er auch in der Haft besuchte — Verfasser eines Briefes an den Radkersburger Bürgermeister, in dem Czesany den ARTIKEL-VII-KULTURVEREIN attackiert — Vortragender bei der Kulturwoche DES ÖSTERREICHISCHEN KULTURWERKS - LANDESGRUPPE KÄRNTEN.

Benno **Gagern**: FPÖ-Gemeinderat in Neuburg an der Mürz — Bundesobmann des Vereins KÖRPERSCHAFT DER KIRCHENFREIEN, mit Sitz in Wien, in dessen Besitz eine Wohnung in Graz, Horgasse 7, ist, die der AfP-Steiermark und der KAMERADSCHAFT EDELWEIß zur Verfügung gestellt wurde — Obmannstellvertreter des Vereins GRENZLANDBUND, der 1990 behördlich aufgelöst wurde — Teilnehmer an den AfP-Akademien.

Alexander **Hoyer**: gilt als Führungsperson der ARGE — 1993 Erhalt des Offenhausener „Dichtersteinschildes" — Autor in den „Mitteilungen" der WOHLFAHRTSVEREINIGUNG DER GLASENBACHER — Vortragender bei der Kulturwoche des ÖSTERREICHISCHEN KULTURWERKS - LANDESGRUPPE KÄRNTEN und bei der AfP-Akademie zum Thema „Das Problem der Sudetendeutschen" — Artikel von Hoyer erschienen in der Zeitschrift „Recht und Wahrheit" DER DEUTSCHEN FREIHEITSBEWEGUNG (DDF) und im „Das Grenzland ruft" — Kontakte zur NF.

Dr. Hermann **Kapsch**: Vater von Dr. Teja **Kapsch**, dem Rechtsanwaltes von Herbert **Schweiger** (DKEG, diente in der SS-Einheit „Leibstandarte Adolf Hitler"), — wie Czesany Unterzeichner des „Sieg" - Aufrufes — Kontakte zum GRENZLANDBUND — 1992/1993 besuchte Kapsch sen. Franz **Radl** im Gefängnis in Graz — Abonnent der Zeitschriften „Sieg", „Klartext" und „Halt".

Erich **Kiwisch**: Autor im „Sieg" — bis 1977 Vorstandsmitglied DER VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER - LANDESGRUPPE STEIERMARK — Kiwischs Tochter, Erika **Leitner**, ist die Besitzerin des Grazer Hauses Geidorfgürtel 21, in dem sich das Büro der ARGE befindet — 1989 Organisator der Vorträge des von Otto **Scrinzi** eingeladenen Revisionisten David **Irving** in Graz und Leoben, die untersagt wurden.

Eduard **Murgg**: Bis zur Auflösung des Vereins 1990 Vorstandsmitglied im GRENZLANDBUND.

Walter **Neuner**: Autor des Buches „Krieg der Partisanen in Jugoslawien 1941-1945" — FPÖ-Gemeinderat in Grambach, FPÖ-Parteimitglied und Bezirksobamnn des Freiheitlichen Seniorenringes — 1991 war er einer der Teilnehmer der rechtsextremen Demo vor dem Grazer Landesgericht für die Freilassung des BBA-Verdächtigen Franz Radl.

Walter Wilhelm **Sonnberger**: Hobby-Militärhistoriker und Autor des Buches „Was wäre gewesen, wenn ..., auch ohne Hitler ein Zweiter Weltkrieg".

Ing. Franz **Stourac**: Referent in Offenhausen, bei AfP-Akademien und den VOLKSSOZIALISTEN ÖSTERREICHS (VSÖ) — Obmann des Vereins GRENZLANDBUND, in dem seine Frau Helga ebenfalls als Kassierin tätig ist — 1988 bezeichnete er in einer Rezension des **Honsik**-Buches „Freispruch für Hitler?" in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Das Grenzland ruft" die Gaskammern des NS als „Phantasieprodukte" und „politische Lüge", was in der Folge 1990 zur behördlichen Auflösung des Vereins und zu einer Geldstrafe für Stourac führte — Landessprecher der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI (NDP) Norbert **Burgers** in der Unterabteilung Landesverband Kärnten — Kontakte zum ÖSTERREICHISCHEN KULTURWERK - LANDESGRUPPE KÄRNTEN und zur DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) — nach eigenen Angaben Träger des Goldenen Ehrenzeichens der Waffen-SS-KAMERADSCHAFT IV.

Weitere Mitglieder der ARGE: Josef **Ehrgott** — Dipl. Ing. Bruno **Eisler** — Dr. Alois **Puchas.**

Die Aufdecker sind die Täter

Nazis und Justiz in Hand und Hand

„Wir sind also schon soweit, daß die Nazis der Justiz vorschreiben, welche politischen Gegner sie eliminieren soll", kommentierte Wolfgang **Purtscheller** treffend die gerichtlichen Vorgänge rund um seine Person.

Die Vorgeschichte: Am 22. September 1994 versuchten mehrere Beamte der Wiener Fremdenpolizei, im von Autonomen und Flüchtlingen bewohnten „Ernst Kirchweger Haus" sich angeblich illegal aufhaltender Flüchtlinge habhaft zu werden. Die Menschenjagd eskalierte, es kam zu Auseinandersetzungen in deren Verlauf der eher zufällig anwesende Buchautor und Journalist Wolfgang Purtscheller, der sich vor allem mit Recherchen über die rechtsextreme Szene profiliert hatte, niedergeschlagen wurde. Bereits am Boden liegend, wurde ihm ein Bein „abgedreht", bis im Knie die Bänder rissen. Zuvor soll Purtscheller selbst mehre Polizisten verletzt haben, einige konnten immerhin Fingerquetschungen und Prellungen vorweisen. Das Verfahren gegen die 18 an der Amtshandlung beteiligten und danach angezeigten Beamten wurde eingestellt, ohne daß auch nur einer von ihnen vor Gericht befragt worden wäre. Gegen Purtscheller hingegen läuft das Verfahren weiter. Da er sich zwei Jahre in Mexiko aufgehalten hatte, erwirkte im Juni dieses Jahres Staatsanwalt Sepp Dieter **Fasching** sogar einen internationalen Haftbefehl. Der zwischenzeitlich aufgehoben wurde, da sich Purtscheller dem Gericht stellte. Am 26. September fand die erste Verhandlungsrunde statt - der Prozeß wurde vertagt.

Sprengstoff und Heroin

Die FPÖ hat die Abwesenheit des ihnen unangenehmen Publizisten genutzt, um ihn frei nach dem Motto „Die Aufdecker sind die Täter" immer wieder in Zusammenhang mit den rassistischen Anschlägen der „Bajuwarischen Befreiungsarmee (BBA)" und der mißglückten Sachbeschädigung von Ebergassing, bei der zwei Aktivisten der linksradikalen Szene um ihr Leben kamen, zu bringen. Die Wiener Polizei half dabei mit. Bei der Menschenjagd im Kirchweger Haus waren nämlich Purtschellers Rechercheunterlagen beschlagnahmt worden. Darin fanden sich unter anderen folgende zwei Eintragungen: „Sprengstoff" mit den Namen deutscher Neonazis sowie „Heroin rororo". In einer ersten Reaktion stellte die Polizei den Verdacht in den Raum, Purtscheller könnte mit Sprengstoffanschlägen und Drogenhandel zu tun haben. Und mußte später eingestehen, daß es sich wohl um Recherchen zum Thema Briefbomben sowie eine Notiz einer Buchneuerscheinung - „Heroin" im rororo-Verlag - handelte. Nur Ewald **Stadler**, geschäftsführender Klubobmann der FPÖ, das sattsam bekannte „freiheitliche Magazin - Aula" sowie der „Kurier"- Schreiberling Wilhelm **Theuretsbacher** leiteten aus erster Notiz

Der Zeuge der Anklage

Mit dem Brustton der Überzeugung verkündete Österreichs oberster Polizist Michael **Sika** (SPÖ) in einem Profil-Gespräch (44/97), daß die Sachbeschädigung von Ebergassing ein „Versuch" war, „der BBA einen weiteren Anschlag in die Schuhe zu schieben." Eine nicht gerade taufrische Theorie. Die seit der Entdeckung der mißglückten Sachbeschädigung von der „Kronen-Zeitung", der „Aula" und anderen rechten Postillen ständig breit getreten wird. Ihr Fundament erhielt diese These durch das mit den Ermittlungen in Sachen Ebergassing beauftragte NÖ-Landesgendarmeriekommando. Die Beamten brachten den Anschlag in ihrer Anzeige in Zusammenhang mit der Verhaftung des berüchtigten Neonazis Hans-Jörg **Schimanek jun.** Als einziges Indiz nahmen die niederösterreichischen Kriminalisten eine Aussage Schimaneks aus dem Gefängnis: „In seiner Hauptverhandlung sei er (Anm. Schimanek) auch mit dem Vorwurf konfrontiert worden, daß er die Sprengung von Strommasten geplant habe, um Wien stromlos zu machen. Schimanek jun. vertritt die Ansicht, daß man sich bei gelungener Durchführung des Ebergassing-Anschlages sicherlich an dieses Thema wieder erinnert hätte und er damit belastet worden wäre, bzw. hätte man den Anschlag rechten Kreisen ´in die Schuhe geschoben´."

In besagten Profil-Gespräch bestreitet Sika auch die Existenz von rechtsextremen Maulwürfen innerhalb seiner Zuständigkeit. Ein Blick in die „Aula" oder „Top" - dem Sika schon einmal ein Interview gewährte - beweist aber etwas anderes. In den rechtsextremen Blättern erscheinen regelmäßig interne Papiere aus Polizei- und Geheimdienstarchiven.

hartnäckig eine „Anleitung" zum Bombenbau ab. Der in Linz beheimatete „Aula"-Anwalt Alfred **Windhager** hatte im April 1996 dem Landesgericht Wien eine Sachverhaltsdarstellung übermittelt, in der der Verdacht der Mittäterschaft Purtschellers bei den Anschlägen der BBA und Ebergassing geäußert wurde. Auf Anfrage erhielt Windhager von der zuständigen Untersuchungsrichterin Christiane **Moser** im Oktober vergangenen Jahres tatsächlich einen Brief, wonach aufgrund seiner Sachverhaltsdarstellung gegen Purtscheller wegen des Anschlages von Ebergassing ermittelt werde. Was dem „Kurier" einen Aufmacher wert war und aufgrund dessen unseriösität eine Verurteilung vom Presserat einbrachte.

VAPO-Geldgeber

Der Rechtsverdreher Alfred Windhager ist einschlägig bekannt. Schon zweimal befaßte sich die Disziplinarkommision der Anwaltskammer Oberösterreich mit dessen Wirken vor Gericht. Bei einem Mordprozeß im Jahr 1992 sagte er zu einem Zeugen: „Sie sind ja erst kurzem in Österreich und hoffentlich bald wieder weg." Bei einem anderen Prozeß, wo der Burschenschafter Windhager den militanten Neonazi Manfred **Zierfuß** verteidigte, soll er laut Zeitungsberichten das NS-Verbotsgesetz als „unmenschlich" und „menschenverachtend" bezeichnet haben. Auch als Vorsitzender des „Berg-Isel-Bundes", einem betont deutschen Südtirol-Verein, betätigte er sich detektivisch. Als vor drei Jahren SchülerInnen im Gymnasium in der Wiener Rahlgasse Plakate gegen den Innsbrucker „Freiheitskommers" affichierten, sandte Windhager den Wiener FP-Landesparteisekretär Walter **Rosenkranz** aus, um die Plakate zu fotografieren und klagte die Direktorin der Schule wegen „Mißbrauches der Amtsgewalt sowie eines Verstoßes gegen das Unterrichtsgesetz". Und auf einer Liste aus dem Jahr 1991, die der VAPO-Führer Gottfried **Küssel** seinem Salzburger „Gauaufbetragten" Günther **Reinthaler** übermittelte, scheint Windhager sogar als Mitglied des „Fördererkreises" und als „Geldgeber" von Küssels Terrorbande auf. Gegenüber der Wiener Stadtzeitung „Falter" bestritt er (natürlich) jemals eine Spende für die VAPO geleistet zu haben. ●

Quellen: Falter 1/2/97, Volksstimme 28/97, Standard 4.8.97

Notwehrgemeinschaft brauner Ehrenschützer

Robert Dürr und seine Kameraden

EINE AUSSTELLUNG ÜBER DIE VERBRECHEN DER DEUTSCHEN WEHRMACHT IM 2. WELTKRIEG BRINGT NICHT NUR VERDRÄNGTE ERINNERUNGEN ANS LICHT, SONDERN AUCH DIEJENIGEN, DIE SOLCHEN ERINNERUNGEN MIT FAST ALLEN MITTELN DEN KAMPF ANSAGEN. WAS RANG UND NAMEN HAT IN RECHTSEXTREMEN KREISEN, RÜCKT MOMENTAN ZUR VERTEIDIGUNG DES NATIONALSOZIALISTISCHEN VERNICHTUNGSKRIEGES AUS.

Einer der eifrigsten selbsternannten Ehrenschützer ist der burgenländische Neonazi Robert **Dürr**. Zusammen mit anderen Kameraden weiß er, was er den Tätern von damals schuldig ist.

VOM FREIHEITLICHEN AGRAREXPERTEN ZUM PARTEIGRÜNDER

Robert Dürr aus Nickelsdorf hat sich mittlerweile über Burgenland hinaus seinen Namen gemacht: Als Obmann der NOTWEHRGEMEINSCHAFT DER BAUERN (NWG) sorgte er jahrelang mit seinen rechtsextremen Ausritten und paranoid motivierten Beschuldigungen für einiges lokales Aufsehen. Möglicherweise dürfte ihn seine frühere Mitarbeit bei Walter **Ochensbergers** Neonaziblatt „Sieg" mit seinen unverhohlenen Hitlerverherrlichungen und seiner antisemitischen Hetze geprägt haben. Im „Pflug", dem Sprachrohr der NWG sahen Dürr und sein treuer Gefolgsmann Michael **Gruber** aus Pamhagen jedenfalls überall „politisch verfolgte, entrechtete" und durch „skrupellose Agrarpolitik" in den Tod getriebene Bauern. In regelmäßigen Abständen forderten sie „Bußarbeiten" oder „Bußzahlungen im Millionenhöhe" von den „Bauernhäschern" (z.B. Kurier 14.7. 1993 u. Oberwarter Zeitung 3.8. 1994), d.h. von burgenländischen Behörden, die mit Strafbescheiden oder Anzeigen auf Straßenblockaden und handgreifliche Auftritte der NWG-Bauern reagierten.

1992 beschimpfte Dürr Simon **Wiesenthal** als „frechen Juden" und „Privatcowboy", der sich besser darum kümmern sollte, daß Israel gerade dabei sei, die Österreicher durch bestrahlte Importe zu vergiften. Dieser Angriff zeigte, daß es dem Obmann der NWG immer weniger gelang, die angeblichen Anliegen der Bauern vorzuschützen, um seine rechtsextreme Propaganda unters Volks zu bringen.

In der nächsten Zeit avancierte folgerichtig an die Stelle der „skrupellosen Agrarpolitik" der Antifaschismus zum großen Feindbild. 1993 forderte Dürr die Ausbürgerung aller GegnerInnen des freiheitlichen „Ausländervolksbegehren", was selbst dem Landesobmann der burgenländischen FPÖ, Wolfgang **Rauter**, zumindest „fragwürdig" erschien. 1995 war Dürr schon deutlicher: „Alle Antifaschisten, ob groß oder klein, werden nach Verwirklichung der Volksherrschaft ihrer jeweiligen Schuld gemäß zur Verantwortung gezogen werden", drohte er dem Proponenten eines antifaschistischen Personenkomitees.

Doch so unmißverständlich Dürr sein Weltbild hinaustrompetet, er war politisch nicht isoliert und ist es bis heute nicht. Bis in die 90er Jahre bot ihm die burgenländische FPÖ eine Heimat und das trotz verschiedener Peinlichkeiten, die sie sich mit einem derart rückhaltlos ehrlichen Mitglied einhandelte. So wollte 1987 Jörg **Haider** den Möchtegern-Bauernführer und „seinen persönlichen Freund" zum FPÖ-Landesobmann erheben. Ausgerechnet in diesem Jahr trat Dürr lauthals für die Sache der Holocaust-Leugner ein (Basta 11/1987). Das kostete ihn den bevorstehenden Karrieresprung, nicht aber seine Tätigkeit als „Agrarexperte" und Gemeinderat der FPÖ. 1991 legten Dürrs NWG-Demonstranten dem burgenländischen Agrarlandesrat einen Strick vor die Tür „zum Aufhängen", wie sie dazuriefen (Arbeiterzeitung 17.9.1991), worauf die burgenländischen Freiheitlichen sich wieder einmal eine Distanzierung abringen mußten. Dürrs Parteigründung im Juni 1995 zog schließlich einen letzten Schlußstrich unter seine freiheitlichen Lehrjahre. Seine PARTEI NEUE ORDNUNG (PNO) findet ihre Verbündeten inzwischen anderswo und sucht sie sich bundesweit.

PNO: HERBERT SCHWEIGER UND ANTI-ANTIFA

Seinen unvermeidlichen Anhang, besagten Michael Gruber als „PNO-Landessprecher", hat „PNO-Bundessprecher" Dürr ebenso in die neue Partei mitgenommen wie seinen Antisemitismus und seine abenteuerlichen Theorien über die Verschwörung der Antifaschisten. Laut Statut bekennt sich die PNO „zu einer den lebensgesetzlichen Erkenntnissen gemäßen Geschichts- und Weltauffassung" (Programm der PNO), während die „herrschenden Parteien alles tun, um die Lebensgrundlagen (des „Volkes", Anm.) zu vernichten oder in fremde Hände zu spielen." Hauptsächlich präsentieren die „PNO-Nachrichten", aufgefettet durch Beiträge des prominenten, mit den Briefen der BBA des öfteren in Zusammenhang gebrachten, Ministerialrats Günther **Rehak**, die „Hochfinanz„ und das „antifaschistische Netzwerk„ als Verantwortliche für „Zinsausbeutung", Briefbomben und „Völkermord".

Spätestens 1996 entdeckte Dürr den steirischen Kameraden Herbert **Schweiger**, Altnazi vom DEUTSCHEN KULTURWERK EUROPÄISCHEN GEISTES (DKEG) und Ausbildner hoffnungsvollen Nachwuchses (vgl. Lotta dura 9/97), als „Gefangenen des Wissens". Schweiger befand sich zu diesem Zeitpunkt zum wiederholten Mal in Konflikt mit dem Verbotsgesetz: seine

GÜNTER REHAK

Buch „Evolution und Wissen - Neuordnung der Politik", für dessen graphischen Gestaltung Helmut Adolf **Schatzmayr** verantwortlich zeichnet, wies allzu deutliche Ähnlichkeiten mit den Ordnungsvorstellungen einer gewissen NSDAP auf. Einige Monate verbrachte er daraufhin in U-Haft, mittlerweile wurde er in Leoben wegen NS-Wiederbetätigung verurteilt. Die PNO rief zuvor die gesamte rechte Welt dazu auf, Beschwerde gegen die Anklage beim Bundespräsidenten einzulegen, insbesondere die FPÖ: „Der politische Gefangene Herbert Schweiger war stellvertretender Bundesvorsitzender und Vorsitzender des Programmausschusses der FPÖ. Nicht zuletzt auch aus diesem Grund würde ihm

die Hilfe Ihrer Partei gebühren!" (PNO April 1996). Dürr ging mit gutem Beispiel voraus, rief unter dem Postfach der PNO, Postfach 19, 2425 Nickelsdorf, ein „Solidaritätskomitee Herbert Schweiger" ins Leben, schmettert „Freiheit für Herbert Schweiger" und unterhält ein „Rechtshilfekonto". Dieses Rechtshilfekonto wird Kamerad Bertl brauchen können: für seinen Anwalt, Herrn Teja **Kapsch** aus Graz, Marburger Kai 47, dessen Name in der einschlägigen Szene nicht unbekannt ist. Am Prozeßtag (28. 10. 1997) mobilisierte Dürr die Kameraden nach Leoben zum Protest gegen „Justizterror".

Dürrs Engagement für Schweiger mag auch persönliche Gründe haben. Schließlich ist der Burgenländer Besucher der jährlichen „Gästewochen" von Schweigers DKEG. Bereits die Zeitung der NWG hatte den „Alten Jahreszeitweiser" beworben: In die Herstellung dieser Kombination aus esoterischen Weisheiten und rechtsextremen Schmankerln war Schweigers allerliebster Schützling aus Kärnten - Andreas **Thierry** - verwickelt (vgl. Lotta dura 9/97).

Herbert Schweiger ist auch der Star-Märtyrer in Dürrs aktuellem Versuch, Aufdecker der Nation zu spielen. „Die antifaschistische Justiz am Beispiel Herbert Schweiger" heißt das entsprechende Kapitel im „antifa-Handbuch", und seit 1997 bewirbt es die PNO als „Schocker", der „in fast ganz Europa für Aufregung" sorge. In diesem Büchlein, herausgegeben von einer FREIHEITLICHEN AUTORENGEMEINSCHAFT, outet die GesmbH Dürr, Rehak und Co praktisch alle politisch irgendwie aktiven ÖsterreicherInnen - wenns geht mit Adresse - als „antifaschistische Machtträger" inklusive solcher Prachtexemplare wie Jörg Haider, denen nun „der Angstschweiß auf der Stirn steht", weil „die Autoren sowohl den nationalen wie auch den internationalen Hintergrund des österreichischen Antifaschismus bloßlegen" und damit „die Herrschaft des antifaschistischen Machtkartells" „tief erschüttern". Tatsächlich nimmt nicht einmal die ganze rechtsextreme Szene diesen gedruckten Ausdruck Dürrscher Paranoia ernst. Selbst die antisemitische und rassistische ÖSTERREICHISCHE LANDSMANNSCHAFT urteilt vorsichtig, die Recherche-Arbeiten seien „nicht unbedingt umwerfend" und „tendenziös" (na so was).

Nichtsdestotrotz verschickt Dürr seine Produkte durch halb Österreich. Die angegebene Auflage der „PNO-Nachrichten" mit 40 000 dürfte aber eher Wunschdenken entspringen. Die finanziellen Mitteln, um eine mit gewissem Aufwand produzierte Zeitung zahlreichen Personen und Gruppen kostenlos ins Haus zu stellen, hat Dürr auf jeden Fall. Momentan widmet er diese Ressourcen hauptsächlich seinem leidenschaftlichen Kampf gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44", die nach Wien, Innsbruck, Linz und Klagenfurt zu seinem Leidwesen nun auch noch in der „Stadt der Volkserhebung", in Graz, gezeigt werden soll.

HERBERT SCHWEIGER MIT ANWALT TEJA KAPSCH

„DIE EHRE DER DEUTSCHEN WEHRMACHT IST UNANTASTBAR."

Am 1.Oktober 1996 stürmte Robert Dürr samt „PNO-Landesprecher" Michael Gruber in die Wehrmachtsausstellung in Klagenfurt und sorgte mit verstreutem weißen Pulver, das sich erst nachher als harmloses Salz herausstellte, für einen Eklat. In Flugblättern und Presseaussendungen erklärte ein EHRENSCHUTZKOMITEE ÖSTERREICHISCHER BAUERN: „Diese Lügen-und Haßausstellung ist hiermit im Namen aller anständigen Österreicher geschlossen." Man verlange eine Milliarde US-Dollar als „Sühnemaßnahme" von den „verantwortlichen Veranstaltern und Unterstützern" der Ausstellung. Diese Milliarde erhielt Dürr nicht, dafür einen Prozeß wegen „Landzwang" und „Wiederbetätigung". Für Dürr eine völlig unverständliche Entwicklung: Hätte die Polizei doch anfangs überhaupt keinen Grund gesehen, Anzeige zu erstatten, im Gegenteil es wurde in nettem Einvernehmen scheints, „noch längere Zeit über den Zusammenhang zwischen gewalttätigen antifaschistischen Haß-Gruppen

„NIE WIEDER ANTIFASCHISMUS!"

„Gebt Haider eine Chance!"(Dezember 1995)
„Der Linksextremist und Terrorhelfer Einem wurde zum Chef des gesamten Sicherheitsapparates gemacht. Mit List und Lügen krempeln die machthabenden Antifaschisten unser Heimatland in eine multikulturell-multikriminelle Gesellschaft um." (September 1996)
„Hungerkatastrophen sind (...) möglich, auch in Österreich. Möglich gemacht durch die herrschende Machtkaste, die im Sold der Betreiber dieser lebensbedrohlichen Entwicklung steht – der internationalen Hochfinanz." (1-2/1997)
„Woher kommt nun das Geld für die Finanzierung des internationalen antifaschistischen Netzwerkes und dessen vorgeschobenen kommunistischen und linksradikalen Gewaltgruppen? Anständige Juden weisen uns den Weg..." (1-2/1997)
„Ein Volk ist die größte gewachsene Einheit von Menschen gleichen Blutes und dadurch ein organischer Körper. Der Nationalismus ist ein Naturgesetz." (1-2/1997)
„Denn wie die Zersplitterung eines Volkes von 100 Millionen Menschen ein Ende findet (gemeint ist das deutsche!, Anm.), so werden erst recht die Unterwanderung mit Fremden und der Versuch einer Umvolkung scheitern." (1-2/1997)
„Seit Beginn des bäuerlichen Widerstandes gegen die von den Systempolitikern zugegebene, geplante Bauernausrottung im Jahre 1986..." (1-2/1997)
„Die Internationale droht wieder mit Krieg." (6-7/1997)
„Die Gelbe Rasse ist aufgebrochen. Die Chinesen kommen." (6-7/1997)
„Terror und Gewalt haben einen Namen: Antifaschismus." (6-7/1997)

und der Behinderung der Polizei durch die politische Obrigkeit gesprochen." Dieses herzliche Klima dürfte spätestens bei der Verhängung der U-Haft über die beiden Burgenländer und vor Gericht zu Ende gewesen sein, wo die „Ehrenschützer" partout ohne Anwalt vor dem Richter aufkreuzten.

Dürr, der im Oktober 97 beim „4. Europäische Jugendkongreß" der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN in Bayern auftrat, macht selbstverständlich weiter: In den „PNO-Nachrichten", aber auch in anderen Blättern wie der „Kameradschaft", Sprachrohr des rechtsextremen SS-Traditionsverbandes KIV, und kleineren Szeneprodukten, zieht er unverdrossen gegen die „Anti-Wehrmachts-Hetze" ins Feld und ruft zur Bildung eines AKTIONSKOMITEES - EHRE DEN DEUTSCHEN SOLDATEN auf: „Ziel: Aufklärung der Jugend und Aufklärung der Anti-Wehrmachtshetzausstellung an jedem Ort, an dem sie stattfindet." Daher, so lautet Dürrs flammender Appell, „Helfen Sie durch Ihre aktive Teilnahme und ermöglichen Sie wirkungsvolle Aktionen durch Ihren Beitrag!" Mittlerweile hat sich die PNO über das in Graz geplante Rahmenprogramm zur Ausstellung informiert und ist erschüttert über „Lehrer/innenseminare zur Vorbereitung zum Besuch der Ausstellung". Kommentar: „Unsere Schuljugend ist in die Hände von Terroristen gefallen."

Doch Robert Dürr ist nicht der einzige, der in der Wehrmachtsausstellung eine „Beleidigung der Soldaten" sieht, wie es der steirische ÖVP-Politiker und ehemalige Landtagspräsident Franz **Wegart** formulierte.

Auch Dürrs Freunde vom DKEG stellen unmißverständlich klar: „Die Ehre der Deutschen Wehrmacht ist und bleibt unantastbar." (Hutten-Briefe, März 97). „Die allertiefste Verachtung der Kulturwelt" verdienen die, die den „Einsatz der deutschen Wehrmach schmähen", schreibt DKEG-Chefin Lisbeth **Grolitsch**, die sich sicher ist, daß dieser „Akt sittlicher Verkommenheit" „hoffentlich für die Zukunft keinen Platz in Europa haben wird."

Noch ganz betroffen von den Vorfällen am Kärntner Ulrichsberg, sprich dem Dahinscheiden einiger SS-Reliquien („Eine Hetze zeitigt Früchte", wie es in der „Neuen Ordnung" heißt) überbieten sich die in Graz beheimateten rechtsextremen Gruppen rund um die „Aula" und die ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR DEMOKRATISCHE POLITIK (AfP) an Verteidigungen diverser Väter, Großväter und was darüber hinausgeht.

In den Startlöchern scharrt auch die ARGE ÖSTERREICHISCHER HISTORIKER FÜR KÄRNTEN UND STEIERMARK von Franz **Stourac** (Kärnten), Maximilian **Czesany** (Stmk), Walter **Neuner** (Stmk) und Hermann **Kapsch** (Stmk): Publizistisch und mündlich kündigen sie ihre verzichtbare Präsenz während der Wehrmachtsausstellung in Graz an. Seit Monaten kann sich die „Kameradschaft" der Briefe des Herrn Neuner kaum erwehren, der für die „Veteranen" schreibt, die „gegen den das Abendland bedrohenden Weltkommunismus" gefochten haben und über die „Verbrechen" der „sog. Widerstandskämpfer und Partisanen" aufklären will. Zumindest einer dieser Pseudohistoriker beschäftigt sich mit der Art und Weise, in der die PNO von Dürr aufklärt. Hermann Kapsch ist zufrieden, daß die U-Haft von Dürr und Gruber - die laut Kapsch „der verleumderischen Ausstellung" „die schleimige Suppe versalzen hatten" - nach ihrem Auftritt in Klagenfurt „nur wenige Tage gedauert hat". In Briefen tituliert sich Hermann Kapsch gerne als „Verteidiger-Papa„: Sein Sohn ist Dr. Teja Kapsch, der emsige Rechtsanwalt von Herm Schweiger und anderen Kameraden, die sich in Disharmonie mit dem Verbotsgesetz befinden.

Ob Anwalt Kapsch jun. angesichts der geballten Empörung von Dürr, DKEG und Historiker-Garde über die Wehrmachtsausstellung in Graz demnächst Arbeit bekommt, bleibt abzuwarten. Eins steht fest: So unterschiedlich ihre ideologischen Zugänge und Aktionsformen sind, in der Sache des Ehrenschutzes für eine zweifelhafte Ehre sind sie sich alle von der PNO bis zum Leserbriefschreiber Neuner einig. Und nicht nur sie.

Wenn Robert Dürr halb Österreich in die Verschwörung eines „antifaschistischen Machtkartells" einordnet, lächeln selbst seine rechtsextremen Kameraden zum Teil darüber. Wenn er die historischen Tatsachen über die Verbrechen der deutschen Wehrmacht in einer Österreichtournee als „Lügen- und Haßpropaganda" denunziert, hat er nicht nur die rechtsextreme Szene hinter sich. Dann hat der ehemalige FPÖ-Kandidat und Neonazi mit seinen Verbindungen ins ebenso neonazistische DKEG nur sehr offen ausgesprochen, was viele ohne solche Verbindungen meinen: PolitikerInnen der FPÖ, ÖVP, auch der SPÖ, und so manche Beamte im Polizeiapparat, deren Aufgabe eigentlich die Sicherheit der Wehrmachtsausstellung wäre, und die in der antifaschistischen Szene vor Ort die eigentlichen GegnerInnen sehen. ●

„FREIHEIT FÜR HERBERT SCHWEIGER!" ZITATE AUS „EVOLUTION UND WISSEN":

„Die deutsche Nation muß gesunden. Jeder deutsche Volksgenosse muß uns der Nächste sein."

„Das deutsche Volk ist ein auserwähltes und deshalb unsterblich." „Rassenmischung vernichtet Völker und Kulturen. Die Rassenschranken durch humanistisch-utopische Vorstellungen überwinden zu wollen... Parolen zum Selbstmord gewachsener Völker. Für jeden idealistisch und realistisch denkenden Deutschen muß klar sein, daß die zukünftige Aufgabe des deutschen Volkes die Substanzerhaltung der gesamten weißen Rasse sein muß."

„In dieser Notzeit trat Adolf Hitler als namenloser Gegenrevolutionär auf, seine weltanschaulichen und politischen Grundsätze waren von der völkischen Idee bestimmt. Während die NSDAP mit dem Mittel der demokratischen Wahl zur Macht kam, hat der Bolschewismus mit brutalsten Methoden Millionen Menschen vom Leben zum Tode befördert. Hitler hat sieben Millionen Arbeit und Brot gegeben, Stalin hat sieben Millionen ermorden lassen."

Gegen die Eskalation des rassistischen Normalzustands!

Wehrmachtsverbrechen

Ausstellungen, die Freude machen oder Volkserhebung, die Zweite!

DAS POLITISCHE VERWIRRSPIEL UM GRAZ ALS ORT DER AUSSTELLUNG „VERNICHTUNGSKRIEG. VERBRECHEN DER WEHRMACHT 1941-1944" HAT EIN ENDE GEFUNDEN. NICHT DAß DIES AUF EINSICHT UND ENGAGEMENT SEITENS DER OFFIZIELLEN POLITIK ZURÜCKZUFÜHREN WÄRE. GERADE DAS GEGENTEIL WAR DER FALL.

Die Steirische Landes- und Grazer Stadtpolitik lag in erbittertem Wettkampf mit dem rechten und rechtsextremen Lager, wer denn nun dem Geschichtsrevisionismus im Allgemeinen und der Mythologisierung des „anständigen deutschen Wehrmachtssoldaten" im speziellen den größeren Dienst erweisen könnte.

„Das Thema ist für mich, daß mir Ausstellungen, die eigentlich Menschen begeistern und Freude bereiten und in die man gerne geht, sehr recht sind." Mehr an Kommentar war der steiermärkischen Landeshauptfrau Waltraud **Klasnic** nicht zu entringen. Für ein Stimmungsbild einen Monat vor Beginn der Wehrmachtsausstellung reicht es allemal. Das Prinzip „Kraft durch Freude" in der steirischen Landeshauptstadt scheint in seinen Grundfesten ins Wanken geraten zu sein.

„DIESE AUSSTELLUNG IST VERZICHTBAR„

So beschrieb der ÖVP-Stadtrat Helmut **Strobl** seine Ansichten zum Thema Wehrmacht, ortet er doch „politische Gründe" der VeranstalterInnen, diese Ausstellung in Graz zu zeigen. Wiewohl ihm versichert sein kann, daß die Ziele der Ausstellung nicht so hoch gesteckt sind, den Umgang mit Faschismus in Vergangenheit und Gegenwart und der Alltagskultur des Revisionismus auch zu Wahlkampfthemen zu machen, ist Strobl sich seiner Verantwortung gegenüber der „Kriegsgeneration" bewußt und geht zum Konter über: Er verschließe sich nicht der Thematik als Ganzes, er halte eben nur diese Ausstellung für ungeeignet, ihrer Aufgabe gerecht zu werden.

Was diese Aufgaben denn nun sind, präsentiert er so: „Aufarbeitung unserer Geschichte" darf niemals „abrechnend" oder gar „aburteilend" sein, sie müsse „Polarisierung (...) vermeiden und im „Europajahr gegen Rassismus und für Toleranz (...) den Bezug zum Heute" herzustellen imstande sein. (Daß eben jener Stadtrat Strobl unter dem Jahr gegen Rassismus das Wegsperren von BettlerInnen in Graz versteht, sei hier unerwähnt).

Daß es sich bei diesen Zielsetzungen um keine leichte Aufgabe handelt, ist Strobl klar. So konstatiert er mittels Pressaussendung: „Dabei müssen wir (...) Grazer Besonderheiten in Anspruch nehmen". Und um eine erste Besonderheit der Stadt Graz nicht verlegen, präsentiert Strobl sein Team, das eine völlig neue Ausstellung in Graz gestalten soll: das Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgenforschung unter der Leitung Univ. Doz. Dr. Stefan **Karner** (vgl. Lotta dura 9/97).

WALTRAUD KLASNIC, HELMUT STROBL
DIE „KRAFT DURCH FREUDE" - EINHEIT DER ÖVP

Und damit sind wir auch schon beim „wunden Punkt" dieser Ausstellung angelangt - Vergangenheitsbewältigung an sich wird seitens der offiziellen Politik und Presse nicht in Frage gestellt, nur *wie* die Vergangenheit, die „bewältigt" werden soll, denn nun aussieht, soll der Definition der Täter(Innen) überlassen bleiben.

VON DER SYSTEMATIK DES OFFIZIELLEN GESCHICHTSREVISIONISMUS

Erste Strategie der VP/FP/Kameradschaftsbund-Einheitsfront gegen die „Beleidigung der toten und lebenden Soldaten des Zweiten Weltkrieges" (Franz **Wegart)** ist nun auch die Diskreditierung der Ausstellung im allgemeinen und ihrer BetreiberInnen im speziellen.

Speerspitze derjenigen, die lieber „Freude" statt wahrheitsgetreuen Umgang mit der Geschichte auf ihre Fahnen heften, ist der in rechten Kreisen wohlgeliebte Grazer Historiker Stefan Karner, dessen historisch-psychologischer Beitrag zum Nationalsozialismus es ist, denselben zu relativieren und die Täter-Opfer-Umkehr zur offiziellen Landesgeschichtsschreibung zu machen.

„Und sie (die Ausstellung, Anm.) versäumt es insbesonders, den Mut jener Soldaten und Angehörigen von Sondereinheiten (gemeint sind wohl SS und Einsatzgruppen, Anm.) anzuerkennen, (...) die im Angesicht eines Vertreters des NS-Regimes und unter Einsatz ihres Lebens ein Zeichen der Menschenwürde gesetzt haben". So lautet einer der Vorwürfe Karners an die Ausstellung (abseits davon, daß bei der Zusammenstellung des Materials auf seine Unterlagen verzichtet wurde). Was nicht von ihm gesichtet wurde, sind für ihn per se „problematische Quellen" und ein Übergehen seiner Person wohl eine Fortsetzung der „methodischen Schwächen". Und überhaupt werde die Rolle der Wehrmacht viel zuwenig unter dem Gesichtspunkt der Handlungen betrachtet, die die „Gegenseite" setzte: „Es fehlt die Gegenüberstellung mit den Praktiken der Roten Armee und den Partisaneneinheiten", wie Univ.Prof. Franz **Gölles** in der rechtsextremen „Aula" kundtut.

FRANZ WEGART, EHEM. ÖVP-LANDTAGSPRÄSIDENT; EHRENSCHÜTZER BEI VERANSTALTUNGEN DER KAMERADSCHAFT IV, DEM TRADITIONSVERBAND DER WAFFEN-SS-VERBÄNDE; NENNT SICH SELBST EIN „ALTES FRONTSCHWEIN"

Die zweite Variante, der Ausstellung ihre Berechtigung abzusprechen, ist die Diskreditierung der BetreiberInnen. „Wenn man weiß, daß der angebliche wissenschaftliche Berater Hannes Heer während seiner Studienzeit bei vielen Gewalttätigkeiten in vorderster Linie (Maoist, Rote Zellen, DKP-Mitglied) stand, ist schon einiges gesagt. Heers Beiträge zur Ausstellung gelten als Mischung aus sowjetischem Agitprop-Vokabular und unerträglicher Gehässigkeit gegen die Wehrmacht. (...) Man weiß also, daß er aus dem altkommunistischen Lager kommt." (Franz Wegart)

Interessanter als der Inhalt dieser Aussagen sind die Quellen, aus denen sowohl offizielle Politik als auch Presse diese Informationen - inhaltlich entsprechend aufbereitet - entnehmen: Zu Beginn im neonazistischen THULENETZ aufgetaucht, bahnte sich die Hiobsbotschaft vom „Altkommunistischen Gewalttäter" und „Staatsfeind" ihren Weg durch sämtliche deutschsprachige Rechts-Literatur bis in die konservative deutsche „Welt". Soviel also zum „sorglosen Umgang mit Dokumenten" (Karner gegen die BetreiberInnen). Alles in allem sieht sich Graz mit einem der allgegenwärtigsten und unverdecktesten Schulterschlüsse der rechtskonservativen und neonazistischen Szene konfrontiert, die die letzten Jahre zu bieten hatten.

ROLLE DER SPÖ

Den wohl gekonntesten politischen als auch geistigen Spagat vollbrachten die VertreterInnen der SPÖ: angefangen von Bürgermeister Alfred **Stingl** - der „zwar persönlich dafür sei, aber..." - bis zum ehemaligen Universitätsrektor Helmut **Konrad**, der bis zuletzt versucht hatte (ganz entgegen seinen öffentlichen Willensbekundungen), der Wehrmachtsausstellung die letztendlich verbliebenen Räumlichkeiten auf der Karl-Franzens-Universität nicht zur Verfügung stellen zu müssen, herrschte allgemeine Ratlosigkeit, wie „kritisches Bewußtsein" (Konrad) und geschichtsrevisionistischer Umgang miteinander vereinbart werden könnten.

Bgm. Stingl ging den einfacheren Weg: er übernahm zwar den persönlichen Ehrenschutz für die Ausstellung, sah aber andererseits tatenlos zu, wie seine Partei den VeranstalterInnen einen Raum nach dem anderen entzog, wohl um all jene AltgenossInnen nicht zu vergrämen, die sich das Andenken an die „ritterlich kämpfende" Wehrmacht nicht nehmen lassen möchten.

Etwas schwieriger hatte es da schon Universitätsrektor Helmut Konrad. Seines Zeichens Historiker konnte er nicht umhin, der Ausstellung zumindest ihre Wissenschaftlichkeit zuzuerkennen. Und als Mitglied des Institutes für Zeitgeschichte, das sich hinter die Ausstellung stellte, konnte Konrad schlecht umhin, der Ausstellung letztendlich universitären Platz zu genehmigen (was allerdings - entgegen seinen persönlichen Darstellungen - nur auf äußersten Druck der Institutsangehörigen ihm gegenüber möglich war)

Während sich für FPÖ und rechtsextreme Szene das Problem eines geeigneten Ausstellungsortes ohnehin nicht stellte und die ÖVP zusammen mit dem Revisionisten Karner ihre eigene Ausstellung gestaltet, wollte es sich die SPÖ mit dem Großteil ihrer WählerInnenschaft nicht verscherzen und setzte daher allen politischen Einfluß dahinter, bereits bestehende Raumzusagen seitens privater oder öffentlicher Personen und Organisationen wieder rückgängig zu machen. Damit befindet sich die SPÖ in bester Gesellschaft: auch Bischof **Weber** rief eine Katholische Schule zum Rapport, als diese es wagte, geeignete Räumlichkeiten zuzusagen. Einen Tag danach wurde das Angebot rückgängig gemacht.

MEDIALE HETZE

Eine besondere Rolle bei der öffentlichen Diffamierung der Wehrmachtsausstellung kam der Presse zu. Von bekennenden rechten Blättern wie der „Krone" bis zu den nicht-bekennenden rechten Blättern wie der „Kleinen Zeitung" versuchten die Medien den „linken Blockwarten" ihre Sicht der Dinge entgegenzuhalten. Der Fälschungsvorwurf an die VeranstalterInnen des HAMBURGER INSTITUTS FÜR SOZIALFORSCHUNG war erhoben. Während Karner den OrganisatorInnen vorwirft, nicht genügend sowjetische Quellen gesichtet zu haben (oder eben nicht die SEINEN), kommt von seiten des rechten Boulevards der Vorwurf - in kameradschaftlicher Einheit mit neonazistischen Zeitschriften - daß sich die Ausstellung zu sehr mit Sowjet-und Siegermächtematerial beschäftigt. Trauriger Gipfel dieser Anschuldigungen: Ein Bild, das Juden und Jüdinnen beim Entkleiden im Lager zeigt, wird als Beweis angesehen, daß gefälschtes Material vorliegt. Ursache für die allumfassende Sicherheit der selbstgeKRÖNTEN HetzerInnen: in einer Originalausgabe des nationalsozialistischen Stürmers fand sich die gleiche Fotografie mit der Beschreibung, hier seien „Juden" zu sehen, denen erstmals in ihrem Leben die Wohltat eines Bades zu teil wird...

In dieser Atmosphäre scheint es nicht mehr allzu verwunderlich, daß sich sowohl die lokalen VeranstalterInnen rund um den Flüchtlingsverein „Zebra" als auch das Institut für Zeitgeschichte an der Universität Graz massiven Bedrohungen aus dem rechtsextremen Umfeld ausgesetzt sehen.

Eine Dozentin des Institutes umschrieb die alltägliche Situation so: Die Lehrer mögen sich vor allem mit der Zeit vor der Ausstellung beschäftigen - sie liefere gute Beispiele, wie es mit der politischen Kultur im Lande steht.

Eine Reaktion auf die öffentliche Veranstaltung, in der dieser Satz fiel, fand sich als Leserbrief in der „Kleinen Zeitung" vom 17.10. 1997: „Schade, daß nicht die positive Nachricht einer fairen Diskussion Aufmacher war, sondern die beiläufige Mitteilung von Drohanrufen." Als Schreiberling, der auf diese Art und Weise seine Meinung zur Tatsache realer Bedrohung und politischem Umfeld, dem diese entwächst, kundtut, zeichnet Dr. Helmut **Heidinger**, seines Zeichens ÖVP-Landesrat a.D. und Ehrenpräsident des rechtsextremen ALPENLÄNDISCHEN KULTURVEREINS SÜDMARK.

GEFAHREN DER VERGESELLSCHAFTUNG DER AUSSTELLUNG IN EINER STADT, IN DER SICH DAS VOLK EIN ZWEITES MAL ERHEBT ODER VON DER KRITIK AN EINEM BÜRGERLICHEN UMGANG MIT DER VERGANGENHEIT.

„Ich sehe die Begleitveranstaltung als mögliches Korrektiv gegen die kollektive Verurteilung einer ganzen Generation durch diese Ausstellung." (Helmut Heidinger) Tatsächlich darf sich der mehrfach erwähnte Dr. Karner dort zusammen mit anderen zum Thema „Die Wehrmacht - eine verbrecherische Organisation?" äußern. Helmut Heidinger wird's ihm danken.

Auch die rechte Reichshälfte hat erkannt, daß der gesellschaftliche Nutzen einer solchen Ausstellung mit der Gestaltung des Rahmenprogrammes steht oder fällt. Und auch hier nimmt Graz in manchen Teilen dieses Programmes eine Sonderstellung im Vergleich zu anderen Veranstaltungsorten ein. Nirgends war der „Dialog-Charakter" so ausgeprägt wie hier. Grundlage dieses Konzeptes ist es, Opfer und Täter bzw. deren VertreterInnen gemeinsam in Veranstaltungen einzubinden. Frei nach dem Motto: Niemals vergessen, aber die Hand zur Versöhnung. Den Tätern wird die Opferrolle angeboten, den Opfern damit die Legitimation entzogen.

Die Zielsetzung dieses „Generationendialoges" scheint mehr als bedenklich und im Sinne eines Helmut Heidinger den antifaschistischen Anspruch eines gewissen Teiles des Begleitprogrammes in Frage zu stellen. „In diesem ‚Dialog der Generationen' geht es um das Schaffen eines Rahmens für den Dialog fernab von Schuldzuweisungen und ‚gelenkten Erzählungen'." (Katalog zum Begleitprogramm, S. 20) -

Also Friede den Tätern, Krieg den Opfern? ●

Mord an der Haider-Kopie

Eine Südtiroler Geschichte

AM 17. FEBRUAR 1997 WURDE DIE LEICHE VON CHRISTIAN **WALDNER** MIT MEHREREN KUGELN IM KOPF VON ZWEI BEAMTEN DER ITALIENISCHEN STAATSPOLIZEI UND SEINEM PRIVATSEKRETÄR IN WALDNERS BOZENER VILLA GEFUNDEN. DER MORD WAR SCHON ZWEI TAGE ZUVOR GESCHEHEN. STELLT SICH NUR DIE FRAGE, WAS INTERESSIERT EINE „ZEITUNG FÜR ANTIFASCHISMUS UND MEHR" AN EINEM MORD?

Das ist schnell erklärt, handelt es sich doch bei dem Ermordeten um den Gründer der SÜDTIROLER FREIHEITLICHEN PARTEI (SFP), guter Freund von FPÖ-Mandatar Walter **Meischberger**, Mitglied des SÜDTIROLER SCHÜTZENBUNDES und einen Möchtegern-Haider. Mit maßgeblicher Hilfe der Haider-FPÖ hob der vormalige SVP-Jugendreferent Waldner 1992 eine Südtiroler Kopie der Haider-Partei aus der Taufe. Grund für seinen Austritt aus der SVP war sein intensives Engagement für ein „Vereintes Tirol". Schon bei den ersten Wahlen erreichte die SFP zwei Landtagsmandate. Bereits 1995 wurde der Parteigründer Waldner aber aus seiner eigenen Partei wegen parteischädigenden Verhaltens ausgeschlossen. Daraufhin näherte er sich der sezessionistischen LEGA NORD an, nachdem auch seinem BÜNDNIS 98 nicht viel Erfolg beschieden war.

DAS MOTIV . . .

Ein Motiv für den Mord konnte zuerst nicht gefunden werden, bis ein Vorfall im freiheitlichen Parteibüro ans Tageslicht kam, der aber schon einen Monat zurücklag. Damals wurden im Büro Schüsse aus einem Kleinkalibergewehr abgegeben, mit dem auch Waldner getötet worden war. Ziel dieser „Schießübungen" waren u.a. Jörg Haiders Bücher „Die Freiheit, die ich meine", die später von der Sekretärin mit Schußlöchern im Papierkorb aufgefunden wurden. Niemand hatte es jedoch für notwendig erachtet, die Polizei darüber zu informiern, auch nicht der SFP-Obmann Pius **Leitner**, dem dieser Vorfall durchaus bekannt war. Der schießwütige Schütze und Besitzer des Kleinkalibergewehrs war das freiheitliche Vorstandsmitglied Peter Paul **Rainer**, der von der Polizei dann auch als Hauptverdächtiger im Mordfall Waldner festgenommen wurde. Nach einem 14stündigen Verhör legte dieser auch sein erstes Geständnis ab. Als Motiv soll nun ein gefälschtes Maturazeugnis Rainers herhalten, dessen Assistenzstelle an der Uni Innsbruck dadurch gefährdet wäre. Nur stellte sich später heraus, daß ziemlich viele Personen in Bozen von Rainers Fälschung wußten und Waldner ihn damit eigentlich nicht hätte erpressen können.

Kurz vor seinem Tod jedoch hatte Waldner JournalistInnen gegenüber angekündigt, er hätte Informationen über die Südtiroler Freiheitlichen, die die Partei hochgehen lassen würden. Dabei sollte es sich um Finanzierungsgelder - womöglich aus rechtsextremen Kreisen - aus der Gründungsphase handeln. So wird auch Rainers Stelle an der Uni vom VEREIN ZUR FÖRDERUNG SÜDTIROLER STUDENTEN bezahlt,

PETER PAUL RAINER AM TAG SEINER VERURTEILUNG

die zu einem maßgeblichen Teil von der rechten LAURIN-STIFTUNG aus Liechtenstein finanziert wird.

. . . EINER FREUNDSCHAFT

Rainer und Waldner selbst waren seit Jahren enge politische Freunde, Rainer der Denkende, Waldner der Handelnde. Sie hatten sich im ebenfalls von Waldner gegründeten Südtirolableger der erzkonservativen Studentenorganisation JES kennengelernt. Gemeinsam gründeten sie die SFP, nachdem sie die SVP verlassen hatten, Rainer wurde zum Chefideologen der FREIHEITLICHEN und war gleichzeitig Bildungsreferent der SÜDTIROLER SCHÜTZEN. Außerdem arbeitete er auch noch als Informant für FPÖ-Klubobmann Ewald **Stadler**, vor allem bei dessen Hetze gegen Wolfgang Purtscheller wirkte er kräftig mit, mit dem Ziel die Morde von Oberwart mit der Sachbeschädigung von Ebergassing in Zusammenhang zu bringen. Als sich der österreichische Ex-Bundesheeroffizier und FPÖ-Bezirksrat Helmut **Stubner** 1991 an die rechtsextreme UNION FÜR SÜDTIROL, nach eigenen Angaben im Auftrag des österreichischen HEERESNACHRICHTENDIENSTES (HNA), heranmachte (siehe auch Lotta dura Nr.1/96, S. 15f), ging Rainer zu den Behörden und Medien um Stubner als Provokateur zu „enttarnen".

Mit der Zeit nahmen die Spekulationen um andere Motive und die Hintergründe des Mordes in den lokalen Medien zu. So wurde neben der illegalen Parteienfinanzierung eine Waffenschmuggelaffäre und dubiose Finanztransaktionen genannt. Auch tauchte plötzlich der Wiener Peter Karl **Schnittler** mit Wohnsitz in Meran und Innsbruck sowie Verbindungen zur rechten Szene und den Geheimdiensten in den Schlagzeilen auf, die Polizei fahndete ebenfalls nach ihm. Aus der rechtsextremen UNION FÜR SÜDTIROL war er wegen zu radikaler Parolen (sic!) ausgeschlossen worden. Er hatte Rainer das Gewehr verkauft.

Sogar Waldner soll Rainer bei der freiheitlichen Parteigründung befohlen haben seine Kontakte zu rechtsextremen Kreisen zu unterlassen. Martin **Hell-**

weger, ein Freund Waldners meint, daß es sich bei diesen Kontakten um weit radikalere Gruppen als Burschenschaften handelte. Regelmäßig schrieb Rainer auch in der „Aula", stand mit der rechtsextremen pangermanistischen Bewegung in Österreich, Deutschland und England in Verbindung, was für die Ermittler jedoch nur eine untergeordnete Rolle spielte. Es darf bezweifelt werden, daß diese die Organisatoren des Burschenschafter-Treffens vom November 1996 in Wien befragt haben. Rainer, Teilnehmer an einer Podiumsdiskussion und am „Kommers" in der Hofburg, soll damals auch in seinem Zimmer im Hotel „Astra" herumgeballert haben.

Daß Rainer noch nach Waldners Parteiausschluß zu ihm Kontakt pflegte und ihn auch politisch bei seiner Arbeit unterstützte, war anderen nicht bekannt. Auch dürfte es eher zu Waldner als zu Rainer passen, auf Haiders Bücher zu schießen, schließlich hatte Haider seine Südtiroler Kopie fallengelassen. Daß Rainer bei den „Schießübungen" nicht allein gewesen war, galt bald als sicher. Rainer verweigert hier jede Auskunft. Später fand man heraus, daß es sich bei diesen Personen um drei Schützen handelte, von den einer schon zugab, beteiligt gewesen zu sein, die beiden anderen sind wahrscheinlich in Österreich untergetaucht. Auch soll Rainer am Mordtag - er half Waldner eine Pressemitteilung zu verfassen - nicht alleine bei Waldner gewesen sein. Waldners Sekretärin konnte durch den Türspalt zwei Gläser mit Orangensaft erkennen. Waldner trank aber nie Fruchtsäfte. Außerdem stand zur selben Zeit vor der Villa ein weißer VW-Golf, der nicht Rainer gehörte.

Um aber Rainers möglichst unpolitisch motivierte Einzeltäterschaft zu untermauern ließ ihn die Polizei zum psychisch kranken Mann werden, der aufgrund seiner Depressionen und Nervenzusammenbrüche keinen anderen Ausweg mehr sah, als seinen Erpresser zu ermorden, indem er nach draußen zu seinem Auto geht, die Waffe holt, Waldner in der Rezepzion erschießt, die Leiche in das Büro schleift, den zerschossenen Kopf mit einem Handtuch umwickelt, die Spuren beseitigt, sowie die Gläser und die Tatwaffe wegschafft, um kurz darauf völlig ruhig mit zwei Medienunternehmern zusammenzutreffen - wo auch Waldner erwartet wurde -, am Abend bei einem Schießen der Schützen teilzunehmen und am nächsten Tag einen Fortbildungskurs für Jungschützen abzuhalten. Gegen eine solche Affekthandlung spricht jedoch die Tatsache, daß Rainer 499 Schuß Munition im Kofferraum dabeihatte und er das Gewehr erst extra holen mußte.

Der SÜDTIROLER SCHÜTZENBUND selbst fühlt sich in keinster Weise davon betroffen, außer daß ein neuer Bildungsreferent ernannt werden muß.

PROZESS. . .

Am ersten Prozeßtag widerrief Rainer sein Geständnis. Letzendlich wurde Rainer am 11. August von den Geschworenen nach 13stündiger Beratung zu 22 Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt. Weiterhin überzeugt von Rainers Unschuld ist der SFP-Obmann Pius Leitner, auch im Schützenbund ist Rainer noch Mitglied.

Auch die „Aula" macht sich auf die Suche nach anderen Verdächtigen, so soll Schnittler ein linker Provokateur gewesen sein (9/97, S. 12). Die „Junge Freiheit" baut die Verschwörungstheorie noch weiter aus (Nr. 41/97, S. 8), der italienische Geheimdienst stehe hinter allem, als Hauptverdächtiger rangiert hier aber Waldners Sekretär Hansjörg Kofler an erster Stelle.

. . .UND BEGRÄBNIS

Bei Waldners Begräbnis wiederum - das von nicht weniger als acht Priestern zelebriert wurde - fanden sich neben der SVP hochrangige VertreterInnen sämtlicher rechter Parteien ein: FREIHEITLICHE, UNION FÜR SÜDTIROL, ALLEANZA NAZIONALE, LEGA NORD. Nicht zuletzt diese Tatsache ist für eine „Zeitung für Antifaschismus und mehr" interessant. ●

Die Rätselecke

ZWEI FRAGEN ZU ÖSTERREICHS PRESSELANDSCHAFT:
(Auflösung Seite 20)

Mit Biß (und neuen Anwälten) setzt Paula Jones ihre Attacken gegen den US-Präsidenten wegen sexueller Belästigung fort. Ob ein Abenteuer Clinton Belustigung gebracht hätte, ist fraglich. Photo: reuter

1) IN WELCHER ZEITUNG FAND SICH DIESE SEXISTISCHE „KURZNACHRICHT" ◀

A) ❑ ZUR ZEIT
B) ❑ NEUE KRONEN ZEITUNG
C) ❑ DIE PRESSE?

2) WO ERSCHIEN DIESE KARIKATUR, DIE „VOLKSVERRÄTER" KLIMA UND DEN LINKEN FUSS SCHÜSSELS ZEIGT? ▲

A) ❑ FAKTEN
B) ❑ WIEN ROT
C) ❑ JUNGE FREIHEIT?

Zur rechten Zeit

Die Wochenzeitung für intelligentes Postnazitum

DIE ÖSTERREICH-REDAKTION DER „JUNGEN FREIHEIT" (JF) MACHT SICH SELBSTÄNDIG. DIE GRUPPE UM ANDREAS **MÖLZER**, DIE ZUNÄCHST DER GROßDEUTSCHEN WOCHENZEITUNG FÜR DEN NEONAZI MIT LATINUM IN ÖSTERREICH ZUM DURCHBRUCH VERHELFEN WOLLTE, SATTELT NUN AUF EIN EIGENES PROJEKT UM.

Mit dem Blatt „Zur Zeit", dessen Nullnummer am 25. September erschien, soll ein „im weitesten Sinne bürgerliches Publikum, von christlich-konservativ bis national-liberal" (Mölzer) bedient werden. Im JF-Interview mit Dieter **Stein** ist Mölzer auffällig bemüht, nicht den Eindruck entstehen zu lassen, bei dem neuen Projekt handle es sich um ein „Abkoppeln" von Deutschlands rechtester Wochenzeitung oder um ein Scheitern der Österreich-JF. Demgegenüber sollen die deutschen Verantwortlichen angesichts der Verselbständigung der Ostmärker erleichtert aufgeatmet haben. Denn während sich die BRD-JF in letzter Zeit betont staatstragend und -konservativ gab, fielen die österreichischen Recken immer wieder durch braune Ausfälle auf. Insbesondere das Treiben des mutmaßlichen BBA-Bekennerbriefschreibers Günter **Rehak** in der Österreich-Ausgabe soll die JF-Chefetage in Berlin einigermaßen beunruhigt haben. Als weiteren Grund für die formale Trennung gibt Mölzer das Durchbrechen des „Werbeboykott(s)" an, unter welchem die JF leide. Tatsächlich finden sich in der Nullnummer von „Zur Zeit" bereits Inserate von „Nokia", „polybau" (Mitterfeldstr. 24, 3300 Amstetten) und der „Volksbank", in der ersten Nummer auch von „EGH Bautenschutz HandelsgmbH" (Mittelbergerweg 35, 4040 Linz), „Tilly Holzindustrie Gesellschaft mbH" (Krappfelderstr. 27, 9330 Treibach), „Honda Havelka" (Sternwartestr. 20, 1180 Wien), „MSA Marketing & Werbung GMBH" (Körblerg.100, 8010 Graz), „DU HANE Ges.m.b.H." (Fisoleng. 7/1, 3390 Melk), „Farina"-Mehl, „Blumen Rungaldier" (Kaisererbersdorferstr. 53, 1110 Wien) und den bekannten Nazi(Sponsoren) R. und W. M. **Achtsnit** (Tong. 8, 1030 Wien).

Aber nicht nur gegenüber potentiellen Financiers will man eine „wirtschaftsfreundliche Haltung" (Mölzer) signalisieren. Mit „Zur Zeit" soll endlich das Bündnis zwischen extremer Rechten und maßgeblichen Kapitalfraktionen wieder gefestigt werden, welches 1994 mit dem FPÖ-Nein zum österreichischen EU-Beitritt arge Risse bekommen hat. Bereits in der Nullnummer schreibt mit Erhard **Fürst** gleich der wirtschaftspolitische Leiter der VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER. Auf ideologischer Ebene sollen in dem neuen Blatt unter anderem der vormalige FAZ-Korrespondent Andreas Graf **Razumovsky** und der fundamentalistische Theologe Robert **Prantner** Bündnisbereitschaft in Richtung Konservativismus signalisieren. Aber als

RADL UND REHAK FEIERN „ZUR ZEIT"

VERLAG UND REDAKTION: POSTFACH 80 * A-1031 WIEN *
TELEFON: 01/712 10 57 ODER 04248/38 80

Faschisten sind die Recken um Mölzer angehalten, sich gleichzeitig als „links" zu gebärden. So macht „Zur Zeit" auch auf „Querfrontstratgie" und gibt sich gesprächsbereit gegenüber patriotischen Linken: In der ersten Nummer ist gleich KPÖ-Chef Walter **Baier** mit einem Kurzinterview zur österreichischen Neutralität vertreten. Daß Baier Gesprächsbereitschaft gegenüber Rechtsextremisten an den Tag legt, ist weniger Ausdruck seiner Eitelkeit, die ihn in fast jede Öffentlichkeit treibt, als deutlicher Beleg für die politische Verlotterung seiner Partei. Die KPÖ, die als nationale Befreiungsbewegung seit jeher den Endbuchstaben im Kürzel ungemein stärker betonte als den Anfangsbuchstaben, hat seit den Tagen der EU-Volksabstimmung die letzten bündnispolitischen Berührungsängste verloren. Im Kampf gegen NATO und (W)EU, geführt als Kampf für die Erhaltung einer „österreichischen Identität", wächst zusammen was zusammen gehört. Daß in der ersten Ausgabe auch Verteidigungsminister **Fasslabend** (ÖVP) mit einem Interview vertreten ist, überrascht ebenfalls nicht. Fasslabend gilt nicht erst seit seinem Auftritt als Festredner bei der „Ulrichsbergfeier" als einer der konservativen Blockadebrecher gegenüber der extremen Rechten.

Neben den erwähnten Autoren finden wir in „Zur Zeit" bekannte Namen wie Jürgen **Hatzenbichler** (leitender Redakteur), Christian **Pirker**, René **Lysander-Scheibe**, Lothar **Höbelt**, Max **Andergaszt** , Thomas **Clement** (Layout) und Szene-Newcomer wie Roland **Zingerle**, Petra **Müller** (Kultur) oder Klaus **Wiesinger** (Chef vom Dienst). Die angekündigte „enge Kooperation" mit der JF meint vor allem die Übernahme von Artikeln. Sie ist aber auch in finanzieller Hinsicht gegeben: Die deutschen JF-Gesellschafter sind mit einer Minderheitsbeteiligung an der W3 VERLAGSGMBH &CoKG als Herausgeber und Verleger von „Zur Zeit" vertreten. Als Verlagsleiter werkt Walter **Tributsch**, vormals Geschäftsführer von „Radio CD". Besondere Beachtung verdient die Person des verantwortlichen Graphikers: Mit Helmut (Adolf!) **Schatzmayr** werkt einer der zentralen Figuren des heimischen Neonazismus bei „Zur Zeit". Schatzmayr, der schon der JF als Karikaturist zur Verfügung gestanden ist, gehört zum engeren Kreis um Andreas Thierry, seineszeichens österreichischer Führungskader der (verbotenen) NATIONALISTISCHEN FRONT (NF). Gemeinsam mit Markus **Adam** wurden die beiden Kärtner Neonazis als Verfasser des Flugblattes „Die Wahrheit über die Waffen-SS" nach dem NS-Verbotsgesetz verurteilt. 1993 trat Schatzmayr, nebenbei auch Mitglied der (ebenfalls verbotenen) WIKING-JUGEND, mit einer JUGENDINITIATIVE SCHATZMAYR JR. an die Öffentlichkeit und verlangte die „sofortige ersatzlose Streichung des NS-Verbotsgesetzes". Angesichts derartigen Personals kann es nicht überraschen, daß Franz **Radl** jun. es nicht nehmen ließ, bei der Präsentation von ZZ im „Kursalon Hübner" aufzumarschieren. Der mehrfach verurteilte Neonazi kam im Schlepptau seines väterlichen Freundes Günter Rehak, der für „News" (44/97) mit geballter Faust posierte.

Bei der Präsentation von ZZ waren unter anderem auch Hans **Pretterebner** und der „täglich alles"-Journalist Kurt **Tozzer** anwesend. Das gesellige Zusammensein von Neonazis, Rechtsextremisten und Konservativen ist ein Beleg für die neue Qualität des Schulterschlusses, für welchen ZZ steht. ●

Was die Rechten schreiben

Eine Reise in den braunen Blätterwald

IMMER WIEDER SETZT DIE „AULA" IN IHREN AUSGABEN „SCHWERPUNKTE", INDEM SIE VERSCHIEDENE ANTIFASCHISTISCHE PERSONEN, WIE ETWA DEN JOURNALISTEN WOLFGANG PURTSCHELLER ODER DEN WISSENSCHAFTLICHEN LEITER DES DOKUMENTATIONSARCHIVS DR. WOLFGANG NEUGEBAUER, INS RECHTSEXTREME VISIER NIMMT. NACHZULESEN IN DEN LETZTEN AUSGABEN DER LOTTA DURA.

In der Nummer 7-8 und 9/97 konzentriert sich die „Aula" nun auf Dr. Robert Eiter, den in autonomen Antifa-Kreisen nicht unbedingt beliebten Chef der Welser SP-Jugend, der in der „Initiative WelserInnen gegen den Faschismus" maßgeblich mitarbeitet und so laut Aula die „... SPÖ nicht nur in Oberösterreich, sondern in ganz Österreich in `antifaschistische´ Geiselhaft genommen" habe und der deshalb von der „SPÖ-Zentrale insgeheim (ge)haßt" (7-8/97, S. 16) werde. Daß die „Aula" nun schon bis nach Wels zu Robert Eiter vorgedrungen ist, zeigt nur, wie groß der Stellenwert der Anti-Antifa-Recherche in der rechtsextremen Postille anzusehen ist.

Anlaß für die Befassung mit Eiter und seiner Initiative stellt die antifaschistische Zerstörung der „Heimkehrergedenkstätte Ulrichsberg" dar, weswegen die „Aula" „‚Antifa'-Szene untersuchen!" fordert (9/97, S.13), weil „der Zerstörung der Gedenkstätte ... eine gegen Kriegerdenkmäler gerichtete `antifaschistische´ Propaganda vorrausgegangen (ist), welche diese Denkmäler als kriegsverherrlichend denunziert". (Beachte, seit neuestem setzt die Aula antifaschistisch unter „".) Diese „Propaganda" findet sich für die Aula dann in den Aktivitäten gegen die braunen Flecken in Wels, gegen den Dichtersteintreff in Offenhausen und gegen das Zusammenkommen der SS- und Wehrmachtsveteranen am Ulrichsberg. Für die „Aula" steht immer auch Eiter irgendwo im Hintergrund dieser Aktivitäten, ein allmächtiger Antifa sozusagen.

Die Tatsache, daß in Wels im Herbst 1994 die Tafel der Kameradschaft IV von Unbekannten endlich abmontiert wurde, daß heuer der Dichterstein in Offenhausen und auch die Kapelle auf dem Ulrichsberg verschönert bis schwer beschädigt wurden, kann für die „Aula" nur heißen, daß die Verbindungen zu Eiter nicht zufällig sein können. An diesem Hirngespinst ändert sich auch nichts durch das Eiter-Zitat, das die „Aula" in demselben Artikel abdruckt: „Diese Art, die Tafel (der KAMERADSCHAFT IV., Anm. d. Verf.) zu entfernen, sei dumm und ärgerlich, man habe dem Aufklärungsprozeß damit keinen guten Dienst getan." (ebd.) Ja bei der „Aula" zählen Distanzierungen einfach nicht. Auch wenn gegen Eiter noch so eindeutig argumentiert wird, fürchtet sich die „Aula" anscheinend vor rechtlichen Konsequenzen und verkündet deshalb schon mal prophylaktisch: „Es soll hier nun nicht unterstellt werden, daß der Leiter der sogenannten antifaschistischen Welser „Initiative" etwas mit diesen Anschlägen zu tun habe. Sicherlich hat er es nicht." (ebd.) Na wer wird es dann wohl gewesen sein? Natürlich: Für die „Aula" ist es immer das TATblatt und sein Umfeld. Aber für Eiter haben sie dennoch einen wichtigen Ratschlag: „Die Staatspolizei sollte aber das Umfeld der so schillernden Welser Antifa-Szene untersuchen und prüfen, ob sich hier nicht kriminelle Kräfte eingeschlichen haben, denen eine demokratische Auseinandersetzung fern liegt. Es sollten mögliche Querverbindungen ... zu den gewalttätigen Denkmalzerstörern von Offenhausen und dem Ulrichsberg nachgegangen werden. Dr. Eiter sollte als Vorsitzender der „Initiative" eine solche Untersuchung nach Kräften unterstützen, denn es müßte auch in seinem Interesse sein, solche kriminellen Kräfte aufzudecken und sich von ihnen klar zu distanzieren." (S. 14)

Wolfgang Neugebauer darf natürlich in keiner „Aula"-Ausgabe fehlen und so wird er diesmal als Vater der „Propaganda" gegen den Kommers im November 1996 in Wien ausgemacht. „Aula"-Zitat: „Das von Neugebauer geforderte `konsequente Handeln´ wurde dann sichtbar, als am 30. November 1996 die Saat der von Berlakovich, Sivich, Neugebauer und Genossen betriebenen Propaganda in einer Weise aufging, die vielleicht den `SäerInnen´ (sic!) selbst nicht mehr ganz geheuer war. An diesem Tag ging nämlich die Wiener Polit-Unterwelt ... im Rahmen einer von der ÖH gegen den Kommers mit organisierten `Demo´ mit Raketen, Benzinbrandflaschen und Pflastersteinen gegen einen Gedenkgottesdienst vor ... Hierbei wurden mehrere Journalisten und Polizisten verletzt und wie durch ein Wunder kam es nicht zu schwereren Verletzungen oder sogar Todesfällen. Zuvor hatte Neugebauer ... einen Auftaktvortrag `Rationalität und Massenvernichtung´ gehalten, was von `Antifaschisten´ wohl so aufgefaßt werden konnte, daß die Kommersbesucher als künftige Verursacher von Massenvernichtungen zur Verfügung stehen könnten." (S. 25) Aber mann will Neugebauer auf keinen Fall etwas unterstellen, er könnte ja erfolgreich klagen. Trotzdem kann es die Aula nicht lassen: „Leider hat sich Neugebauer aber auch im Nachhinein nie von den Gewalttaten öffentlich distanziert und er hat auch den Opfern keine Solidarität ausgesprochen." (ebd.) Gut so.

Aber um die „Opfer" kümmern sich sowieso schon der FP-Abgeordnete Martin **Graf** und der RING FREIHEITLICHER STUDENTEN (RFS), schließlich brachten sie nach dem Gegenkommers insgesamt fünf Strafanzeigen gegen die ÖH und unbekannt ein. Vier davon, darf Graf im „Aula"-Interview jammern, wurden zurückgelegt, die fünfte, „... gegen unbekannte Täter wegen eines gesetzwidrigen Aufrufes zur gewaltsamen Verhinderung einer verfassungsmäßigen Veranstaltung sowie wegen Beleidigung und übler Nachrede", war, wie Graf bei einer parlametarischen Anfrage an den Justizminister erfuhr, vorerst nicht auffindbar, wurde aber schließlich in einem Akt unter dem Titel „Rechtsextremismus an der Universiät Wien" wiedergefunden, was Graf natürlich maßlos ärgert. Nichtsdestotrotz hat er wieder Vertrauen in die Arbeit des Innenministeriums gefaßt, seit dieses von Karl **Schlögl** geführt wird. Darum kann er auf die Frage „Wird das extrem linke Biotop im Innenministerium hier nicht mauern?" antworten, daß „... der Innenminister Schlögl ein korrekter Mann ist, der auch nicht in die Fußstapfen seines Vorgängers Einem treten will" (S. 26). Damit hat er wohl auch recht.

„PROVOKATEURE UNTERWEGS"

Im September hatte noch niemand in Österreich, abgesehen von seinen Mittätern, eine Ahnung von Franz **Fuchs**, dem Bombenbajuwaren. Darum sieht sich die „Aula" (7-8/97) dazu berufen an die österreichischen rechten Kreise eine Warnung vor „Provokateuren" des „Spitzel-Staates" (S. 11) auzusprechen. Rasterfahndung und Lauschangriff machen wieder einmal nervös und so weiß die „Aula", daß „... neben den genannten jugendlichen Kreisen ..., wie man aus Polizeikreisen hört, auch verstärkt Studen-

tenverbindungen in die Bespitzelung einbezogen werden (sollen). Gegen soldatische Kameradschaften laufen bereits staatspolizeiliche Ermittlungen." (ebd.) Darum gibt die „Aula" an alle Kameraden folgende Verhaltensregel aus: „Achtet darauf, daß man euch keine Provokateure ins Haus schickt! ... Wer in der nächsten Zeit versucht, Pamphlete unklarer (sic!) Herkunft mit NS-Inhalten in Vereinslokale oder unter junge Leute zu bringen, ist mit großer Wahrscheinlichkeit kein harmloser Dummkopf oder Spinner, sondern ein gefährlicher Lump oder ein erpreßter Provokateur. Er ist den Behörden zu übergeben." (ebd.)

„Herr Ministerialrat, basteln Sie in Ihrer Freizeit Briefbomben?"

fragt der „Eckartbote" Günter **Rehak**, jenen Mann der in einem Gutachten mit 80%iger Sicherheit als der Verfasser eines BBA-Bekennerbriefes ausgewiesen wird. Seine Antwort: „Nur Tretminen für das DÖW." (7/8/1997, S. 11) Und mit einer Klärung der „Briefbombenaffäre" rechnet er nur bei einer „... ernstgemeinten Hausdurchsuchung in der Stiftung DÖW". Die Gründe, warum er schon seit langem zum engeren BBA-Verdächtigenkreis zählt, kennt er auch. So sollen die „klardenkenden Beamten des Innen- und Justizressorts" einem „gewissen Anpassungsdruck mafioser Kreise ausgesetzt" gewesen sein und manche Medien versuchten „... Druck auszuüben, um unangenehme Kritiker wie mich aus dem Verkehr zu ziehen". Aber selbst der profil-Journalist Thomas Va_ek soll Rehak mit „... einer geballten Ladung von Latrinengerüchten" nicht viel angehabt haben (ebd.).

Offenhausen

„Ich stehe auf dem Standpunkt, daß man `rechtsstehenden´ Juden selbstverständlich auch ein Denkmal setzen soll", meint Ottokar **Schöfer** vom Freundeskreis Offenhausen im Interview mit dem „Eckartboten". Und zwar auf dem Dichterstein von Offenhausen, der bislang nur nationalsozialistischen, deutschnationalen, völkischen, heimattreuen und „arischen" DichterInnen vorbehalten war. Aber schließlich gibt es für Schöfer auch „Juden, die sich der deutschen Kultur zugehörig gefühlt haben", die wie „Hans Weigel ... für die deutsche Sprache mehr getan (haben) als so manche Schwätzer, die heute groß den Ton angeben" (9/1997, S. 10).

Der Dichterstein selbst, soll so bleiben wie er ist, die antifaschistischen Verschönerungen werden nicht entfernt, sollen sie doch „als Anschauungsunterricht über die demokratische Gesinnung des linken Pöbels" dienen. Und diesen „linken Pöbel" verortet Schöfer auch im Kulturverein Kanal in Schwertberg. Trotzdem kann er sich eigentlich nicht beklagen , schließlich steht „die Bevölkerung von Offenhausen ... geschlossen auf unserer Seite" (ebd.). Diesen Eindruck haben wir auch.

„Endsieg der Emanzen"

Otto **Scrinzi** muß einfach überall seinen Senf dazugeben, diesmal in den „fakten" (September 1997) zum Thema Feminismus. So ist für ihn durch den „Geschlechterkampf" ein „neuer Kriegsschauplatz" (S. 4) eröffnet worden. Aber außer zutiefst niveauloser Polemik hat er gegen die „feministischen Sprachplaner" (sic!) nichts zu bieten. Rainer **Zitelmanns** Essay „Position und Begriff" stellt schon eher ein anderes Kaliber dar. Nur zu gerne drucken die „fakten" den Aufsatz des Historikers aus dem Buch von Heimo **Schwilk**/Ulrich **Schacht** (Hg.): „Die selbstbewußte Nation" im Anhang an Scrinzis Polemik ab. Zitelmann stimmt mit Scrinzi überein, daß sich in den Feministinnen neue und ernstzunehmende Gegnerinnen formieren. „Der Marxismus hat kaum noch Attraktivität, aber im Feminismus ist eine neue Ideologie mit dem utopischen Anspruch auf Schaffung eines `neuen Menschen´ entstanden." (S. 6) Aber die „Ideologie Feminismus" wird nicht aufgrund der vielen selbstbewußten Frauen als ernstzunehmender Gegner empfunden, sondern, weil es falsch wäre, „im Feminismus eine nur auf Frauen beschränkte Ideologie zu sehen". Also nicht die Feministinnen sind gefährlich, sondern einzig und allein Feministen, die durch die „besonders radikale Parteinahme für `die Frauen´ ein Mittel (sehen), um das Manko auszugleichen, mit dem falschen Geschlecht zur Welt gekommen zu sein". Der Feminismus sei auf dem Weg eine neue „weibliche Gesellschaft" zu schaffen. Diese Ziel soll durch Zensur erreicht werden, Freiheiten sollen abgeschafft werden. Der „totalitäre Feminismus" habe die antikaptitalistischen Theorien längst abgelöst. Die Rechte muß deshalb ihren Gegner kennen, darum fordert Zitelmann auf: „Sicherlich gibt es erhebendere Themen als etwa die feministische Theologie oder die feministische Geschichtswissenschaft, das Netzwerk von Frauenhäusern und Gruppen gegen den `Mißbrauch´ usw. usf. Solange die Rechte diese Entwicklungen jedoch nicht in ihrer wirklichen Bedeutung wahrnimmt, wird sie sie unterschätzen und über die Themen von gestern streiten, während sich neue Ideologien und Netzwerke herausbilden." (S. 6f)

Abtreibung - „Der andere Holocaust"

Zum Feindbild Feminismus gehört natürlich auch das Recht auf die Sebstbestimmung der Frau. Und so stellt für Dr. Manegos Abtreibung den „anderen Holocaust" dar! Begründen tut er diese unfaßbare Frechheit folgendermaßen: „Verwendet man nun im heutigen Sprachgebrauch das Wort Holocaust für große Vernichtung, dann ist der millionenfache Mord an den Ungeborenen sicher der bislang zahlenmäßig größte Holocaust." (fakten/September 1997, S. 18; Hervorhebung im Original) Hätten seine Eltern doch ein Kondom benutzt!

Schließlich sind für die „fakten" Frauen, die abtreiben auch Schuld an der Altersvorsorgeproblematik, weil sie dem Staat „millionenfach" SteuerzahlerInnen vorenthalten!!!! So nämlich: „Wer seine Kinder umbringt, gefährdet nicht nur seine Altersvorsorge, er muß noch dazu damit rechnen, daß zwangsläufig die Alterseuthanasie ebenso denkbar wird ..." (ebd., S. 8). ●

■... ist es doch inzwischen zu einem unersetzlichen Standardwerk erkannt worden, daß nicht nur die Geschichte des Stammheimer Prozesses gegen die RAF beschreibt, sondern vor allem analysiert, wie sich im Verlauf des Prozesses der juristische Überbau zu einem Mittel der präventiven Aufstandsbekämpfung verändert hat.
Für die Leserinnen und Leser zugleich ein fesselndes und angstmachendes Buch.

Pieter Bakker Schut

STAMMHEIM

Die notwendige Korrektur der herrschenden Meinung

Der Stern lehnte nach langem Ringen per Redaktionsbeschluß jede Besprechung ab. Auch der Spiegel rang gewissenhaft ein halbes Jahr und beschloß, es auch nicht vorzustellen.

688 Seiten, 36,– DM
bei Subskription bis zum 15.9.97: 30,– DM
Gegen Vorkasse (Bar oder Verrechnungsscheck) zu bestellen bei:

Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444 · 24125 Kiel
Telefon und Fax (0431)75141

„sag nie, du gehst den letzten weg“

erklärung zum angriff auf die heimkehrergedenkstätte ulrichsberg

jährlich am ersten sonntag im oktober lockt der ulrichsberg ein paar tausendschaften ehemaliger frontkämpfer an, darunter zahlreiche ss-angehörige aus dem in und ausland. gemeinsam gedenken sie der gefallenen kameraden aus dem ersten und zweiten weltkrieg. es ist das größte kontinuierliche treffen ehemaliger wehrmachts und ssangehöriger. es sind jedoch nicht nur alte, unverbesserliche nazis von „seinerzeit“, die hier um die toten aus den eigenen reihen trauern. von jungen, militanten neonazis aus dem vapoumfeld, über schlagende burschenschaften, bis hin zu ranghohen vertretern des öffentlichen lebens ist ein breites gesellschaftliches spektrum bei den ulrichsbergtreffen vertreten.

politiker von fpö, övp und spö, bundesheerangehörige und dienstlich abgestellte einheiten des landesgendameriekommandos kärnten genierten sich nicht, neben prominenten alt- und neonazis an den feierlichkeiten rund um den ulrichsberg teilzunehmen. erst als bekannt wurde, daß auch die als mutmaßliche briefbombenattentäter inhaftierten neonazis peter binder und franz radl jun. regelmäßig an den treffen teilnahmen, zogen es die sp-spitze und das landesgendameriekommando kärnten vor, keine offiziellen vertreter mehr zum ulrichsberg zu schicken. der grund dafür ist weniger die „plötzliche erkenntnis“, daß das ulrichsbergtreffen als eine gut genutzte kontaktstelle und informationsbörse europäischer neonazis fungiert, sondern vielmehr, um der aufmerksam gewordenen presse keine angriffsflächen zu bieten. gleichzeitig distanzierte sich die ulrichsberggemeinschaft nach altbewährter taktik von allzu bekannten neonazis, um so der öffentlichkeit das bild einer harmlosen gedenkfeier ehemaliger soldaten vorhalten zu können. ein blick hinter diese maske, eine maske geformt aus den gesichtern aller weiterhin teilnehmenden politiker, genügt, um zu erkennen wie verdammt dieser berg stinkt.

wir haben die gedenkstätte ulrichsberg zerstört, nicht, um die vergessen zu machen, die die geschichte des zweiten weltkrieges so blutig geschrieben haben. vergessen werden wir sie nicht, die den tod von millionen von menschen auf ihrem gewissen haben. vergessen werden wir sie nicht, die im grauen feldrock für ein system der vernichtung und des todes ihr leben ließen, aber ehren, ehren niemals. ehre gebührt all jenen, die den mut hatten, sich zu wehren, die der wahrheit ins auge blickten und dem faschismus, auch wenn er noch so übermächtig schien, den kampf ansagten. jene zu ehren bedeutet nicht an kranzniederlegungen und anderen feierlichkeiten teilzunehmen, sondern, den kampf in ihrem namen weiterzuführen.

wir haben die gedenkstätte ulrichsberg angegriffen, um zu zeigen, daß die geschichte uns gelehrt hat, unser wissen nicht als erkenntnis, sondern als pflicht zu verstehen. als pflicht, die augen offen zu halten und geschehendes unrecht konsequent zu bekämpfen. faschismus ist unrecht ! und antifaschist/in zu sein bedeutet nicht nur, antifaschistisch zu denken. antifaschist/in zu sein bedeutet vor allem auch sich der verantwortung bewußt zu werden und danach zu handeln. die sprache allein, mit der viele menschen glauben dem faschismus antworten zu können, ist mißbraucht, leer und bedeutungslos geworden. erst wenn wir es schaffen, den worten durch entschlossenes handeln ihre ursprüngliche kraft und bedeutung zurückzugeben, kann die sprache wieder wirkungsvoll werden und das verlorene bewußtsein wieder wecken.

wenn wir von entschlossenheit sprechen, so sprechen wir von einer aufrechten, selbstlosen haltung, mit der mensch sich weder willkürlich schmücken, noch sich ihrer entledigen kann, weil sie teil der menschlichen identität ist. diese haltung zu bewahren, verlangt einen unweigerlichen bruch mit dem herrschenden system. ein system, das eine gesellschaft hervorgebracht hat, die sklavin ihrer kranken werte, sklavin ihres eigenen geldes geworden ist, ist untragbar für die menschheit und für die erde, auf der wir leben. dieses system wollen wir nicht länger akzeptieren, die lage, in der wir uns befinden nicht länger als schicksal hinnehmen. wir werden uns von der herrschenden angst nicht länger lähmen lassen, sondern uns voll und ganz der aufgabe widmen, mit jedem neuen tag konsequenter gegen die kälte und unmenschlichkeit anzukämpfen, um der menschlichkeit wieder raum zu schaffen.

„sag nie, du gehst den letzten weg“, ein altes partisanenlied, ist der rote faden der uns stets weiterführt. selbst dann, wenn der kampf schwer ist, ja schier aussichtslos erscheint, ist es der rote faden, der uns hoffnung gibt, der uns möglichkeiten, perspektiven und wege entdecken läßt, die längst vergessen schienen.

kommando z.a.l.a.

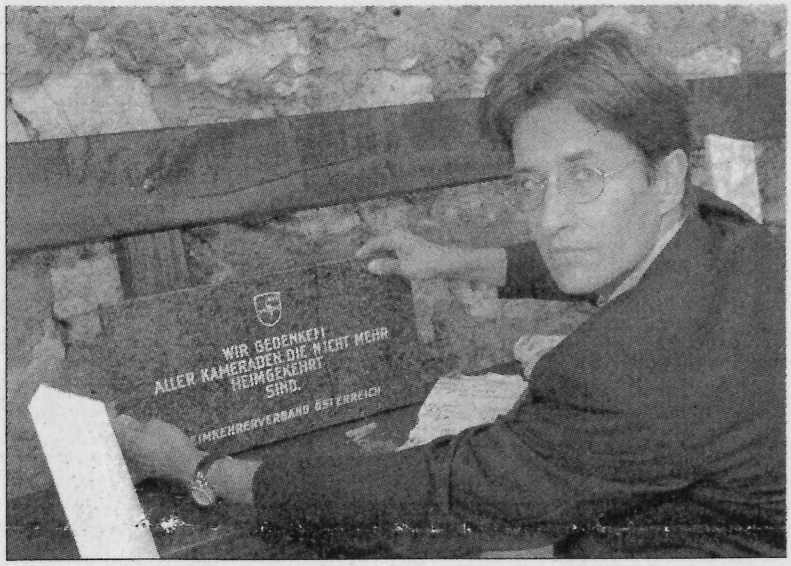
(Dokumentation des BekennerInnenschreibens zum Angriff auf die Tätergedenkstätte Ulrichsberg)

Ulrichsberg I

Soldaten sind Friedensbringer

„DIE SPRACHE ALLEIN, MIT DER VIELE MENSCHEN GLAUBEN DEM FASCHISMUS ANTWORTEN ZU KÖNNEN, IST MIßBRAUCHT, LEER UND BEDEUTUNGSLOS GEWORDEN. ERST WENN WIR ES SCHAFFEN, DEN WORTEN DURCH ENTSCHLOSSENES HANDELN IHRE URSPRÜNGLICHE KRAFT UND BEDEUTUNG ZURÜCKZUGEBEN, KANN DIE SPRACHE WIEDER WIRKUNGSVOLL WERDEN UND DAS VERLORENE BEWUßTSEIN WIEDER WECKEN."
(KOMMANDO Z. A. L. A.)

Als am 5. Oktober wieder tausende ehemalige Wehrmachts- und SS-Angehörige und deren Nachfolger im Geiste, darunter Alt- und Neonazis aus ganz Europa, auf den Ulrichsberg pilgerten, um ihre Taten zu feiern und ihre Niederlage zu betrauern, war erstmals Kärntens SP-Chef Michael **Ausserwinkler** mit von der Gedenkpartie. Noch im Vorjahr mußte Ausserwinkler angesichts seiner Abstinenz bei der „Europa-Friedens-Feier" (Eigendefinition der Pflichterfüller) harsche Kritik auch aus den eigenen Reihen einstecken. Dazwischen änderte sich zwar nichts am Charakter der „Ulrichsbergfeier" als internationale Wallfahrt der Täter im faschistischen Angriffs- und Vernichtungskrieg, als „Spielwiese für rechte Gruppen" (Ausserwinkler anno 1996). Jedoch ließ die Beschädigung der „Heimkehrergedenkstätte" die postfaschistische Volksgemeinschaft ihre Reihen noch dichter schließen. Den Leuten vom „kommando z. a. l. a." gelang es mit ihrer Aktion, einmal mehr jenen sich radikalisierenden nationalen Konsens vorzuführen, der diese „Mörderrepublik" (Peter **Turrini**) seit 1945 kennzeichnet.



KÄRNTENS LANDESHAUPTMANN-STELLVERTRETER KARL-HEINZ GRASSER (FPÖ) BESTÜRZT UND MIT ZERBROCHENER GEDENKTAFEL AM ULRICHSBERG

MEDIENTERROR UND ERMITTLUNGEN

Aus dem Täter-Ehrenmal wurde in Zeitungsberichten eine „Gedenkstätte für die Opfer der Weltkriege", die Sachbeschädigung zum terroristischen Anschlag, gar zum „Zeichen von Faschismus" (Leopold **Guggenberger**, ÖVP). Der „Falter", Organ der Wiener Kultur- und Salonlinken, fand die Tat besonders verabscheuungswürdig und setzte sie mit antisemitischen Anschlägen gleich: Thomas **Seifert** meinte dort, „der oder die Täter sind um nichts besser als die hohlköpfigen Friedhofsschänder aus der rechten Szene." Ein Intellektueller aus der rechten Szene, Andreas **Mölzer**, hat übrigens bereits im „Falter" geschrieben.

Schnell paarte sich der Anti-Antifaschismus mit Antifeminismus: Ausgehend von der Behauptung Michael **Völkers** im „Standard", es hätte vor geraumer Zeit eine antifaschistische Frauengruppe mit Namen „ZALA" gegeben, überschlugen sich die Medien in Spekulationen über eine feministische Urheberinnenschaft. Bestärkt wurden sie darin vom Klagenfurter Sprachwissenschaftler Heinz-Dieter **Pohl**, der die „Diktion" des BekennerInnenschreibens als radikal frauenbewegt entlarvte. Pohl, Autor in der rechtsextremen „Aula" und im Oktober letzten Jahres Teilnehmer am Symposium der nationalistischen Burschenschaften in Graz, zur „Kleinen Zeitung": „Der Brief ist in Feministen-Deutsch geschrieben."

Feministinnen mag auch Martin **Hobek** nicht, seineszeichens einer der führenden Anti-Antifaexperten der FPÖ und vormaliger RFS-Funktionär. Im „TOP", dem Organ für rechte Konservative und Liberale, die langsam werden, was sie sind, verunglimpft er die Autorin Ingrid **Strobl** als „Ex-Terroristin". Daß ihr Buch über den Frauenwiderstand gegen die NS-Herrschaft („Sag nie, du gehst den letzten Weg") die „Bekenner inspirierte, könnte an der Autorin Strobl liegen, die der feministischen Szene in Wien als Galionsfigur gilt." Hobek wird in seinen Anwürfen noch konkreter: „'LeserInnen' von feministischen Zeitschriften wie AUF, die nach der in Wien Mitte der siebziger Jahre von Strobl mitbegründeten 'Aktion Unabhängiger Frauen' benannt ist, könnten sich von deren seinerzeitigen Ausführungen über Zala besonders angesprochen gefühlt haben."
Derartige Konstruktionen wären nicht weiter beachtenswert, würden sie im Österreich vor einer Kanzlerschaft Haiders nicht als Grundlage behördlicher Ermittlungen dienen. So setzte die Kriminalisierung des Wiener „Revolutionsbräuhofs" nach einem (nachgewiesenermaßen!) gefälschten Aufkleber in der „Neuen Kronen Zeitung" ein. So beruft sich eine Untersuchungsrichterin in ihren Vorerhebungen gegen den Antifaschisten Wolfgang **Purtscheller** auf sogenannte Sachverhaltsdarstellungen des Linzer Anwalts Alfred **Windhager**. Seit geraumer Zeit versucht dieser für die Grazer „Aula", den ungeliebten Journalisten und Buchautor in einen Zusammenhang mit dem mißglückten Anschlag auf einen Strommasten in Ebergassing zu rücken.

Nach dem Angriff auf die „Heimkehrergedenkstätte" entpuppte sich die „Aula" einmal mehr als Inspirationsquelle bürgerlicher Medien. Der „Kurier" übernahm von den rechten Recken beispielsweise den Hinweis auf eine „Welser Erklärung", die zum Engagement gegen braune Flecken und heroisierende Kriegerdenkmäler aufrief. Prompt wurde die Welser Stapo in die Ermittlungen miteinbezogen. Diese steuerte auch Filmaufnahmen von der heurigen Antifa-

Demo gegen das rechtsextreme „Dichtersteintreffen" in Offenhausen bei. Die TeilnehmerInnen an dieser behördlich genehmigten Demonstration wurden, sofern sie sich nicht vorbeugend vermummten, so zu Verdächtigen in der Causa Ulrichsberg. Vorbereitet wurde dieser Ermittlungsschritt in zahlreichen Zeitungen, die Parallelen zu den jüngsten Beschädigungen des braunen „Dichtersteins" zu erkennen glaubten.

Der Übereifer eines Ermittlers sorgte Ende August für Aufruhr: Der Klagenfurter Stapo-Chef gab über die Medien bekannt, bei seiner Behörde lägen Fotos von Menschen auf, die aus dem „linken universitären Eck stammen" und einer Identifizierung durch die Bevölkerung rund um den Ulrichsberg harrten. Aber schon kurz darauf mußten die Ermittler diesen „ungewöhnlichen Weg" (Kurier) wieder verlassen: Polizeidirektor **Kampfer** sprach von einem „Mißverständnis" und einer eigenmächtigen Aktion des Stapo-Chefs, die jeder konkreten Verdachtslage entbehre. Einmal mehr war es dann an den Grünen, so zu tun, als ob derartiges Vorgehen nicht integraler Bestandteil des Ausnahmezustandes gegen linksradikale und antifaschistische Zusammenhänge darstelle. Terezija **Stoisits** nannte die (zumindestens offiziell) schnell abgeblasene Aktion „einen Hohn für jede rechtsstaatliche Polizeiarbeit."

Ergänzung und Verfälschung

Wie berechtigt die jahrelange Kritik am 1959 errichteten Täterdenkmal war und ist, bewiesen die Verantwortlichen eindrucksvoll in ihren Reaktionen auf wohlmeinende Ergänzungs- und Veränderungsvorschläge naiver Geister und um das Ansehen Kärntens besorgter ExportbürgerInnen. Diese wollten auch die Opfer faschistischer Herrschaft am Ulrichsberg mitgedacht wissen. Ganz so als ob der bürokratisch-industrielle Massenmord und die militärische Aggression ihre Ursache in einem Streit gehabt hätten, schwafelten viele wieder mal von „Versöhnung". Aber nicht nur von einem Großteil der überlebenden Opfer und GegnerInnen der NS-Herrschaft wurde eine derartige Vermengung mit den Tätern abgelehnt, sie scheiterte auch am Einspruch der Ulrichsberger. So will sich Helmut **Themessl** vom „Kärntner Abwehrkämpferbund" seine „Heimkehrergedenkstätte nicht entehren" lassen. Unter umgekehrten Vorzeichen betrachtet hat Themessl recht: „Widerstand und Einsatz für Volk und Heimat - das geht überhaupt nicht zusammen." Das Andenken an WiderstandskämpferInnen und Kriegsdienstverweigerer, vom Ehrenpräsidenten der „Ulrichsberggemeinschaft" Walther **Weißmann** (ÖVP) „ehemalige Fahnenflüchtige" genannt, hat am braunen Berg nach wie vor keinen Platz. Auch Ulrichsberg-Stammgast Jörg **Haider** betonte, „daß jedes Abweichen von der bisherigen Tradition eine Verfälschung des Ulrichsberg-Gedankens darstelle und daher aus der Sicht der Freiheitlichen strikt abzulehnen sei."

Ulrichsbergsteiger Ausserwinkler meinte noch Anfang September: „Solange die Ideologie der Waffen-SS dort oben das Geschehen bestimmt, werden wir sicher nicht dabei sein." Schnellebige Zeit: Drei Wochen später behauptete der Kärntner SP-Chef, die Veranstalter der „Ulrichsbergfeier" hätten mit ihrer Aussage „Nie wieder Krieg, nie wieder Diktatur, Auseinandersetzung mit Opfern und Tätern" einen Schritt nach vorne getan. Daß damit genauso der *verlorene* Krieg, die *bolschewistische* Diktatur und die *eigenen* Opfer und *fremden* Täter gemeint sein können, bewiesen alte und junge Nazis am 5. Oktober, als sie zu derartigen Bekenntnissen applaudierten ●

Das Ulrichsbergtreffen

Vom Wiener „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes" (DÖW) werden die Verantwortlichen wiefolgt charakterisiert: „Die 'Ulrichsberggemeinschaft' ist eine traditionspflegerische Organisation, in der Funktionäre der rechtsextremen SS-Veteranenorganisation 'Kameradschaft IV' tonangebend sind. Von den Ulrichsbergtreffen berichtet vor allem die neonazistische 'Kameradschaft IV'-Zeitung 'Die Kameradschaft'. Im Rahmen des Ulrichsbergtreffens werden von ehemaligen SS-Angehörigen des In- und Auslandes Kameradschaftsabende abgehalten. In Reden und Referaten wird immer wieder die Rolle der deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg unter Einschluß der SS-Angehörigen positiv dargestellt und der verbrecherische Charakter der hitlerdeutschen Kriegsführung ausgeblendet. Die Teilnahme von Landes- und Bundespolitikern soll der demokratischen Legitimierung dienen."

Während der damalige Innenminister **Löschnak** 1994 den Exekutivbeamten die organisierte und offizielle Teilnahme untersagte, ist das Bundesheer alljährlich mit Abordnungen am Ulrichsberg vertreten. Die (ÖVP-)Verteidigungsminister **Lichal** (1989) und **Fasslabend** (1995) hielten beim internationalen Veteranentreffen gar Festreden. Heuer bewies der Kärntner Militärkommandant Ebner mit seiner Festrede, daß sich weite Teile des österreichischen Heeres bis heute in der Tradition der deutschen Wehrmacht sehen.

1995 sorgte Jörg **Haider** mit seinem Auftritt vor ehemaligen SS-Männern bei einem der zahlreichen Begleittreffen zur Ulrichsbergfeier für Aufsehen. In Krumpendorf nannte er die anwesenden SSler „anständige Menschen (...), die einen Charakter haben und auch bei größtem Gegenwind zu ihrer Überzeugung stehen und ihrer Überzeugung bis heute treu geblieben sind."

Die vom „kommando z. a. l. a." kolportierte regelmäßige Teilnahme der Neonazis **Binder** und **Radl** am Ulrichsbergtreffen ist zwar nicht dokumentiert. Aber die Tatsache, daß der deutsche Bombenleger Peter **Naumann** 1993 gemeinsam mit Kärntner Neonazis zur Feier auf den Berg pilgerte, tut's auch.

Ab 8.9.'97 in Buch- und Infoläden oder zu bestellen für 5.- & 2.- Porto. Ein Abo über fünf Ausgaben kostet 30.- DM.

Antifaschistisches
iNFO 40
BLATT
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

In dieser Ausgabe unter anderem:

Schwerpunkt: 10 Jahre antifaschistische Bewegung - 10 Jahre Antifa Info-Blatt

außerdem:
- Prozeß gegen Kay Diesner
- »Rudolf-Heß-Marsch« '97
- Otto von Bismarck-Stiftung
- Neues in Sachen Briefbomben
- Front National auf Erfolgskurs
- Kirchenasyl

Das Antifaschistische Infoblatt erscheint seit 1987 fünf Mal im Jahr mit ca. 50 Seiten.
Es ist eine nichtkommerzielle, bundesweite Zeitung, die von aktiven AntifaschistInnen im Eigenverlag herausgegeben wird.

J. Lehmann, Kto-Nr.: 411 960-105
BLZ 100 100 10, Postbank Berlin

Was blieb vom Ulrichsberg?

„Ja das bürgerliche Interesse möchte gerade jedes andere, ihm entgegengesetzte, in das eigene Scheitern hineinziehen; so macht es, um das neue Leben zu ermatten, die eigene Agonie scheinbar grundsätzlich, scheinbar ontologisch. Die Ausweglosigkeit des bürgerlichen Seins wird als die der menschlichen Situation überhaupt, des Seins schlechthin ausgedehnt." (Ernst Bloch)

Das „kommando z. a. l. a." führte uns mit seinem Angriff auf das Täterdenkmal am Ulrichsberg nicht nur die post-faschistische Volksgemeinschaft vor, sondern auch eine Linke, die in weiten Teilen aus lauter Angst vor Haiders autoritär-plebiszitären Führerstaat bereits in diesem lebt. Ihr fiel Großteils nichts besseres ein, als sich in Distanzierungen von der gelungen Aktion am braunen Berg zu überschlagen. So wie den ÜberbringerInnen schlechter Nachrichten diese angelastet und verübelt werden, machten viele die AngreiferInnen auf die österreichische Normalität für diese verantwortlich. Der nächtliche Besuch am Ulrichsberg habe „der Sache" geschadet, tönte es aus der Mitte bürgerlicher AntifaschistInnen. Fragt sich nur welcher Sache: Standen die Bemühungen des „anständigen Österreichs", die alljährliche NS-Helden-ehrung abzustellen, unmittelbar vor ihrem erfolgreichen Abschluß? Schadete das „kommando z. a. l. a." nicht vielmehr allen abwiegelnden Selbstvergewisserungen und Versuchen, es sich in diesem Land irgendwie (politisch) einzurichten?

Mit der Defensive umgehen!

Die Reaktionen auf die Aktion gegen den Ulrichsberg sind ein weiterer deutlicher Ausdruck der hegemonialen Kräfteverschiebung. Unter dem Druck des Anti-Antifaschismus löste sich spätestens seit der (ökologisch motivierten) versuchten Sachbeschädigung von Ebergassing zuerst das liberale bis linke Segment aus KünstlerInnen und kritischer Intelligenz weitgehend auf. Mit der hingenommenen Kriminalisierung des Antifaschismus und Khols „Verfassungsbogen" gingen nicht nur viele Essentials des zivilen Widerstandes und der außerparlamentarischen Opposition den Bach runter, sondern auch so manche bürgerlich-rechtsstaatliche Errungenschaft. Wer schon einmal versucht hat, eine antifaschistische Demo durchzusetzen und sich dabei auf die Versammlungsfreiheit zu berufen, weiß, wovon wir sprechen. Wer das Kesseltreiben gegen Wolfgang Purtscheller aus der Nähe beobachtet, ebenfalls.

Im Wegfall des Großteils jener demokratischen Kräfte, die in ihrem Engagement gegen den expandierenden Überwachungsstaat und dessen Komplizenschaft mit Faschisten wichtige BündnispartnerInnen waren, sind die Kräfteverschiebungen nach Ebergassing durchaus mit dem „Deutschen Herbst" zu vergleichen.

Die Restlinke wirkt heute weitgehend gehetzt und überbietet sich in Unterwerfungshandlungen unter die staatliche/massenmediale und - was zunehmend in eins fällt - „freiheitliche" Definitionsmacht. Diese bestimmt, was in der politischen Auseinandersetzung erlaubt ist. In ihren Versuchen, das vorgegebene Terrain nicht zu verlassen, ist die Restlinke der Sagenfigur Sisyphus nicht unähnlich: mit jeder Demutsgeste und Gefälligkeit geht etwas an Boden verloren. Diejenigen, die für sich die immer rigider werdenden Vorgaben akzeptierten, ließen sich nicht nur in ihrer unmittelbaren politischen Praxis einschränken, sondern beschleunigten damit auch die Kräfteverschiebung. Sie reproduzierten so die eigene Schwäche. Wer sich von allem, was nicht den vorgegebenen Spielregeln entspricht, reflexartig distanziert, egal, um was es sich jeweils konkret handelt, der befördert daneben den Abbau des kritischen Unterscheidungsvermögens. So wie in der Nacht alle Katzen grau sind, wird heute jede linksradikale und antifaschistische Regung mehrheitlich als „Terror" identifiziert.

Wir wagen mal zu behaupten, daß eine derartige Aktion wie die gegen das NS-Heldenmal - in Zielauswahl, eingesetzten Mittel und Bekennung ebenfalls rasch und eindeutig als antifaschistisch identifizierbar - vor zehn Jahren anders rezipiert worden wäre. Das „Terror"-Geschrei wäre wohl auf die Rechte und den Boulevard beschränkt geblieben. Das Bedürfnis, sich umgehend zu distanzieren, wäre nicht derart verbreitet gewesen. (Was nicht heißen soll, daß direkte Aktionen außerhalb jeder Kritik stünden!)

Explizit ausgenommen von all dem sollen die indirekt Betroffenen werden: die Zusammenhänge der SlowenInnen und slowenischen PartisanInnen in Kärnten, die sich ebenfalls von dem Angriff auf den Ulrichsberg distanzierten, befinden sich in einer anderen Lage wie die AntifaschistInnen im DÖW, „Falter", der Sozialistischen Jugend, der KPÖ oder der Partei der Grünen. Sie sind in diesem Land seit 1945 mit dem Stigma des „Fremden" und des/der „VolksfeindIn" belegt. Als Opfer und WiderstandskämpferInnen ziehen sie den Haß der „Deutschkärntner" auf sich. Ständig der (zunehmend auch offen ausgesprochenen) Drohung ausgesetzt, beim geringsten Aufmucken gegen den post-faschistischen Konsens den rechten Volkszorn zu erfahren, reagierten sie auf verständliche Art und Weise. Ihre Angst ist eine andere als das damit kokettierende Gehabe mancher PflichtdistanziererInnen.

Den Gegebenheiten vor Ort in Kärnten hätte aber das „kommando z. a. l. a." Rechnung tragen müssen: sich (wenn auch unabsichtlich) nach einer dort lebenden slowenischen Partisanin zu nennen, ist ihr gegenüber nicht gerade rücksichtsvoll. Es wäre jedoch verlogen und auch unsinnig, die Aktion mit dem Verweis auf eine drohende Zunahme der Angriffe auf slowenische Zusammenhänge zu verdammen. Damit würden die „heimattreuen" AngreiferInnen ein Stück weit entschuldigt werden.

Ähnlich verhält es sich mit dem allgemeinen Verweis auf eine Zunahme der Repression gegen die antifaschistische, radikale Linke: die Apparate reagieren weniger auf unser Tun als daß sie ihr Verhalten den politischen Verhältnissen und Erfordernissen anpassen. Notfalls wird der Anlaß zum Losschlagen auch erfunden. Wir müßten vielmehr unsere Strukturen unabhängig von konkreten Vorfällen so gestalten, daß sie derartige Schläge möglichst unbeschadet aushalten. ●

Auflösung von Seite 13

Die richtigen Antworten lauten:

1: C)
Die Presse
„Die neue Qualität des Lesens"
vom 3. 10. 97, S. 8

2: B)
Wien Rot
Stadtzeitung der KPÖ - Wien
Ausgabe 2/97

1848 - 1938 - 1998

National-freiheitliche Eckdaten

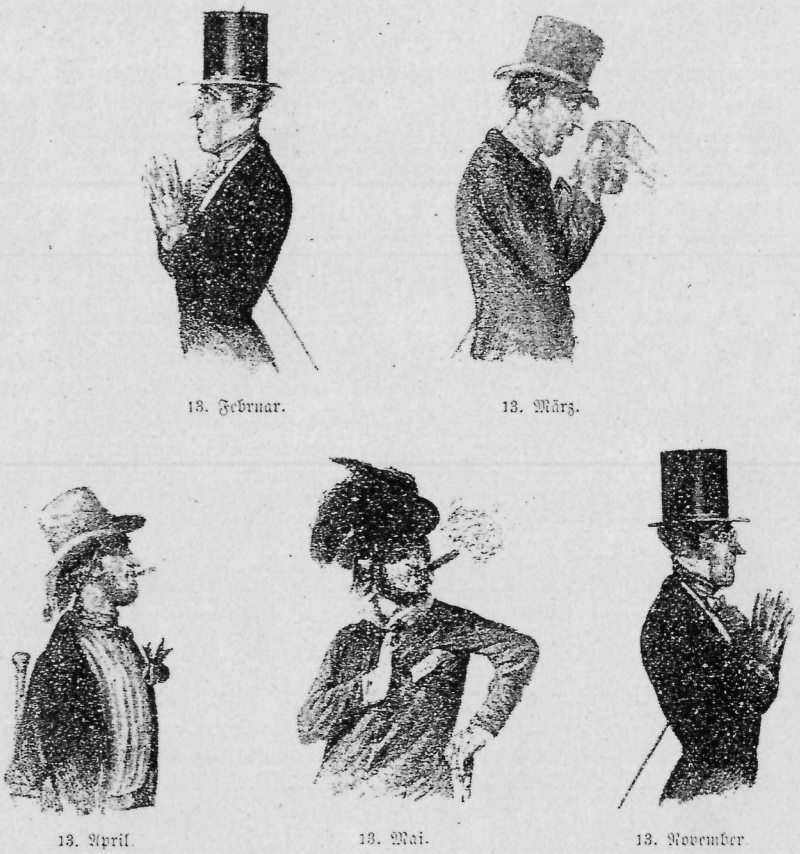
AM 13. MÄRZ '98 JÄHRT SICH NICHT NUR DER „ANSCHLUß" ÖSTERREICHS AN NAZI-DEUTSCHLAND ZUM SECHZIGSTEN MAL, DEUTSCHNATIONALE STUDENTENVERBINDUNGEN WOLLEN AUCH DEN 150. JAHRESTAG DER BÜRGERLICHEN REVOLUTION IN WIEN FEIERN. IN DER HOFBURG SOLL MIT EINEM GROßEN „KOMMERS" DEM ANSPRUCH DES GANZEN „NATIONAL-FREIHEITLICHEN" MILIEUS AUF DAS HISTORISCHE ERBE DER 48ER REVOLUTION FEIERLICH AUSDRUCK VERLIEHEN WERDEN.

LEGITIMATIONEN

Das sogenannte „Dritte Lager", heute ideologisch repräsentiert durch die FPÖ und ihre korporierten Vorfeldorganisationen, erblickt seine Geburtsstunde in den Wiener Märzereignissen von 1848. Die Rechtsextremisten versuchen daraus mehrfachen Nutzen zu ziehen: Zum einen erlaubt der Rückgriff auf die konstituellen und liberalen Regungen des Bürgertums die Selbstdarstellung als Demokraten. Diese fällt nicht zuletzt deswegen so heftig aus, weil rund 80 Jahre später mit der NSDAP nicht gerade eine Gralshüterin der Demokratie fast das ganze nationalistische Milieu aufgesogen hat. Ähnlich verhält es sich mit dem Antisemitismus: Da den Burschenschaften eine führende Rolle bei der Durchsetzung des eliminatorischen und modernen Antisemitismus ab den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts zukommt, müssen diese heute den jüdischen Anteil an der Revolution und deren emanzipatorischen Aspekt[1] betonen. Auch für die Behauptung deutschnationaler Akademiker und Studenten, heute die wahren und legitimen Vertreter der „kleinen Leute" zu sein, muß die Revolution herhalten. So tönte der Wiener FPÖ-Chef Rainer **Pawkowicz** bereits am letzten „Kommers": „Mehrmals in der Geschichte, zuallererst im Revolutionsjahr 1848, haben national-freiheitliche Intellektuelle und Arbeiter gemeinsam gekämpft."

Schließlich kommt der vereinnahmenden Rezeption der Revolutionäre von 1848 im Kampf gegen das NS-Verbotsgesetz einige Bedeutung zu. Die ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR DEMOKRATISCHE POLITIK (AFP) sieht sich bereits seit Jahrzehnten von „Metternichs Erben" verfolgt. Auch der Wiener FPÖ-Landtagsabgeordnete Heinz-Christian **Strache** stellt bei seiner Behandlung der „deutschen 48er Revolution" in „Genius" (1/97) einschlägige „Bezüge zur Gegenwart" her: „Weg mit Denk- und Sprechverboten, Freiheit des Wortes, für die Wissenschaft und ihre Lehre."

Die propagandistische Bedeutung der Revolution erkannten auch die historischen Faschisten. Otto **Schwab**, Burschenschafter bei der GERMANIA-Darmstadt und ab 1933 Bundesführer des Dachverbandes DEUTSCHE BURSCHENSCHAFT (DB), bekundete etwa bei der feierlichen Überführung der DB in den NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN STUDENTENBUND im Oktober 1935 auf der Wartburg: „Wir wollen in dieser feierlichen Stunde nicht nur an die neue Zukunft Deutschlands denken, der wir freudigen Herzens entgegengehen und unsere alten Farben als Bekenntnis zur neuen Form im alten Geist feierlich ablegen, wir wollen auch unserer ruhmreichen Geschichte gedenken, unseren Vorkämpfern der Urburschenschaft, des Wartburgfestes und auch jenen, die 1848 gemeinsam mit den Arbeitern für ein freies Deutschland kämpften."



13. Februar. 13. März.

13. April. 13. Mai. 13. November.

DIE METAMORPHOSEN DES WIENER BÜRGERTUMS ODER, WIE MAN SICH IN NEUN MONATEN VERÄNDERN KANN

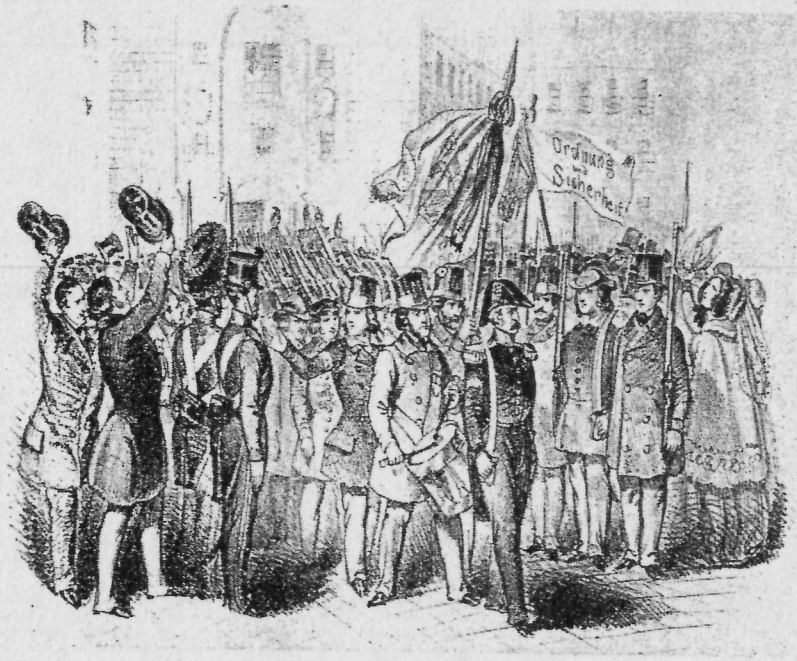
LEGENDE...

Legenden wie die folgende werden uns nächstes Jahr verfolgen: „Ein Klassenhaß zwischen Bürgern und Arbeitern, wie er damals in Frankreich entstand, entwickelte sich in Wien nicht. Die Arbeiter überließen sich den Studenten und beide Gruppen bildeten gemeinsam eine rührende Waffengemeinschaft." Es ist der Universitätssoziologe und vormalige Corps-Student Roland **Girtler**, der in der „Aula"-Broschüre „1848: Das verdrängte Gedenkjahr" einmal mehr beweist, wie geduldig Papier ist. Nur daß sich die Arbeiter-Innen mangels Organisationsgrades und Klassenbewußtseins den Studenten „überließen", stimmt hier. Von einem Häuflein linker, radikaldemokratischer Studenten abgesehen, die die Parole von „Freiheit" und „Gleichheit" wörtlich nahmen, hatten die desperaten Revolutionäre ein instrumentelles Verhältnis zur ArbeiterInnenklasse. Als Druckmittel gegen die absolutistische Herrschaft waren die verarmten Massen der Vorstädte willkommen, aber sobald das Versprechen einer Verfassung und bürgerliche Freiheitsrechte gegeben worden war und sich ein Weitertreiben der politischen zur sozialen Revolution ab-

zeichnete, war von einer „Waffengemeinschaft" seitens der Studenten nur mehr wenig zu spüren. Die Studentenschaft als solche stand zwischen den Klassen und hielt es mehr mit der staatlichen Einigung der „deutschen Nation" als mit der sozialen Frage. Ihr kam die historische Aufgabe zu, den revolutionären Druck der ArbeiterInnen aufzufangen und die Massen mit pathetischen Reden über die „deutsche Nation" zu paralysieren.

Was Girtler moralisierend „Klassenhaß" nennt, die Zuspitzung der sozialen Widersprüche zwischen Bourgeoisie und Proletariat noch im Moment der politischen Emanzipation, bezeichnete Karl Marx als Charakteristika der März-Ereignisse: „Die deutsche Bourgeoisie befindet sich also schon im Gegensatz zum Proletariat, ehe sie noch als Klasse sich politisch konstituiert hat. Der Kampf zwischen den Untertanen ist ausgebrochen, ehe noch Fürsten und Adel zum Land hinausgejagt sind."

Angesichts der drohenden sozialen Revolution suchte die Bourgeoisie und mit ihr der Großteil der (angehenden) Akademiker noch in der politischen Revolution den Kompromiß mit der alten Herrschaft.



DIE AKADEMISCHE LEGION UNTER IHREM SCHLACHTRUF „ORDNUNG UND SICHERHEIT"

...UND WIRKLICHKEIT

Eine der zentralen Forderungen der Aufständischen war die Bewaffnung des Bürgertums. Auch die Studenten erbaten am 13. März vom Kaiser untertänigst die Erlaubnis sich bewaffnen zu dürfen. Bereits einen Tag später gestattete dieser die Aufstellung der AKADEMISCHEN LEGION, die unter dem schwarz-rot-goldenen Banner und als integrierter Bestandteil der NATIONALGARDE das Weitertreiben der Revolution im Keim ersticken sollte. So heißt es in der „Wiener Zeitung" vom 14.3.1848: „Um Ruhe in dieser seit gestern bewegten Residenzstadt zu sichern, haben seine Majestät auch die Bewaffnung der Studierenden mit Ausschluß aller Ausländer und unter zweckmäßiger Regelung anzuordnen geruhet."

Angesichts der geringen Zahl von militärischen Einheiten in Wien und der zeitgleich mit dem politischen Aufstand der Bürger und Studenten ausbrechenden sozialen Revolte geriet die Volksbewaffnung zur Überlebensnotwendigeit für die Klassenherrschaft. Daß unter „Volk" die Besitzbürger und die inländischen Universitätsangehörigen zu verstehen sind, daran ließen auch die Revolutionäre keinen Zweifel. Die Horrormeldung eines Zeitzeugen belegt den partikularistischen Charakter der Revolution und widerlegt Girtlers Behauptung: „Während das Wiener Volk in der inneren Stadt für sein politisches Recht und für das Wohl des Gesamt-Reiches sein Leben wagte und sein Blut zum Opfer brachte, sammelte sich in den Vorstädten (...) der Pöbel und ein Proletariat der gefährlichsten Art zusammen und zog plündernd und raubend, sengend und brennend durch die Straßen! Auch diese Horden hatten die Devise Freiheit auf ihre Fahnen geschrieben, benützten aber die plötzlich so veränderte Gesamtstimmung zum Rauben und Plündern und verübten Greuelthaten jeder Art."

Die bald abzufeiernden Revolutionäre machten von Anfang an aus ihren Herzen keine Mördergrube: „Wenn das Proletariat eine solche Gelegenheit auch benützt, um Ausschreitungen zu machen, die Besitzenden und Gebildeten, die an Ruhe und Ordnung ein Interesse haben, finden schon, wenn es wieder notwendig ist, die erforderlichen Mittel, um die außer Rand und Band gekommenen Massen wieder in die gehörigen Bahnen hineinzuleiten."

Die akademische und bürgerliche Konterrevolution war derart erfolgreich, daß Ferdinand I. bereits am 15. März erklärte: „Eine Nationalgarde, errichtet auf der Grundlage des Besitzes und Intelligenz, leistet bereits die ersprießlichsten Dienste." Der Kaiser dankte der NATIONALGARDE „für den mit gleicher Treue und Anhänglichkeit bewiesenen Eifer und ihre rühmlichen Anstrengungen zur Wiederherstellung und Befestigung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit".

Voller Stolz schreibt 1983 ein korporierter Apologet der studentischen Revolutionäre, daß „die Regierung (...) das ernsthafte Bemühen der Legion um das Niederhalten radikaldemokratischer Kräfte und die Vermeidung anarchischer Zustände anerkannt" habe.

Der Chronist der Revolution, Maximilian Bach, berichtet über das Wüten der NATIONALGARDE gegen die Opfer des Bündnisses von sozialer und politischer Herrschaft: „Der größte Teil der Märzgefallenen fiel in den nächtlichen Kämpfen vor den Linien. Diese Proletarier sind nicht gefallen am 13. März im Innern der Stadt selbst, im Kampfe gegen das alte System und seine militärischen Verteidiger (...). Sie sind vielmehr gefallen vor den Linien Wiens; getötet nicht von Soldaten, sondern von Nationalgarden oder Bürgermilitär; im Kampfe nicht direkt gegen Metternich, im Kampfe vielmehr gegen die Fabriken; als Opfer des Kapitalismus und als lebender, wenn auch unbewußter Protest gegen die kapitalistische Verfälschung der Revolution."

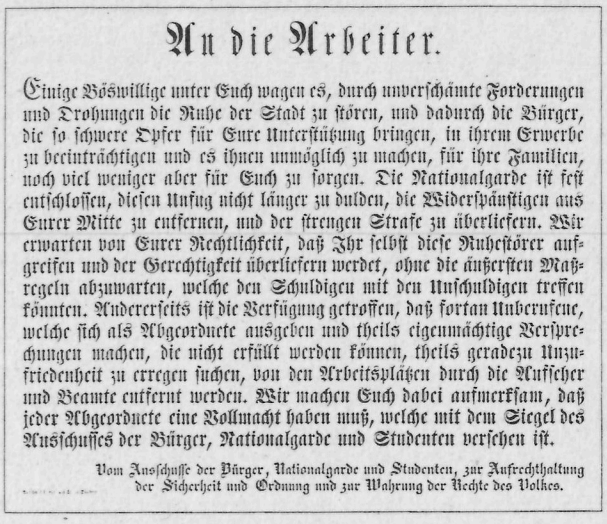
Als am 23. August 1848 eine Demonstration tausender ArbeiterInnen gegen einschneidende Lohnkürzungen von der NATIONALGARDE niedergemetzelt wurde, war von Girtlers „rührender Waffengemeinschaft" ebenfalls nicht viel zu merken. Die AKADEMISCHE LEGION beobachtete das als „Praterschlacht" in die Geschichte eingegangene Gemetzel vielmehr mit distanzierter Neutralität. Doch verstärkten sich in der Folge unter den Studenten die seit Mai anhaltenden Spaltungstendenzen zwischen radikal-

demokratischen und konstituellen Kräften. Einige erkannten bereits, daß die bürgerlichen Freiheiten nur im Bündnis mit dem Proletariat verteidigt werden können. Als dann Ende Oktober die kaiserlichen Truppen Wien überfielen und die Revolution endgültig nierderschlugen, standen nicht mehr alle einstigen Revolutionäre gemeinsam mit den ArbeiterInnen auf den Barrikaden.

Daß die Burschenschafter angesichts der rasanten Kräfteverschiebung zugunsten der radikalen Linken am Vorabend der siegreichen Konterrevolution heute Bauchweh haben, liegt auf der Hand. So bringt Klaus-Walter **Frey** ein gewisses Verständnis für den Schlag der Reaktion auf: „Der Abzug der (kaiserlichen, Anm.) Truppen hatte bewirkt, daß sich überall aus dem Proletariat und den Tiefen der Gesellschaft Elemente nach oben drängten, die die konstituellen Liberalen und Großdeutschen politisch an die Peripherie zu drängen suchten. Gleichzeitig entwickelte sich Wien zu einem Treffpunkt internationalistischer Revolutionäre aus dem sozialistischen Lager und der anarchodemokratischen Szenerie, die die Hoffnung hegten, aus diesem Gemeinwesen eine Spielwiese der allgemeinen europäischen Revolution machen zu können."

Es sei ihr Verdienst, wenn „Österreich mit Deutschland innig verbunden, der mächtigste Staat nach außen bestehen wird. Wenn der Kaiser nicht mehr so wie früher durch wurmstichige politische Verträge, durch feile Minister abgeschlossen, an die Politik des Auslandes festgeschmiedet sein wird, - sondern wo der Thron auf den Schultern eines großen Volkes gegen die Wolken erhoben, einen Kaiser in seinem Schoße birgt, durch dessen Mund der Wille des Volkes, wie der allmächtige und der achtungsgebietende Donner den fremden Völkern verkündet wird."

In dem Maß, in welchem die Revolutionäre sich von ihren demokratischen



An die Arbeiter.

Einige Böswillige unter Euch wagen es, durch unverschämte Forderungen und Drohungen die Ruhe der Stadt zu stören, und dadurch die Bürger, die so schwere Opfer für Eure Unterstützung bringen, in ihrem Erwerbe zu beeinträchtigen und es ihnen unmöglich zu machen, für ihre Familien, noch viel weniger aber für Euch zu sorgen. Die Nationalgarde ist fest entschlossen, diesen Unfug nicht länger zu dulden, die Widerspänstigen aus Eurer Mitte zu entfernen, und der strengen Strafe zu überliefern. Wir erwarten von Eurer Rechtlichkeit, daß Ihr selbst diese Ruhestörer aufgreifen und der Gerechtigkeit überliefern werdet, ohne die äußersten Maßregeln abzuwarten, welche den Schuldigen mit den Unschuldigen treffen könnten. Andererseits ist die Verfügung getroffen, daß fortan Unberufene, welche sich als Abgeordnete ausgeben und theils eigenmächtige Versprechungen machen, die nicht erfüllt werden können, theils geradezu Unzufriedenheit zu erregen suchen, von den Arbeitsplätzen durch die Aufseher und Beamte entfernt werden. Wir machen Euch dabei aufmerksam, daß jeder Abgeordnete eine Vollmacht haben muß, welche mit dem Siegel des Ausschusses der Bürger, Nationalgarde und Studenten versehen ist.

Vom Ausschusse der Bürger, Nationalgarde und Studenten, zur Aufrechthaltung der Sicherheit und Ordnung und zur Wahrung der Rechte des Volkes.

DROHENDE WARNUNG DES SICHERHEITSAUSSCHUSSES AN DIE WIENER ARBEITERINNEN

DEUTSCHNATIONALISMUS UND ANTISEMITISMUS

Die Revolution von 1848 war in Östereich eine erste offene Manifestation des deutschen Nationalismus und Einheitsstrebens.

Die Petition der Studenten, die am 12. März dem Kaiser übergeben wurde, beinhaltete neben der Bitte um Gewährung bürgerlicher Freiheitsrechte unabhängig von der Konfession unter anderem die Forderung nach einer Vertretung der „deutschen Landestheile" beim „Deutschen Bund". Diesem großdeutschen Geist wurden nach und nach demokratische Forderungen untergeordnet. Sogar die Rufe nach einer österreichischen Verfassung verstummten allmählich, da dadurch das germanomanische Einheitsdenken gefährdet worden wäre.

Bezeichnenderweise am Tag nach der sogenannten „Praterschlacht" verlangten die nationalistischen Studenten die Dankbarkeit der Massen. In der „Studentenzeitung" versuchten sie angesichts des Verratsvorwurfes, die soziale Frage als nationale zu desartikulieren: Forderungen verabschiedeten, verbreitete sich in ihren Reihen der Antisemitismus. Damit kehrten die burschenschaftlichen Studenten wieder zu ihren Wurzeln zurück: An der Wiege des deutschen Nationalismus und der Burschenschaften standen mit **Jahn**, **Arndt** und anderen Volkstümlern ja wütende Antisemiten (vgl. Lotta dura 6/96). Jedoch wurde dieses völkische Moment mit der Begeisterung für das französische Vorbild und die liberale Demokratie in den Hintergrund gedrängt. Aber kurz nach der Niederlage besann sich der Großteil der Deutschnationalen wieder auf den Franzosenhaß des antinapoleonischen Befreiungskrieges und entdeckte den germanischen Mythos neu. Der Verrat an der Demokratie war ein leichter, wenn diese als „undeutsch" entlarvt werden konnte. Daneben brauchte die staatlich ungeeinte Nation wieder ein ideologisch einigendes Band - und dieses stellte der Antisemitismus dar. Knapp 30 Jahre nach der Märzrevolution erließ mit der Wiener LIBERTAS die erste Burschenschaft einen „Arierparagraphen".

Wenn es also auch stimmt, daß 1848 der Antisemitismus in Wien weitgehend auf das Lager der Reaktion beschränkt war, so ist doch die oft vorgebrachte Meinung, er sei von außen in die Burschenschaften getragen worden, falsch. Er war in diesem Milieu stets latent vorhanden und mußte bloß mobilisiert werden.

Das Beispiel Richard **Wagner** zeigt daneben, wie äußerlich die Forderung nach jüdischer Gleichberechtigung und der Liberalismus den nationalistischen Revolutionären geblieben war. So meinte der burschenschaftliche Heroe: „Als wir für Emanzipation der Juden stritten, waren wir aber doch eigentlich mehr Kämpfer für ein abstractes Prinzip, als für den concreten Fall: wie all unser Liberalismus ein nicht sehr hellsehendes Geistesspiel war, indem wir für die Freiheit des Volkes uns ergingen, ohne Kenntnis dieses Volkes, ja mit Abneigung gegen jede wirkliche Berührung mit ihm, so entsprang auch unser Eifer für die Gleichberechtigung der Juden viel mehr aus der Anregung eines allgemeinen Gedankens, als aus einer realen Sympathie; denn bei allem Reden und Schreiben für Judenemanzipation fühlten wir uns bei wirklicher, tätiger Berührung mit Juden von diesen stets unwillkürlich abgestoßen." ●

[1]Die Forderung nach politischer Gleichberechtigung der Juden war insofern nicht unproblematisch, als sie von den Betroffenen verlangte, daß sie aufhörten Juden zu sein. Der Preis für die Emanzipation sollte im Denken und Handeln der meisten Revolutionäre die vollständige Assimillation sein.

Literatur:

Bach, Maximilian: Geschichte der Wiener Revolution im Jahre 1848. Wien 1898

Frey, Klaus-Walter: Die bürgerliche Revolution des Jahres 1848 an den Universitäten in Wien, Graz und Innsbruck unter dem Einfluß der freiheitlich-burschenschaftlichen Bewegung. Würzburg 1983

Reschauer, Heinrich; Smetz, Moritz: Das Jahr 1848. Geschichte der Wiener Revolution. Wien 1872. 1. Bd.

Sterling, Eleonore: Er ist wie du. Aus der Frühgeschichte des Antisemitismus in Deutschland (1815-1850). München 1956

Konservativ-faschistischer Konsens

Die „neurechte" Strategie der FPO und eventuelle Gegenstrategien

„Es geht der >Neuen Rechten< ... darum, einen konservativ-faschistischen Konsens innerhalb der Gesellschaft zu etablieren, der es ihr erlauben würde, eine nationalistische Linke zu konstruieren und das Terrain ideologischer Auseinandersetzungen auf das des rechten Denkens zu verschieben. Sie will so die Definitionsmacht darüber erlangen, was als rechts und was als links zu gelten hat." (Müller, S.17)

Oder wie Alain **de Benoist** es ausdrückt, sei „keine Übernahme der politischen Macht möglich ohne vorhergehende Übernahme der kulturellen Macht", was wiederum eine „langwierige bodenbereitende ideologische Arbeit" benötige, damit die „Neue Rechte" es schaffen kann, „gleichzeitig die Rechte und die Linke zu sein". (de Benoist „Aus rechter Sicht", zit.n. Müller, S.17)

Die FPÖ hat sich inzwischen eine „neurechte" Strategie zu eigen gemacht, die wir anhand der von Jost **Müller** etablierten „ideologischen Elemente", die die meisten „neurechten" Protagonisten gemeinsam haben, überprüfen können.

Nationalismus

An erster Stelle steht dabei der Nationalismus. Die FPÖ hat sich in letzter Zeit, konkret mit der Veröffentlichung ihres „Parteiprogramm-Entwurfs" Anfang 1997, von einer offenen „Deutschtümelei" verabschiedet und proklamiert nun ausschließlich „Österreich zuerst". Aus dem „Parteiprogramm-Entwurf der FPÖ": „Die FPÖ ist als glaubhafte Hüterin und Wahrerin des Österreichpatriotismus der Treue zu Österreich verpflichtet." (S.1) Und: „Darüber hinaus besteht für die Freiheitliche Bewegung eine patriotische Verpflichtung, für die Erhaltung der Selbständigkeit und Eigenständigkeit Österreichs sowie der rechtsstaatlichen, föderalistischen, sozialen und liberalen Verfassungsprinzipien einzutreten." (S.7) Da wir frühere Aussagen von FP-Politikern (z.B. die „ideologische Mißgeburt", als die Jörg **Haider** die österreichische Nation bezeichnete) noch recht frisch in Erinnerung haben, muten solche Sätze wie versuchte Gehirnwäsche an. Aber es ist natürlich kein Zufall, daß diese patriotische Wende mit dem österreichischen EU-Beitritt kam.

„Gegenwärtig warten die Intellektuellen der >Neuen Rechten< nur darauf, daß die veränderten Verwertungsbedingungen des Kapitals eine gewaltsame Anpassung des politischen Systems nach sich ziehen, in der die von ihnen bevorzugten autoritär-staatlichen Maßnahmen zur Geltung gebracht werden." (Müller, S.19)

Der bei der „Neuen Rechten" äußerst beliebte rechtsextreme Theoretiker Carl **Schmitt** schrieb 1923 über die italienischen Faschisten: „Sprache, Tradition, Bewußtsein gemeinsamer Kultur, Bewußtsein einer Schicksalsgemeinschaft, eine Empfindlichkeit für das Verschiedensein an sich - alles das bewegt sich heute eher in der Richtung zu nationalen als zu Klassengegensätzen." (zit.n. Müller, S.23) Laut Jost Müller sind die neurechten Intellektuellen heute dabei, diese Fassung des „nationalen Mythos" zu aktualisieren mit dem Ziel, Konservativismus und Faschismus zu verklammern. Werfen wir dazu wieder einen Blick in den „Parteiprogramm-Entwurf": „Die Bevölkerung Österreichs hat nach leidvollen historischen Erfahrungen ihren Willen zur Zusammengehörigkeit im Rahmen regionaler Eigenständigkeiten mehrfach deutlich bekundet." (S.7) - „Europa ist mehr als ein geographischer Begriff. Es gründet in der christlich-abendländischen Wertegemeinschaft. Die durch gemeinsame Schicksale verbundenen Völker und ihr kulturelles Erbe bilden und tragen Europa." (S.13) Welche gemeinsamen Schicksale denn? Mir fallen momentan keine ein, außer wir wollen die ständigen Kriege, die in Europa schon fast jeder gegen jeden geführt hat, als „gemeinsame" Schicksale bezeichnen. Hier kann nur der Mythos vom europäi-

F wie Fraktionskampf

Seit der Vorlage des Entwurfes für ein neues FPÖ-Programm liegen sich einige Gefolgsleute **Haiders** in den Haaren. Vor allem zwei Punkte waren und sind dazu angetan, den Widerstand des nationalistischen FPÖ-Kernelements zu provozieren: das Verhältnis zum organisierten Christentum und der „deutsche" Charakter Österreichs.

Ursprünglich war im Entwurf, der vom FPÖ-Klubchef Ewald **Stadler** verantwortet wird, von einem „wehrhaften Christentum" als natürlicher Bündnispartner der FPÖ die Rede. Diese programmatische Anbiederung an eine Kirche Marke Kurt **Krenn** mußte das antiklerikale, burschenschaftliche Milieu in der Tradition eines Georg Ritter von **Schönerer** und Alfred **Rosenberg** auf den Plan rufen. Tatsächlich stellt der „Kulturkampf", der zwar immer wieder tagespolitischem Opportunitätsdenken geopfert wurde, ein konstituierendes Element des Deutschnationalismus dar. Da aber mit dieser Tradititon auch heute kein Staat zu machen ist, entdecken die Stadler-Kritiker vor allem aus der Wiener FPÖ den Liberalismus von 1848 neu. Es war wieder einmal Haider selbst, der den Streit entschied: „Ich brauche kein wehrhaftes Christentum", bekannte der Parteichef in seinem neuen Machwerk „Befreite Zukunft jenseits von links und rechts". Nun ist im Programmentwurf nur mehr die Rede von einem „Christenum, das seine Werte verteidigt". Doch die Historisierung der Trennung von Kirche und Staat konnte von den Schönerianern mit der liberalen Maske nicht hinausreklamiert werden. Nach wie vor heißt es im Enturf, „Antiklerikalismus und übertriebener Laizismus" seien „angesichts der geänderten Rolle der kirchlichen und religiösen Institutionen in Österreich überholt".

Daß der Streit noch nicht aus der Welt ist, zeigte sich Anfang August, als prominente „National-freiheitliche" bei Innsbrucker Universitätssängerschaft Skalden über die Zukunft der FPÖ debattierten. Dominiert wurde die Podiumsdiskussion von einer Auseinandersetzung zwischen Stadler und dem Wiener FPÖ-Landtagsabgeordneten und „Junge Freiheit" (JF)-Autor Rüdiger **Stix**, pikanterweise beide Alte Herren bei den Skalden. Während Stadler die FPÖ-Signale an einen konservativen Katholizismus (die evangelische Kirche wird schon seit langem als „links" abgeschrieben) mit wahltaktischen Überlegungen rechtfertigte, bemühte Stix die burschenschaftliche Losung von „Ehre, Freiheit, Vaterland", welcher er „Armut, Keuschheit, Gehorsam" gegenüberstellte. Ein katholischer Journalist schnappte auf der Podiumsdis-

schen „Abwehrkampf" gegenüber den „Mongolen", den „Türken", den „Bolschewiken" und neuerdings den „Moslems" gemeint sein. Angesichts der Bestrebungen der EU, Europa zu einer Festung auszubauen, wirkt dieser Mythos jedoch konsensfördernd. Auch die österreichische Bevölkerung wird von der FPÖ als historisch leidtragende gezeichnet, die Konstruktion einer nationalen „Schicksalsgemeinschaft" also, die alle zu Opfern von Faschismus und Krieg macht, und die unterstellt, daß alle daraus auch das Richtige gelernt hätten.

Sprache, Tradition, Kultur

Zu den weiteren Kriterien von Carl Schmitt, zu Sprache, Tradition, gemeinsamer Kultur und dem Verschiedensein an sich, können wir im Programmentwurf lesen: „Die Sprache ist der wichtigste Träger des kulturellen Ausdruckes. (...) Die jeweilige Muttersprache ist daher ... das bestimmende Kriterium einer Zuordnung zu einer größeren Kulturgemeinschaft. Da die Mehrheit der Österreicher die Staatssprache deutsch [sic!] als Muttersprache hat, ergibt sich deren Zugehörigkeit zur deutschen Kulturgemeinschaft." (S.42)

Erläutern wir nun nach dieser wunderbar gewundenen Erklärung, die uns am Ende ja doch nur wieder zu „Deutschen" machen will, aber weiter die „ideologischen Elemente" nach Müller, der neben dem Nationalismus völkische, rassistische und antisemitische Ideologeme anführt. „Das freie Bekenntnis zum jeweiligen Volkstum ist eine Grundvoraussetzung für die Bewahrung und Weiterentwicklung der kulturellen Werte und des historisch-kulturellen Selbstverständnisses jeder ethnischen Gemeinschaft. Dieses Bewußtsein der besonderen Wesensart des eigenen Volkes muß untrennbar mit der Bereitschaft verknüpft sein, das Besondere auch in jedem anderen Volk zu achten." (S.10)

Was hier als „freies Bekenntnis" zu einem „Volkstum" daherkommt, ist nichts anderes als ein Zwang zu einem solchen Bekenntnis. Wer ohne völkisches Bekenntnis ist, würde daher als VerräterIn am „eigenen Volk" gelten und in einer allfälligen „Dritten Republik" sicher aufgefordert werden, sich schleunigst zu seinem/ihrem „Volkstum" zu bekennen, um nicht der Vorteile einer Zugehörigkeit verlustig zu werden, denn: „Jede Volksgruppe hat das Grundrecht auf Weiterbestand, auf Schutz vor Assimilierungszwang, auf Wahrung und Entfaltung ihrer kulturellen und politischen Eigenständigkeit." (FPÖ, S.14) Gelernt hat die FPÖ wohl in Kärnten/Koroska, wo sie jahrelang gemeinsam mit dem deutschnationalen Kärntner Heimatdienst KHD versuchte, eine herbeiphantasierte „Slowenisierung" u.a. mit dem Mittel einer „Bekennungspflicht" zu verhindern, denn auch hier gilt: Bekennung, Sichtbarkeit und Segregation brauchen die RassistInnen und NationalistInnen, da ihnen jede „Vermischung" ein Greuel ist.

Neorassismus und Antisemitismus

Damit also zum Rassismus, dessen „neurechte Ausprägung" sich auch in der offiziellen FPÖ-Diktion niedergeschlagen hat. In diesem differentialistischen Rassismus geht es nicht mehr um das Niedermachen, Diskriminieren oder Verprügeln von Menschen mit nicht-weißer Hautfarbe oder nicht-österreichischem Reisepass, sondern vor allem um das Recht auf „Schutz" und „Reinhaltung" der *eigenen* „Kultur" bzw. des *eigenen* „Volkes", ein „Recht", das auch den *anderen* zugestanden wird, wie wir bereits gesehen haben. Im Falle der FPÖ stellt sich das so dar, daß sie weitgehend darauf verzichtet, die Überlegenheit der „christlich-abendländischen Wertegemeinschaft", die „der Freiheit des Einzelnen und der Freiheit der Völker" einen höheren Stellenwert einräumt, „als dies in anderen Kulturkreisen der Fall ist" (S.13), zu betonen, daß sie aber in einer langwierigen Erklärung quasi entschuldigend zu dem Schluß kommt: „Österreich ist ... kein Einwanderungsland" (S.10), denn Österreich ist klein und dicht besiedelt und muß trotzdem den Wohlstand seiner eigenen Bevölkerung garantieren, und deshalb kann es leider, leider nicht auch noch andere Leute aufnehmen, will aber dennoch z.B. Entwicklungshilfe leisten, um „Flüchtlingsströme zu vermeiden" (S.16), damit also die verarmten Menschen aus dem Trikont gefälligst bleiben, wo sie sind. Das Asylrecht soll unangetastet bleiben, aber: „Jeder Verfolgte hat aber weiterhin das Grundrecht, sich zu seinem angestammten Volkstum zu bekennen und in seine eigene Heimat zurückkehren zu wollen." (S.10) So verkorkst das klingt, hat dieser Satz doch eine tiefere Bedeutung, denn er bezieht sich insbesondere auf jene deutschen „Heimatvertriebe-

kussion einen Sager des Wiener Historikers und JF-Autors Lothar **Höbelt** auf. Höbelt, der den Programmentwurf maßgeblich mitverantwortet hat, meinte über den Tiroler Bischof Reinhold **Stecher**, dieser „gehört erst dann zum christlichen Erbe, wenn ihn die Erde sehr, sehr lange deckt." Stadler dementierte zunächst den Höbelt-Sager und lancierte in der Öffentlichkeit das Gerücht, der Journalist sei von Stix bei den Skalden eingeschleust worden. Der derart Angegriffene ließ sich darauf hin auch nicht lumpen und rückte den Kontrahenten in die Nähe der katholischen Fundamentalistensekte Engelwerk.

Während Stix Rückhalt findet bei der Österreich-JF, die nun „Zur Zeit" heißt, macht sich **Pretterbners** „TOP" für Stadler stark. In der jüngsten Ausgabe wird Stix gar für die „Waldheim-Kampagne" mitverantwortlich gemacht: Er habe als Sekretär des damaligen Verteidigungsminister **Frischenschlager** jenes Foto organisiert, „das Waldheim als Angehörigen des Stabes von Generaloberst Löhr auf dem Balkan zeigt und mit dessen erstmaliger Veröffentlichung in den USA die weltweite Kampagne gegen den ÖVP-Präsidentschaftskandidaten des Jahres 1986 anfing." In der Waldheimat der Opfer finsterer, ausländischer Mächte wiegt ein derartiger Verrats-Vorwurf schwer. Daß der Kampf ums „Deutschtum" nicht mit solch harten Bandagen ausgetragen wird, liegt an der grundsätzlichen Versöhnbarkeit der beiden Positionen. Während im Programmentwurf behauptet wird, daß „die überwiegende Mehrheit der Österreicher der deutschen Volksgruppe angehört", wollen die Germanomanen in der „Aula" oder im „Eckartboten" zumindestens den alten Passus hinüberretten, wonach „die bei weitem überwiegende Mehrheit der Österreicher (...) der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft an(gehört)". Der Disput entzündet sich hier am Begriff der „Volksgruppe", denn dieser wird im rechtsextremen Diskurs eigentlich für die autochtonen Minderheiten verwendet. Werden dann im Programmentwurf „Deutsche" gemeinsam mit „Kroaten, Roma, Slowaken, Slowenen, Tschechen und Ungarn" zu in Österreich „historisch ansässigen Volksgruppen", sehen einige DeutschtumskämpferInnen die Zurückstutzung ihres „Volkes" auf den Status einer Minderheit. Doch der Verweis auf das Kräfteverhältnis (die „Deutschen" bilden ja die Mehrheit!) beruhigte die KritikerInnen rasch. Die meisten erkannten, daß diese Neuerung bloß eine sprachliche darstellt: der Begriff der „Volksgemeinschaft", zumal der „deutschen", ist derart diskreditiert, daß ihm das selbe Schicksal ereilte wie der „Dritten Republik".

nen" aus Osteuropa (S.10).

Was den Antisemitismus anlangt, hat die FPÖ inzwischen begriffen, daß mit dessen offener Artikulation „kein Staat zu machen" ist. Die üblichen antisemitischen Ausfälle einzelner FP-Politiker werden aber nicht weniger werden, nur weil im Programmentwurf auf die Prägung Europas „auch von nichtchristlichen Religionsgemeinschaften, allen voran durch das Judentum" (S.11) hingewiesen wird, da es sich in diesem Kontext um bloßes Differenzdenken handelt, weil das Christentum als „Fundament Europas" im Vordergrund steht und die „religiöse und konfessionelle Vielfalt" allein auf die kirchlichen Spaltungen zurückgeführt wird, womit das Judentum wieder außen vor bleibt. Daneben ist die Verehrung eines abstrakten „Judentums" durchaus vereinbar mit dem Haß auf Juden und Jüdinnen. Deren millionenfache Ermordung wird hier in der Regel als Verlust für die europäische Kultur beweint.

Dieser Analyse schließt sich nahtlos die Aufforderung „zur Zusammenarbeit der großen Kirchen Europas" an, denn „die Bewahrung der geistigen Grundlagen des Abendlandes erfordert ein Christentum, das seine Werte verteidigt" (S.11). Auf diesem neueröffneten Terrain hat die FPÖ auch eine neue Aufgabe gefunden: „Im Bestreben um den Erhalt der geistigen Grundlagen Europas sehen sich die Freiheitlichen als ideelle Partner der christlichen Kirchen." (S.11) Leider werden diese „geistigen Grundlagen", die die FPÖ erhalten will, nicht explizit aufgezählt, wohl aber jene Tendenzen, die diese Grundlagen bedrohen. „Ein zunehmender religiöser Fundamentalismus und dessen Vordringen nach Europa (wer oder was wird damit wohl gemeint sein?), aber auch ein hedonistischer Konsumismus (Haider fährt seinen Porsche nämlich sicher nicht aus Spaß!), ein aggressiver Kapitalismus (die FPÖ schlägt dagegen eine „faire Marktwirtschaft" vor), das Zunehmen von Okkultismus und pseudoreligiösen Sekten und schließlich ein in allen Lebensbereichen vermehrt feststellbarer Nihilismus bedrohen den Wertekonsens, der deshalb zu verfallen droht." (S.11)

Antifeminismus

Noch drei Haltungen sind nach Müller für eine „neurechte" Bewegung wichtig: antiliberal, antimarxistisch und antifeministisch. „Die Freiheitlichen verstehen sich als politische Reformkraft, die Fairneß, Chancengleichheit und Bürgerrechte gegen ständische Beharrung, institutionalisierten Klassenkampf, politische Kastensysteme und gegen das neue Diktat selbsternannter Tugendwächter stellt." (S.1)

Vor allem der Antifeminismus der FPÖ kommt nur sehr verbrämt vor, so sind im vorangegangenen Zitat mit den „selbsternannten Tugendwächtern" sicher auch Feministinnen gemeint, die z.B. für eine geschlechtsneutrale Schreib- und Sprechweise eintreten oder die etwa sexuelle Belästigung im Parlament thematisieren. Ansonsten verschweigt die FPÖ Frauenanliegen ganz einfach. Im Programmentwurf kommen Frauen nur an zwei Stellen vor: einmal als Mütter und Ehefrauen (S.38f) und einmal als Bäuerinnen (S.41). Dennoch ist die FPÖ nicht so blöd, daß sie nicht erkannt hätte, daß heutzutage mit Frauenpolitik Stimmen zu maximieren und Mitarbeiterinnen zu gewinnen sind. So gibt es mittlerweile ein „Frauenreservat" in der FPÖ, das zwar für den Programmentwurf, also für den vermutlich „wirklich wichtigen" Bereich völlig ohne Belang ist, das sich aber nebenher gut verkaufen läßt. Nebst anderen sogenannten Verträgen, die die FPÖ mit diversen Bevölkerungsgruppen einseitig abgeschlossen hat (z.B. der „Vertrag mit Österreichs Lehrlingen"), gibt es also auch den „Vertrag mit Österreichs Frauen" der Freiheitlichen Frauenkonferenz vom 1. März 1997. Für diesen „Vertrag" wurde v.a. bei den Sozialdemokratinnen, aber auch bei autonomen Frauen alles geklaut, was nicht niet- und nagelfest war. Da ist die Rede vom „veränderten Rollenverständnis der Frauen", es wird „Selbstverteidigung als Teil des Turnunterrichts an Schulen" und der „Ausbau von Frauenhäusern" gefordert, außerdem „geschlechtsneutrale Regelung bei Nachtarbeit", gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit", „Gleichstellung der Familien- und Hausarbeit mit der Erwerbstätigkeit" und „flexible und bedarfsorientierte Öffnungszeiten in öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen". Damit schließen sich die FPÖ-Frauen den Grundforderungen der Sozialdemokratinnen an, indem sie sie als ihre eigenen ausgeben, und sie überholen die ÖVP-Frauen um Längen. Ich bin versucht zu sagen, daß ich froh bin, daß die FPÖ-Frauen nur eine sehr marginale Bedeutung innerhalb der Partei haben, da ich nicht annehme, daß die Sozialdemokratinnen dem viel entgegenzusetzen haben, da gerade sie sich traditionell den „allgemeinen Interessen" von Partei und Regierung unterordnen. Etwa die Forderung einer „geschlechtsneutralen Regelung bei Nachtarbeit" trifft genau den Punkt eines der wichtigsten Widersprüche bei den SPÖ-Frauen. Das Nachtarbeitsverbot für Frauen war zwar ursprünglich eine wichtige Errungenschaft bezüglich des Mutterschutzes, nämlich als Begrenzung der Ausbeutbarkeit von Frauenarbeitskraft, inzwischen aber hat dieses Verbot einen diskriminierenden Effekt in den veränderten kapitalistischen Lebens- und Arbeitsbedingungen, da Frauen dadurch von besser entlohnten Arbeitsplätzen ausgeschlossen sind. Die FPÖ-Frauen, die auf keine wie immer geartete Tradition eines Kampfes für Frauenrechte zurückblicken, an der sie

Geniale Vordenker

Eine Gruppe von FPÖ-Dissidenten, enttäuschten Nationalen und von Haider ins innerparteiliche Abseits gestellten Ideologen tritt nun als Verein in die Öffentlichkeit: GENIUS-GESELLSCHAFT FÜR FREIHEITLICHES DENKEN (Pettenkofeng. 1, 1030 Wien) wird vom ehemaligen Schriftleiter der „freien Argumente", Gerulf **Stix**, angeführt. Als Stellvertreter stehen ihm Erich **Reiter** und Lothar **Höbelt** zur Seite. Im September erschien nun die erste Ausgabe der als Vierteljahreszeitschrift konzipierten „Genius-Lesestücke". Da die Gründung des Vereins immer wieder in einen Zusammenhang mit der FPÖ-internen Programmdebatte gebracht wurde, muß Tassilo **Broesike** im Geleitwort zum ersten Heft gleich auf Distanz gehen. So betont er, „daß es nicht Zweck der Vereinsgründung war, sich in irgendwelche innerparteiliche Auseinandersetzungen einzumischen".

Nichts desto trotz scheint die Autorenschaft durch die Frontstellung gegen FPÖ-Clubchef Ewald **Stadler** und dem von ihm verantworteten Programmentwurf zusammengehalten zu werden. Mit Heinz-Christian **Strache**, Jürgen **Hatzenbichler** und Andreas **Mölzer** treten auch gleich drei der prononciertesten Stadler-Kritiker in Erscheinung.

(aus: http://iguwnext.tuwien.ac.at/~doew)

GERULF STIX

klebenbleiben könnten, nutzen einfach die Gunst der Stunde. Symptomatisch dafür ist die Forderung Nr.7 zum Thema „Frau und Gewalt": „Einführung von kostengünstigen >Nachttaxis< in den Gemeinden, gerade um berufstätigen Frauen und Jugendlichen einen sicheren Nachhauseweg zu ermöglichen." „Nachttaxis" bzw. „Frauentaxis" sind ursprünglich eine Forderung autonomer Frauen, um es Frauen unter den herrschenden Verhältnissen möglich zu machen, auch ohne „Beschützer" nachts unterwegs sein zu können. Hier geht es aber offensichtlich nicht um die unabhängige, alleinlebende Frau, die nachts um 2 vom Beisl heimkommen will, sondern um brave, berufstätige Frauen und (was ein sehr bezeichnendes Licht auf die Sicht von Frauen wirft) gleichzeitig auch um schutzbedürftige Jugendliche.

Wenn wir uns den „Vertrag mit Österreichs Frauen" genauer ansehen, stellen wir fest, daß Frauen ohnehin nur als Ehefrauen und Mütter vorkommen, denn die Auswahl der Problemstellungen, zu deren Lösungen die FPÖ-Frauen hier beitragen wollen, kreist ausschließlich um berufstätige Mütter, alleinerziehende Mütter, kinderreiche Familien oder ihre Angehörigen pflegende Frauen.

Neosexismus?

Können wir in Bezug auf Sexismus so wie beim Rassismus von einer ähnlichen Entwicklung hin zu einem neuen, einem differentialistischen Sexismus sprechen? (Zum differentialistischen Rassismus vergl. u.a. Lotta dura 8/97 „Wie deutsch ist Winnetou?) Sexismus beruht wie Rassismus u.a. auf Differenzierung plus Hierarchisierung: Frauen sind anders, haben ein kleineres Gehirn, sind körperlich schwächer etc. Auch hier ist eine Tendenz hin zu einem differentialistischen Sexismus festzustellen, indem Frauen nicht mehr auf einen Platz unter den Männern, sondern auf einen eigenen, einen anderen Platz verwiesen werden, wobei oberflächlich betrachtet, Frauen und ihre Tätigkeiten an ihrem Platz als den Männern und ihren Tätigkeiten gleichwertig gesehen werden. In Wirklichkeit aber geht es um den Erhalt der sexistisch konstruierten Macht- und Wirtschaftssysteme, die nur solange funktionieren, solange die Differenzen zwischen den Geschlechtern und Klassen bestehen und alle auf ihrem Platz bleiben.

Die Erhaltung der Differenz der Geschlechter ist also ebenso Teil einer „neurechten" Theorie und Politik, die das „Emanzentum" und den Feminismus als „Gleichmacherei" verteufelt. Bei manchen Positionen des bürgerlichen Differenzfeminismus (z.B. bei der Philosophin Luce **Irigaray**) ergeben sich fatalerweise Treffpunkte mit der „Neuen Rechten", und zwar in dem Moment, wo auf beiden Seiten biologistisch argumentiert wird.

Wenn unsere Überlegungen bis hierher stimmen, stellt sich als nächstes die Frage, wie es dazu kommen konnte, daß sich ein feministischer Theoriezweig entwickelt hat, der weder dem nach wie vor herrschenden Sexismus Rechnung trägt, noch sich der Vereinnahmungsmöglichkeiten durch die „Neue Rechte" bewußt wird, die sich im Laufe der 80er Jahre in aller Ruhe konsolidieren konnte.

Das Problem der feministischen Bewegung in diesem Kontext ist, daß sie zwar die Auswirkungen immer konservativer werdender Politik zu spüren bekam und sich darüber beklagte, eine Theoretisierung der neuen Verhältnisse aber nicht in den Griff bekam. Damit rächt sich nun der Irrglaube, Feministinnen müßten sich mit Rechtsextremismus nicht auseinandersetzen, da sie von diesem so weit entfernt seien wie von Alpha Centauri. Die intelligenteren Vertreter der „Neuen Rechten", wie etwa Alain de Benoist, äußern sich so frauenfreundlich, um nicht zu sagen scheißfreundlich, daß der lapidare Hinweis, wir könnten auf „Unterstützung" von dieser Seite gut verzichten, keine ausreichende Abgrenzung darstellt.

Was tun?

Jede rechte Strategie kann mit einer linken Gegenstrategie beantwortet werden. Die Strategie der „Neuen Rechten" ist allerdings mit Fallstricken nur so umgeben, in denen die alte Linke zahlreich hängengeblieben ist, da sie die Konstituierung der „Neuen Rechten" in den 80er Jahren verschlafen und sich auf einen geschwätzigen Grün-Humanismus zurückgezogen hat. Diese alte Linke ergeht sich in der Selbstbespiegelung ihrer Errungenschaften aus den 60er Jahren, rechtfertigt und kultiviert politische und soziale Verhältnisse, die es kritisch zu analysieren gilt und gehört zu den fleißigsten DiffamiererInnen der Antifabewegung (gute Beispiele dafür sind „Falter" und „profil"). Daneben meint sie in weiten Teilen, mit der Rechten um vermeintlich leere Begriffe wie „kulturelle Identität" streiten zu müssen. Jost Müller bezeichnet es als „schiere Dummheit, die >Waffen der Kritik< (Marx) zu strecken", er sieht die Aufgabe von linken Intellektuellen im Offenlegen der „neurechten" Strategien, was aber zugegeben kein leichtes Unterfangen ist, denn diese Art von Konservativismus sieht sich selbst als konkrete, nicht analytische Haltung gegenüber dem Leben und als staatsmännische, nicht parteiliche Haltung gegenüber Staat und Politik. So ist auch der Programmentwurf der FPÖ nicht als festgeschriebene Zielvorstellung zu sehen, sondern als strategische Orientierung, um die ja auch heftig gestritten wird (siehe Kasten).

Jost Müller formuliert ausgehend von der Feststellung, daß die Linke sich in den 70er Jahren in den neuen sozialen Bewegungen aufgespalten hat, es also keinen durch die Arbeiterklasse verbürgten Universalismus mehr gibt, den Anspruch, angesichts der beschriebenen Entwicklungen die verschiedenen Startegien mit einer universalen Strategie zu verbinden. Das heißt nicht zurück zur Arbeiterklasse oder zu einem imaginären Hauptwiderspruch, denn gerade dieses linke Dilemma hat ja zu den Aufspaltungen geführt, da sich die verschiedenen Gruppen, v.a. die Frauenbewegung, nicht mehr irgendeinem linken main(male)stream unterordnen wollten. Das heißt auch nicht, daß sich kritische Linke in eine Konkurrenz um Machtpositionen begeben oder mit der „Neuen Rechten" um Modalitäten der herrschenden Politik streiten sollen. Es geht nach Jost Müller vielmehr darum, daß kritische Linke ihr „spezielles Wissen" gegen das rechte Denken wenden, um die Kette der Handlungen, die Brandstiftungen und Morde, die staatlichen Maßnahmen zu unterbrechen, den Zusammenhang dieser Handlungen mit der Agitation der rechten Intellektuellen herzustellen und offenzulegen, wie all das die Ausbreitung von Rassismus und Nationalismus befördert hat. „Dabei aber hilft kein philosophischer Universalismus, sondern die Universalität der Aktion." (Müller) Das heißt, wir dürfen uns die Forderung nach Gleichheit nicht nehmen lassen und Differenzen nicht als gegeben, sondern als soziale oder selbstgewählte Konstrukte erkennen.

Wie wir zu einer „Universalität der Aktion" im Kampf gegen „neurechtes" Denken, rassistisches Handeln (des Staates) und Nationalisierung der Gesellschaft kommen können, wenn wir das wollen, muß in Zukunft vermehrt diskutiert werden. ●

Quellen:
Jost Müller „Mythen der Rechten. Nation, Ethnie, Kultur" Edition ID-Archiv, Berlin-Amsterdam 1995
Parteiprogramm-Entwurf der Freiheitlichen Partei Österreichs (Ewald Stadler) Wien März 1997
Initiative Freiheitliche Frauen „Vertrag mit Österreichs Frauen" Klagenfurt März 1997

Das Recht auf den eigenen Körper

Abtreibung in österreich

„Stellt euch vor, ihr wärt alle abgetrieben worden!" schrie eine alte, offensichtlich ihrer Sinne nicht mehr mächtige Abtreibungsgegnerin die GegendemonstrantInnen an. So geschehen am 2. August anläßlich der Ankunft des österreichweiten Schweigemarsches von Pro Life vor der Abtreibungsklinik am Wiener Fleischmarkt.

Am Abend zuvor hatte im Stephansdom eine Pro-Life-Messe gelesen von Generalvikar **Schüller** stattgefunden, die auch von einigen Frauen besucht wurde, die die Predigt mit der Parole „Für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen auf ihren Körper und ihr Leben" laut störten. Daraufhin wurden sie sofort von männlichen Staatspolizisten und vermutlich auch von Pro-Life-Aktivisten gewaltsam aus der Kirche entfernt, wobei es zu sexistischen körperlichen Übergriffen auch an unbeteiligten Frauen kam. Drei Frauen trugen Prellungen und Blutergüsse an den Armen, den Hüften und den Brüsten davon, sieben Frauen wurden perlustriert, Verhaftungen konnten nur mit Mühe verhindert werden, aber mit Anzeigen ist zu rechnen.

Die bei der oben erwähnten Gegendemonstration ebenfalls anwesende Frauenministerin Barbara **Prammer** meinte, sie hätte nicht gedacht, daß die Abtreibungsfrage von vorne diskutiert werden müsse. Sie will sich nun dafür einsetzen, daß es künftig in jedem Bundesland zumindest eine Abtreibungsmöglichkeit gibt. Traurig genug, daß das nach 22 Jahren Fristenlösung noch nicht geschafft ist.

Seit 1. Jänner 1975 ist also die Abtreibung bis zum dritten Schwangerschaftsmonat straffrei, das heißt grundsätzlich ist Abtreibung ein Delikt, das für die Frau mit bis zu einem, für den/die durchführende/n Arzt/Ärztin mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft wird, wenn die Abtreibung nicht innerhalb der ersten drei Monate bzw. danach ohne die vorgegebenen Indikationen durchgeführt wird. Zwischen 1975 und 1990 wurden immerhin 149 Menschen, davon 114 Frauen wegen einer strafbaren Abtreibung verurteilt, in 105 Fällen wurde eine Gefängnisstrafe ausgesprochen. Woran das liegt, daß es trotz Fristenlösung zu diesen Strafprozessen kommen kann, ist nicht erforscht, aber es ist doch sehr wahrscheinlich, daß die Ursache die fehlende Aufklärung, sowohl über Sexualität und Verhütung wie über die damit zusammenhängende Rechtslage ist. Vor allem in ländlichen Gebieten wissen viele junge Frauen und Mädchen nicht einmal, daß die Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs besteht. Wenn sie sich erkundigen, kann es leicht passieren, daß sie von ÄrztInnen, SchulärztInnen, LehrerInnen oder Eltern bewußt falsch informiert werden. Wenn sie es aber wissen, heißt das noch lange nicht, daß sie leicht zu einem Abbruch kommen, da sie dafür (oft heimlich) in ein anderes Bundesland oder einen weiter entfernten Ort fahren müssen und zudem die teils enormen Kosten für den Eingriff (zwischen 4000 und 9000 öS) aufbringen müssen. Dem nicht genug, kann in Österreich von der Kirchenkanzel, vom Schreibtisch der Sozialfürsorge oder vom Lehrerpult aus ungehindert gegen die Abtreibung agitiert werden, die diversen einschlägigen Organisationen wie Aktion Leben, Geborene für Ungeborene oder Pro-Life können ihre schamlosen Lügen über die Gefahren und Folgewirkungen einer Abtreibung verbreiten. Dementsprechend groß ist auch weiterhin die Zahl der teilweise äußerst gefährlichen illegalen Abtreibungen, zwischen 1975 und 1990 wurden immerhin noch 40 „EngelmacherInnen" verurteilt. Aber vor allem Migrantinnen, denen die Rechtslage nicht bekannt gemacht wird, werden in die Illegalität gedrängt.

Prinzipiell können ÄrztInnen sich weigern, einen Abbruch durchzuführen, was v.a. in Krankenhäusern häufig vorkommt. Dort werden Abbrüche meist nur bei Vorliegen einer schwerwiegenden Indikation (wie Gefahr für das Leben der Frau) gemacht. Das ist vermutlich auch der Grund für die horrenden Summen, die in Privatkliniken oder -praxen verlangt werden können, da die verzweifelten Frauen, denen ja auch die Zeit davonläuft, erpressbar sind. Gerade für junge Mädchen oder für arme Frauen, die sich kein Kind (mehr) leisten können, stellt sich die Frage, ob sie sich überhaupt eine Abtreibung leisten können. Ursprünglich sahen die Forderungen der Aktivistinnen gegen den Paragraph 144 den Abbruch auf Krankenschein vor, eine Forderung, die dem Konsens mit den SPÖ-Frauen geopfert werden mußte, schließlich wurde die Fristenlösung im Parlament nur mit einer hauchdünnen Mehrheit beschlossen.

Heute sind wir schon froh, daß die Fristenlösung außer von fanatischen KatholikInnen nicht mehr angetastet wird, eine Verbesserung der Gesetze wird nicht einmal mehr ins Auge gefaßt, wahrscheinlich aus (berechtigter?) Angst, daß eine Diskussion über Abtreibung im HERRschenden rechtskonservativen gesellschaftlichen und politischen Klima zu einer Abschaffung der Fristenlösung zugunsten einer Indikationslösung führen könnte. Das jüngste Negativbeispiel haben wir nicht vergessen: Nach der „Wiedervereinigung" von DDR und BRD wurden die sehr sozialen und liberalen Gesetze der DDR den restriktiven der BRD gnadenlos angepaßt, ohne daß sich ein breiter Widerstand dagegen entwickelt hätte. Die Westfrauen haben damit ihre Chance verpaßt, je ein liberales Gesetz zu bekommen, das sie nicht wie unmündige Kleinkinder behandelt und sie zwingt, für eine Abtreibung nach Holland oder Österreich fahren zu müssen. ●

Literatur:

AUF-Eine Frauenzeitschrift Nr.97, 1997

Marianne Enigl / Sabine Perthold (Hg.) „Der weibliche Körper als Schlachtfeld. Neue Beiträge zur Abtreibungsdiskussion" Wien 1993

Brigitte Geiger / Hanna Hacker „Donauwalzer Damenwahl. Frauenbewegte Zusammenhänge in Österreich" Wien 1989

„Nationalisten aller Länder vereinigt euch!"

Le Pen in der Slowakei

AM 18 SEPTEMBER 1997 HOLTE JEAN-MARIE LE PEN, FÜHRER DES FRANZÖSISCHEN FRONT NATIONAL, SEINEN BEREITS FÜR JUNI ANGEKÜNDIGTEN BESUCH IN BRATISLAVA NACH (SIEHE LOTTA DURA 9/97)

Während seines viertägigen Aufenthaltes in der Slowakei kündigte **Le Pen** die Abhaltung eines „Kongresses aller patriotischen Parteien Europas" für das kommende Jahr an. Le Pens Gastgeber, der SNS-Vorsitzende Jan **Slota**, schlug als Tagungsort die Slowakei vor. Der Kongreß soll unter dem Motto „Europa der Zukunft - Europa der Nationen" stehen.

Außer der SNS (SLOVENSKA NARODNA STRANA - Slowakische Nationalpartei) weigerten, sich alle anderen slowakischen Parteien Le Pen während seines Aufenthalts zu empfangen. Der Koalitionspartner der SNS in der Regierung, **Meciars** HZDS, distanzierte sich zwar nicht ausdrücklich vom Besuch des französischen Faschisten, Meciar empfahl aber den Angehörigen der Regierung, sich mit Le Pen nicht zu treffen. Der Verteidigungsminister Jan **Sitek** und die Unterrichtsministerin Eva **Slavkoska**, beide gehören der SNS an, hielten sich jedoch nicht an die Empfehlung. KritikerInnen antwortete der Chef des Joniorpartners SNS in der Koalition, er hätte sich gegenüber niemanden zu rechtfertigen und Sitek sowie Slavkovska seien nur als hochrangige Parteifunktionäre mit Le Pen zusammengekommen.

DAS BESUCHSPROGRAMM

Am Tag der Ankunft Le Pens demonstrierten vor der SNS-Parteizentrale in Bratislava um die 2000 Menschen gegen den Besuch des Franzosen. Samstags machte er Station in der Stadt Zilina, die von der SNS regiert wird und deren Bürgermeister Slota ist. Im Gemeindesaal sprach er mehr als eine Stunde vor rund 1000 ZuhörerInnen, während draußen einige Dutzend GegendemonstrantInnen ihren Protest kundtaten. In der Rede schlug Le Pen eine Städtepartnerschaft Zilinas mit Toulon vor. (Toulon ist eine jener Städte im Süden Frankreichs in denen der Front National die Mehrheit hat.) Die Demos gegen ihn bezeichnete er als „Illustration der Intoleranz pickliger Schüler, angeführt von einer anarcho-trotzkistischen Lehrerschaft." Zwei weitere Stationen seiner Reise waren das Donaukraftwerk Gabcikovo, ein Streitfall zwischen der Slowakei und Ungarn, der vor kurzem am europäischen Gerichtshof ausgetragen wurde und das Gebiet der Hohen Tatra. Einen Kranz legte er für französische Widerstandskämpfer und Soldaten ab, die im Zuge des slowakischen Aufstands gegen Nazideutschland 1944 gefallen sind.

Während des Besuchs unterzeichneten die beiden Parteiführer eine „Erklärung der Freundschaft und Kooperation" zwischen der SNS und dem FN, erzählte Slota auf einer Pressekonferenz. Beide Parteien teilen die traditionellen Werte der christlichen Zivilisation, wie Familie, Nation und Patriotismus. Diese Werte würden Europa gegen den zerstörerischen Einfluß des „Kosmopolitismus" und des Konsums schützen, so Slota. Er sagte weiters, daß beide Parteien eine europäische Entwicklung, die auf Nationen basiert, unterstützen. Im Gegensatz dazu stehe der laufende Prozeß der europäischen Einigung, der nur in einen „Superstaat" münden würde. Jean-Marie Le Pen kommentierte dies mit „für uns ist das föderalistische Europa ein Übel, gegen das gekämpft werden muß." Und: „Wir wollen nicht, daß osteuropäische Nationen glauben, es gäbe nur eine Form der Demokratie - die korrupte, ohnmächtige und kosmopolitische." Die antisemitische Chiffre „Kosmopolitismus" schien sich großer Beliebtheit bei Führer Le Pen und Schüler Slota zu erfreuen. Slota griff wieder einmal tief in die verstaubte Kiste der Stammesgeschichte und erzählte, die Ungarn wären als barbarische Hunnen nach Europa gekommen und hätten kleine Kinder und schwangere Frauen ermordet. Zusätzlich seien sie heute, als „ethnische Minderheit" in der Slowakei, „bloß ein Instrument der Kosmopoliten um Kriege zu entfachen und Nationen auszulöschen" Weitere Kommentare zum Geschichtsbild des SNS-Chefs erübrigen sich an dieser Stelle. Freude bekundeten beide Parteiführer angesichts der Abstimmungen in Schottland und Wales, die den britischen Ländern mehr Eigenverwaltung brachten. „Alle nationalistischen Parteien in Europa sehen die Nationale Front als führende Kraft unserer patriotischen Bewegung an", betonte der slowakische Gastgeber auf der Abschlußpressekonferenz.

GEGENSTIMMEN

Auf einer Pressekonferenz der Sozialdemokratischen Partei bedankte sich der Vizevorsitzende Vladimir Drozda bei den TeilnehmerInnen und OrganisatorInnen der Anti-Le Pen Demo: „Die Demonstration habe gezeigt, daß viele Menschen, junge und Alte, gegen den Faschismus eingestellt sind" Er kritisierte eine fehlende Distanzierung Meciars von der Teilnahme zweier Minister bei Diskussionen mit Le Pen. Die Vorsitzende der slowakischen Grünen (SZS), Zdenka Tothova, forderte daß die Unterrichtsministerin Eva Savkovska wegen ihrer Unterstützung für Intoleranz und Rassenhaß entlassen werden sollte. Miklos Duray (Egyuetteles), ein Vertreter der ungarischen SlowakenInnen, forderte gerichtliche Schritte gegen Jan Slota und bemerkte auf einer Pressekonferenz, daß Vladimir Meciar Slota im Prinzip unterstützt, da Meciar wiederholt angeregt hat, die ungarischsprachige Bevölkerung der Slowakei gegen die slowakisch Sprechenden in Ungarn auzutauschen. ●

BEGRÜSSUNG LE PENS - RECHTS IM HINTERGRUND: JAN SLOTA

Quellen: internationale Presse

In Kürze . . .

AFP-Tagung

Die ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR DEMOKRATISCHE POLITIK (AFP) veranstaltete ihre „32. Politische Akademie" vom 17. - 19. Oktober im burgenländischen Trausdorf, Gasthof Wallner.

Angekündigt waren Dr. Hansjörg **Putz** (Salzburg) mit einer Entlarvung der „Geschichtsfälschung Guernica", Hermann **Melcher** (Heidelberg) mit einem Bericht über „Ostpreußen heute", der unvermeidliche Günter **Rehak**, diesmal nicht mit einer Attacke auf den Antifaschismus, sondern mit einem Referat über „Die Tschechen in der deutschen Geschichte", die ehemalige Europaabgeordnete der Republikaner Johanna **Grund** („Euro - Das Kind der Schilling Mörder"), Jürgen **Schwab** (Dresden) mit einem Bericht über „Die Meinungsdiktatur", Neonazi-Anwalt Herbert **Schaller** („Menschenrechte und Verbotsgesetz") und Dusan-Ludwig **Kolnik** (Maribor) mit einem Referat über „Slowenien - EU und die Altlasten". Kolnik ist Rechtsanwalt im slowenischen Maribor und Präsdent des revanchistischen Vereins FREIHEITSBRÜCKE.

Anfang 1994 veranstaltete der Führer der „Deutschen" in Slowenien ein Treffen, zu welchem unter anderem Norbert **Scharnagl** von der Salzburger STIFTUNG SOZIALES FRIEDENSWERK angereist kam. Der Altnazi Scharnagl referierte des öfteren auf den Gästewochen der DEUTSCHEN KULTURGEMEINSCHAFT EUROPÄISCHEN GEISTES (DKEG). 1991 fand AFP-Referent Kolnik für sein Anliegen einen noch gewichtigeren Verbündeten: Jörg **Haider** ließ sich anläßlich einer Pressekonferenz mit dem umtriebigen Kämpfer für das „Auslandsdeutschtum" ablichten. Regen Kontakt pflegt Kolnik daneben zur BBA-Abschreibvorlage „Europa der Völker mit Südtirol", welche er mit Berichten zur Lage der „Deutschen" in Slowenien versorgt.

Mit dem Balkan beschäftigte sich auf der AFP-"Akademie" auch Konrad **Windisch**, der das Nazi-Treffen mit Ausführungen über „Bosnien und die Bogumilen" abschloß. ●

Nationale Hilfe und Absetzbewegung

Einen „Aufruf: 'Freiheit für Wissenschaft'" plazierte die „Aula" in ihrer jüngsten Ausgabe (10/97). Darin wird die fristlose Entlassung („ohne Pensionsanspruch oder Abfertigung"!) von Werner **Pfeifenberger** als Professor an der FH Münster beklagt. Über den Grund des Rauswurfes ist wenig zu erfahren: Pfeifenbergers Artikel „Internationalismus gegen Nationalismus" im Jahrbuch 1995 der FPÖ-Akademie habe die verantwortlichen Stellen zu diesem Schritt bewogen. Die „Aula" erwähnt dabei nicht, daß dem Salzburger Politologen jüngst von einem Wiener Gericht nachgewiesen wurde, in seinem Aufsatz seien „Nazitöne" zu identifizieren. Vor dieses Gericht zog Pfeifenberger, weil ihm der Journalist Karl Pfeifer in der „Gemeinde", dem Organ der Israelitischen Kultusgemeinde, attestiert hatte, er wärme „die Nazi-Mär von der jüdischen Weltverschwörung" auf und bediene sich dabei offener „Nazidiktion". Der beklagte Pfeifer wurde nicht nur vom Vorwurf der üblen Nachrede freigesprochen, sondern bekam auch inhaltlich voll recht.

Schlagzeilen wie „Nazi-Töne im FPÖ-Jahrbuch" ließen daraufhin in der Wiener Parteizentrale Handlungsbedarf entstehen. Fritz **Simhandl**, Geschäftsführer der FPÖ-Akademie, schob die Verantwortung für den Pfeifenberger-Artikel umgehend den beiden HerausgeberInnen des Jahrbuches, Brigitte **Sob** und Andreas **Mölzer**, zu. Den dritten verschwieg er wohlweislich, wie auch Mölzer alias „Norbert Niemann" in der „Jungen Freiheit" (41/97) süffisant bemerkte: „Den damaligen wissenschaftlichen Mitherausgeber, Lothar **Höbelt**, nannte er listigerweise nicht, da dieser ja gegenwärtig Mitautor des freiheitlichen Parteiprogramms ist. Von Mölzer und Sob hingegen würden 'andere politische Ansichten' vertreten, die Freiheitliche Akademie habe sich von ihnen getrennt." Mölzer holt dann zur Retourkutsche gegen die verhaßte „Buberlpartie" aus: Nicht mehr er, sondern Simhandl selbst sei eigentlich für inkriminiertes Jahrbuch verantwortlich gewesen. Darüber hinaus sei Pfeifenberger über die Aktion „Tausend Experten für Österreich" des damaligen FPÖ-Generalsekretärs Walter **Meischberger** zur „Autorenschaft im Freiheitlichen Bildungswerk" gestoßen. Und als persönlicher Referent Meischbergers werkte damals - Simhandl.

Die „Aula" hält's demgegenüber mit teutonischem Zusammenhalt: „Prof. Pfeifenberger muß zu seiner Rehabilitierung mehrere kostenaufwendige Prozesse führen. Prof. Pfeifenberger ist auch Autor der AULA. In seinem Kampf für Freiheit von Forschung und Wissenschaft bitten wir um Unterstützung ." ●

Quelle: http://iguwnext.tuwien.ac.at/~doew

Neues Honsik-Buch

Ein „schwedischer Major" namens Göran **Holming** bringt der Neonazi-Szene das Werk Gerd **Honsiks** nahe. Unter dem Titel „Ein Prophet entkam" macht Holming in seinem Buch laut Ankündigung „Schluß mit der Honsik-Lüge: Der angebliche 'Rechtsextremist' ist Humanist und Vordenker wider die Besetzung Europas durch das Amerikanische Imperium."

In der Ausgabe 3/97 bewirbt der bis dato dem legealen Flügel der Szene zugerechnete „Völkerfreund" das Auftragswerk: „Ein Schwede mußte kommen, um einem österreichischen Dissidenten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Anhand einer Unzahl von Artikeln, die Honsik im Laufe mehrerer Jahrzehnte verfaßte, zeichnet Major Holming den politischen Werdegang Honsiks nach und kommt dabei zu verblüffenden Ergebnissen." ●

Brauner Jubilar

Raimund **Wimmer**, „einer der verdientesten freiheitlichen Funktionäre" (NFZ 34/20. 8. 97), feierte seinen 80. Geburtstag im Verein mit FPÖ-Prominenz, allen voran Jörg **Haider** und Hans **Achatz**. Diese „würdigten die besonderen Verdienste Wimmers und wünschten ihm noch viele erfolgreiche Jahre in der Politik" (ebd.). Wimmer, Initiator des Lorenzener Kreises, gilt als einer der Motoren der Obmann-Kür Haiders.

Für Aufsehen sorgte der damalige FPÖ-Bezirksparteiobmann von Linz-Land 1989, als er im ORF-"Inlandsreport" meinte: „Hier 50.000 Juden anzusiedeln, wie ich das gehört habe vom Zilk, das ist unmöglich. Was täten wir damit, der kennt die Juden nicht. (...) Die würden sich wundern, wenn die Baikelesjuden würden herummrennen in Wien." ●

„Friß und stirb trotzdem"

Der Schlüsselroman zum Kaindl-Fall von Raul Zelik

EIGENTLICH IST ES GAR KEIN SCHLÜSSELROMAN. RAUL ZELIK GEHT ES NICHT UM LICHT INS DUNKEL DES KRIMINALFALLES KAINDL, SONDERN UM DIE VERHÄLTNISSE JENER JUNGEN ANTIFASCHISTINNEN, DIE VOR DEM TOD DES GERHARD KAINDL DAS ZIEL RASSISTISCHER UND RECHTSEXTREMER ANGRIFFE UND DANACH STAATLICH-REPRESSIVER VERFOLGUNG WAREN.

Gerhard Kaindl starb am Abend des 4. April 1992 in einem chinesischen Restaurant in Berlin an den Folgen mehrere Messerstiche. **Kaindl** war Funktionär der faschistischen DEUTSCHEN LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT (DL), die an diesem Tag eine Veranstaltung mit dem Thema „Österreich und das Deutsche Reich" (Vortragender war der Österreicher Konrad **Windisch** von der ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR DEMOKRATISCHE POLITIK AFP) abhielt. Danach gelüstete es wohl einige von den Teilnehmern nach süß-saurem Schweinefleisch. „Mitten in dem Stadtteil, der ein anderes Land ist, weil hier kaum Deutsche leben, gehen Krawattennazis zu Abend essen, mit der größten Selbstverständlichkeit der Welt." Ein paar Leute aus dem Kiez sahen sich gezwungen, etwas zu unternehmen. „Na klar bricht man bei solchen Angelegenheiten nervös auf, man empfindet nicht gerade Freude, sondern hat weiche Knie, der Atem geht unregelmäßig und auf den Handflächen bildet sich Schweiß, trotzdem ist man sich sicher, daß man das richtige macht, denn immerhin sind es die Leute, die uns verbrennen, man hat den Rauchgeruch in der Nase." Eine Gruppe von AntifaschistInnen griff die speisenden „Retter des Abendlandes" an, dabei kam es zu den Messerstichen, die Gruppe konnte unerkannt flüchten. „Eine Zeitlang gab es noch Beschattungen und einzelne Hausdurchsuchungen, aber niemand blieb länger in Haft. In den Zeitungen war nichts mehr zu lesen, und irgendwann hörten auch die Observationen auf. Nach drei Monaten hatten wir die Geschichte fast völlig vergessen." Polizei und Staatsschutz allerdings nicht. Im November 1993 brach eine Verhaftungswelle los, schließlich befanden sich fünf Antifas in teilweise verschärfter Haft: Abidin, Mehmet, Fatma, Erkan und Bahretin. „Man erzählt von Vermummten in kugelsicheren Westen, ihre Waffen im Anschlag, die Kinder aus den Betten reißen, Anwesende mit dem Bauch nach unten auf den Boden werfen und mit Plastikhandschellen fesseln, einem das Knie von hinten zwischen die Beine schieben und bei jeder Bewegung der vor Angst und Kälte zitternden Körper brüllen." Sie waren verpfiffen worden. Nach monatelangen Repressionen, Drohungen mit Knast, Schlägen und Ausweisung, hatte es der 17jährige Erkan nicht mehr gepackt und sich gestellt. „Er hat darüber geredet, wo seine Familie herkommt, was er für Musik hört, warum er mit seinem Vater nicht klarkommt, wo er am liebsten Urlaub machen möchte, ob er wohl als Kronzeuge ein bißchen Geld bekommt, um schön wegfahren zu können. Er hat erzählt, daß er in der Schule ziemlich mies war, daß ihn sein Lehrer nicht leiden konnte, also alle mögliche Scheiße, die man sich so vorstellen kann, er hat sich einfach ausgekotzt, Namen und Adressen und Liebesaffären und Leibgerichte, Kneipen, Sportvereine und Michelle Pfeiffer, alles, was ihm irgendwie durch den Kopf ging." Erkan mußte schließlich in die psychiatrisch-neurologische Abteilung einer Jugendvollzugsanstalt eingewiesen werden. Den bereits Verhafteten und den Flüchtigen wurde gemeinschaftlicher vorsätzlicher Mord vorgeworfen, darauf steht lebenslänglich. „Ich frage, warum der Haftbefehl auf Mord lautet, wenn ein Nazi bei einer Schlägerei liegenbleibt." Polizei und Staatsschutz nahmen den Fall Kaindl zum Anlaß für eine umfassende Repressions- und Observationsaktion vor allem gegen junge Antifas ausländischer Herkunft. Als ginge es um das Verbrechen des Jahrhunderts wurden Daten gesammelt, Telefone abgehört, Leute und Gruppen, vor allem die Solidaritätsgruppe für die Gefangenen observiert, Wohnungen in halb Deutschland durchsucht, während die DL ihre guten Kontakte zum Staatsschutz dazu nutzte, um Namens- und Adressenlisten von Antifas zu verbreiten und zu betonen, daß ihr die „Täter" bekannt seien. Im November 1994 begann der Prozeß gegen sieben des Mordes an Gerhard Kaindl Angeklagte (zwei weitere Antifas, Sefkan und Carlo, hatten sich kurz davor gestellt). Hier kamen jedoch die Praktiken der Ermittler ans Licht: Erkan wurde für nicht zurechnungsfähig schon bei seiner ersten Einvernahme erklärt und Bazdin, der ebenfalls belastende Aussagen getätigt haben sollte, konnte beweisen, daß seine Aussageprotokolle zum Großteil nicht dem entsprachen, was er gesagt hatte. Damit fiel die Anklage, die sich nur auf diese Aussagen stützen konnte, in sich zusammen. Die Urteile fielen dementsprechend mild aus: dreimal drei Jahre Gefängnis, zweimal Bewährung und zwei Freisprüche. Gegen vier Flüchtige wurde aber weiterhin wegen Mordes gefahndet.

„... greift Anna nach ihrem Mantel, zieht das gefälschte Dokument mit dem goldenen Adler aus der Innentasche und legt es mir, ohne es mit den Fingerkuppen zu berühren, auf die Oberschenkel. Sie grinst, das ist für dich, das ist deine Zukunft. Ich höre auf zu kauen und schluchze ein wenig vor Rührung."

Ob dem Erzähler in Raul Zeliks Buch die Flucht gelingt, müßt ihr selber lesen. „Friß und stirb trotzdem" ist nämlich der wahrscheinlich aufregendste deutsche Roman, der seit langem geschrieben wurde. ●

Raul Zelik „Friß und stirb trotzdem" Edition Nautilus 1997 (alle Zitate aus diesem Buch)
Weitere Quellen:
Widerstand und Solidarität, April 1994
Lotta dura, Nr.1/Dezember 1994

Rennicke in Wien

Unter dem Titel „Franz (sic!) Rennicke, eine Stimme für Deutschland" führte „Die Umwelt" (4/97) von Hemma **Tiffner** ein Interview mit dem deutschen Neonazi und „Liedermacher". „Die Umwelt", die mit Aufforderungen wie „Sorgt für blonde Kinder, denn unser Land braucht helle Köpfe!" (2+3/97) titelt, sprach „mit dem jungen Barden nach seinem großen Erfolg in Wien".

Auf Einladung der Wiener AFP trat Frank Rennicke am 12. September mit seinen „Lieder(n) gegen den Ungeist der Zeit" im Wienerwald-Restaurant Mariahilferstr. 156, 15. Bezirk auf. Rund 150 Neonazis - in erster Linie Burschenschafter und Skinheads - lauschten dem Gesang des germanomanischen Barden. Rennicke, bereits 1993 Stargast auf dem Innenhoffest der Wiener Burschenschaft OLYMPIA, kommt aus der WIKING JUGEND und treibt sich heute (so wie viele Kameraden aus verbotenen Organisationen) bei den Jungen Nationaldemokraten rum. ●

Quellen: http://iguwnext.tuwien.ac.at/~doew

Der schlagende türkische Arm der NATO

„Leute, die im Interesse des Staates schießen sind ehrenwerte Menschen, und wir gedenken ihrer mit Respekt." Mit diesen Worten würdigte die ehemalige türkische Vize-Regierungschefin Tansu **Ciller** den international gesuchten Rechtsterroristen Abdullah **Catli**, dem zahlreiche Morde und Drogenhandel zur Last gelegt werden.

Am Anfang des Polit-Thrillers der Sonderklasse stand ein Autounfall in der Westtürkei, der die schier unglaubliche Verbindung von offizieller Politik, Mafia und Staatsterrorismus offenbarte. Neben drei Toten und einem Schwerverletzten fand die Polizei ein ganzes Waffenarsenal, gefälschte Papiere sowie Abhöreinrichtungen in dem Auto. Rasch lichteten sich die Schleier um die Identität der Insassen:

■ Sedat **Bucak**: Abgeordneter der „Partei des rechten Weges", dessen Vorsitzende Ciller ist. Der Mandatar (er überlebte als einziger den Auto-Crash) ist der Anführer einer rund 10.000 Personen starken Privatarmee, die im - inoffiziellen - Verbund mit dem Staat gegen die kurdische PKK kämpft.

■ Hüseyin **Kocadag**: Er hatte sich als Chef der Einheit für „Sonderoperationen gegen die PKK" einen Namen gemacht, ehe er wegen engsten Mafia-Kontakten seinen Chefsessel der Istanbuler Polizeiakademie räumen mußte.

■ Gonca **Us**: Die ehemalige Schönheitskönigin war die Geliebte eines Agenten des türkischen Geheimdienstes.

■ Abdullah **Catli:** Bei ihm liefen alle Fäden zusammen. Schon in den 70er Jahren dürfte die türkische Regierung den Mann fürs Grobe im Kampf gegen die radikale Linke angeheuert haben. So soll Catli, dem auch eine Beteiligung am Papst-Attentat nachgesagt wird, als führender Aktivist der faschistischen „Grauen Wölfe" ein Massaker an linken StudentInnen befehligt haben. Nach dem Militärputsch 1980, der durch ein großangelegtes NATO-Manöver abgesichert wurde, intensivierte sich diese Achse. Hauptmotor war der frühere Istanbuler Polizechef, Ciller-Intimus und spätere Innenminister Mehmet **Agar**. Er dürfte es gewesen sein, der Catli mit echten falschen Papieren und einem Diplomatenpaß, lautend auf Mehmet **Özbay**, besorgt hatte. Und genau dieser Özbay wurde als Agent einer staatlichen, eng mit der NATO kooperierenden Top-Secret-Organisation geoutet. Mit der Lizenz zum Morden ging er gegen echte und mutmaßliche AktivistInnen der PKK vor.

Nach dem Bekanntwerden dieser Fakten, einem kurzen Aufschrei der Bevölkerung und einigen Presseberichten breitete sich rasch der Mantel des Schweigens aus. Der türkische Staat und die NATO hatten offensichtlich viel zu verlieren. Dieses Schweigen wird von dem kürzlich erschienen Buch „Graue Wölfe heulen wieder", erschienen im Unrast-Verlag (ISBN 3-928300-58-x), durchbrochen. Neben einer umfangreichen Recherche zu den obig genannten Verbindungen und einem höchst informativen historischen Abriß, eine Bestätigung, daß das Leben selbst die besten Thriller schreibt. Auch wenn einer/einem dabei Bange werden kann. ●

Aslan Fikret, Kemal Bozay
„Graue Wölfe heulen wieder", Münster 1997

Natural Born Nazi

Das ist der Titel des zweiten Bandes der Studie zum „Faschismus in der populären Kultur" von Georg **Seeßlen**. Diesmal geht es um die Visualisierung von Faschismus und Krieg in Film und Fernsehen, aber auch um die „neue Gemütlichkeit" und die „schöne schlechte Welt" der Fernsehserien von heute. Dabei muß sich Seeßlen in seiner Freiheit als Kulturtheoretiker nicht unbedingt an sämtliche wissenschaftlichen Regeln halten, er darf auch schimpfen, fluchen und sich lustig machen. So bezeichnet er z.B. den deutschen Seriengynäkologen „Dr. Stefan Frank - Der Arzt, dem die Frauen vertrauen" (wurde auch im ORF gesendet) als „chauvinistisches Arschloch, der sich mit einem faschistischen Vater prächtig versteht".

Für Seeßlen sind fast alle deutschen Fernsehserien Ausdruck einer Rückkehr zum „alten Glück", das v.a. darin besteht, daß Mann und Frau an ihre althergebrachten Positionen (zurück)geschickt werden (Arzt-, Förster- und Kriminalserien), daß die Familie (trotz aller Probleme) der angestrebte Hort der Liebe ist, daß Klassengegensätze nicht überbrückt werden (Dynastie-Serien) und daß Deutschsein in der Welt wieder etwas heißt (Ferienserien v.a. in Mallorca). Auch der „Kommissar Rex" kriegt sein Fett ab: „Ein Wiener Polizist ist mit einem deutschen Schäferhund in einer Welt unterwegs, die das alte Österreich und den Wienfilm (nebst seinen >Anschlußfilmen<) unentwegt herbeizitiert."

Seeßlen geht davon aus, daß die Faschisierung der Wahrnehmung und der Handlungsanleitungen bei vielen deutschen Menschen 1945 noch gar nicht abgeschlossen war. „Im Jahr 1965 gab es vermutlich mehr deutsche Faschisten als im Jahr 1935. Aber die meisten von ihnen waren zugleich gute Demokraten und Mitglieder in Kleingärtnervereinen und bewußte Verbraucher und Besucher des Teutonengrills an der Adria und Fernsehzuschauer und Bild-Zeitungsleser und Gartenfestfeierer." Und so erklärt er z.B. die Unbeliebtheit einer Figur wie Oskar **Schindler**, dessen Leben von Steven **Spielberg** in „Schindler´s List" verfilmt wurde, da diese Geschichte eine Antwort auf jene Frage gibt, die niemand beantwortet haben will: Was hätte man denn tun können?

Dennoch fragt sich Seeßlen, „ob in der Kinomaschine von Hollywood tatsächlich etwas von der durchaus endgültigen Entfremdung des Menschen von seiner Geschichte durch und nach Auschwitz zu vermitteln ist, ob das System der populären Mythologie dem System der Vernichtung gerecht werden kann, ob nicht auch Steven Spielberg das eigentliche, das aufklärerische Ziel strukturell verfehlen und dann doch Versöhnung und Erlösung über dem Unversöhnbaren, Nicht-Erlösbaren anbieten mußte". ●

Georg Seeßlen „Natural Born Nazi"
Edition Tiamat Berlin 1996

Goldhagen & die deutsche Linke

oder Die Gegenwart des Holocaust

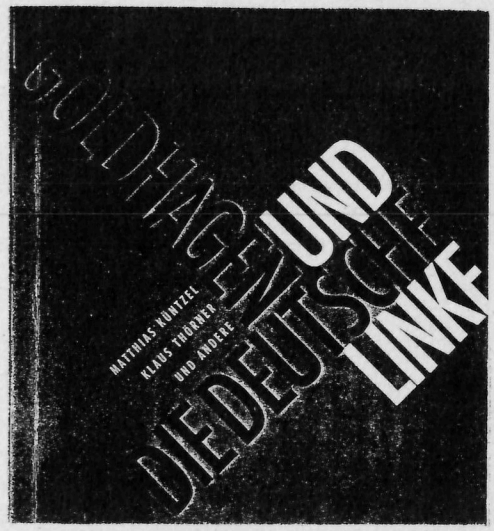
EIN TITEL, DER HIERZULANDE WAHRSCHEINLICH FÜR NICHT VIEL INTERESSE SORGEN WIRD. ALLERDINGS NUR DANN, WENN DIE TATSACHE DES SEHR ÄHNLICHEN UMGANGS MIT DER „VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG" IN DEUTSCHLAND UND ÖSTERREICH GELEUGNET WIRD.

Aber nicht nur aufgrund dieser Ähnlichkeiten sollte dieses Buch zu einem Standardwerk von Antifas auch hierzulande werden. Vielleicht regt das Buch daneben endlich zu einer Auseinandersetzung mit Goldhagens „Hitlers willige Vollstrecker" auch innerhalb der hiesigen „Szene" an.

Als Ausgangspunkt die Thesen Goldhagens hernehmend, die sich wie ein roter Faden durchs Buch ziehen, wird u.a. versucht die Shoah „erklärbarer" zu machen. Diese Thesen werden von den AutorInnen in vier Kernaussagen zusammengefaßt: „1. Das kennzeichnende Merkmal des Nationalsozialismus ist der Holocaust. 2. Die antisemitischen Auffassungen der Deutschen waren die Triebkraft, die Jüdinnen und Juden bereitwillig zu töten. 3. Der Vernichtungseifer, den die ganz gewöhnlichen Deutschen in den Mordinstitutionen an den Tag gelegt hatten, war auch von anderen gewöhnlichen Deutschen, sofern sie die Möglichkeit zu töten erhielten, zu erwarten. 4. Die Schutzbehauptungen, mit denen die TäterInnen ihr Handeln nach 1945 zu rechtfertigen versuchten, sind widerlegt." (S. 17)

Diese Behauptungen lösten gerade durch ihre Intention, die arbeitende Klasse nicht in Schutz zu nehmen, heftige, bisweilen auch antisemitische Reaktionen bei der Linken aus. So saßen diese auch der Behauptung der bürgerlichen deutschen Presse auf, wonach Goldhagen angeblich eine „Kollektivschuld" behaupte. Und dies, obwohl der Autor selbst den Vorwurf schon dutzende Male davor zurückgewiesen hatte. Um es mit Günther Anders zu schreiben:"Gäbe es das Wort (Kollektivschuld, A.d.V.) nicht, Ihr würdet es erfinden, um es zu bekämpfen. So wie Ihr, wenn es uns Juden nicht gegeben hätte, Juden erfunden und sogar hergestellt hättet, um uns verfolgen und liquidieren zu können". (S. 41). Aber nicht nur deshalb brachte es die Linke im großen und ganzen nicht fertig, sich mit Goldhagen auseinanderzusetzen. Eine andere Spielart der Abwehr war die primäre Auseinandersetzung mit dem durch Goldhagen verursachten Medienrummel, hinter dem (wer hätte es vermutet) das Interesse der USA stand.

So sehen die AutorInnen einen Großteil der Linken nicht nur in der abwehrenden Tradition dogmatischer KommunistInnen, deren Analysen, bis auf wenige Ausnahmen, nie über eine Schuldzuweisung ans Großkapital hinausgingen, sondern auch in der Tradition des „deutschen Volkes" nach 1945.



„Die erste Verleugnung ging von der TäterInnengeneration aus... Für die zweite Verleugnung ist die zweite Generation verantwortlich, zu welcher die deutsche Linke seit 1968 hautsächlich gehört. Diese Linke hat sich in Bezug auf das gemeinschaftsstiftende Erlebnis des Holocaust als ein untrennbarer Bestandteil des nationalen Kollektivs erwiesen." (S.113) An anderer Stelle heißt es: „Nicht um die geschichtliche Wahrheit hatte die deutsche Linke gerungen, sondern um die effektivste Form, diese Wahrheit abzuwehren." (S. 110) Den Antizionismus als Beispiel hernehmend, der nicht nur in Deutschland eine wüste TäterInnen-Opfer Umkehr betreibt, wird erfolgreich versucht, diese Thesen zu bekräftigen. An dieser Stelle muß darauf hingewiesen werden, daß die Verstrickungen mit dem „Hause des Henkers" auch hierzulande geltend gemacht werden müssen. So ist auch für die hiesige Linke, „die Versöhnung mit Hitlers willigen VollstreckerInnen nie ein Thema gewesen: Sie wurde praktiziert. Unwillentlich hat die deutsche (österreichische, A.d.V) Linke mit ihrer Weigerung, deren Verbrechen zu thematisieren, die herrschende Ordnung, die zu bekämpfen sie angetreten war, reproduziert". (S.126)

●

Nr. 24 Herbst 1997

BAHAMAS

Europa –
Gemeinschaft der Feindseligen

Europas Regionen in gemeinschaftlicher Konkurrenz, Regionaler Wettbewerbsstaat, Nationalbolschewisten in der "jungen Welt", Ein Sommer im Oderbruch, Organisierte Kriminalität, Antisemiten und Deutschtümler in Österreich u.a.m.

Einzelpreis DM 7,50 (Vorauskasse / Briefmarken)
Abonnement DM 22,50 für drei Ausgaben;
BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin
Fax/Fon: 030 / 623 69 44

Planet Österreich

NACH EINIGEN AUSGABEN UNTERBRECHUNG FINDET SICH IN DIESER NUMMER WIEDER EIN EINE ART „PRESSESPIEGEL" ZUM THEMENKOMPLEX STAATSRASSISMUS, FLÜCHTLINGE UND ASYL.

ASYLBILANZ

Knapp 10.000 Asylanträge werden bis Ende 1997 erwarten. mit Stichtag 30. September 1997 wurden exakt 441 Flüchtlinge in den gesicherten Asylstatus übernommen, im Vorjahr waren es 716. Die Anerkennungsquote liegt bei ca. 8 Prozent. Einen ablehnenden Asylbescheid bekamen u.a. Omar A. aus Somalia, dessen Folternarben keinen Asylgrund darstellten, ebenso erging es einem serbischen Staatsbürger aus dem Kosovo, der aus der Armee desertierte. Negativ entschieden wurde auch der Antrag einer ehebrechenden Iranerin, der in ihrer Heimat schlimmstenfalls die Steinigung durch die Revolutionswächter droht.

Quelle: News 46/97

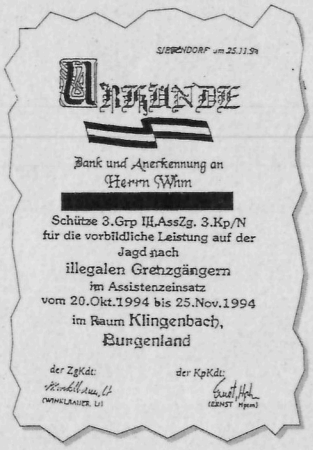
„AUSLÄNDER RAUS" IM AKKORD

Das Innenministerium verwendet vorgefertigte Blanko-Bescheide, die je nach passendem Etikett von den SachbearbeiterInnen nur noch mit Name, persönlichen Daten und ein paar Sätzen „Freitext" komplettiert werden müssen. Eine Checklist zeigt den BeamtInnen alle Möglichkeiten, wie der/die NichtösterreicherIn möglichst rasch auszuweisen ist, wie Scheinehe, eine zu kleine Wohnung oder Fristenversäumnis. Diese Maßnahmen lassen sich auf einen berüchtigten Mann zurückführen: Sektionsleiter Manfred **Matzka**, der schon zu Löschnaks Zeiten die Drecksarbeit erledigte. Als Leiter der - damals für Aufenthaltsangelegenheiten zuständigen - Fremdenpolizei vollzog er jene Gesetze, die den neuen harten Kurs in Sachen Ausländer begleiteten. Was ihn zum Liebkind der „Kronenzeitung" machte. Diesen Kurs setzt Matzka auch als Leiter der Sektion III, der Ausländersektion des Innenministers **Schlögl**, fort. Durch einen internen Erlaß führte er im Feber 1996 ein neues Überstundenmodell ein. Die Beamten wurden informiert,wie sie, je nachdem wie viele Bescheide sie erledigt haben, pauschal Überstunden verrechnen können. Ausgegangen wird von einem „Normalkontingent" von 20 Bescheiden. Mehr Bescheide werden zusätzlich honoriert: bei bis zu 23 Bescheiden 2 Überstunden, bei bis zu 35 Bescheiden 10 Überstunden und bei 50 Bescheiden 20 Überstunden extra. Hintergrund, wie von KritikerInnen geäußert, ist der Gedanke, möglichst viele NichtösterreicherInnen des Landes zu verweisen. Je höher die Zahl der Bescheide, desto höher die Entlohnung, fein nach kapitalistischer Logik. Matzka selbst nannte die Überstundenregelung „ein Notprogramm", wegen Personalmangels.

Quelle: News 38/97

MENSCHENJAGD AN DER GRENZE

„Die Leute draußen sind im Dauerstreß, der Dienst ist alles andere als ruhig". Mit diesen Worten wird Oberstleutnant Dieter **Jarmer** vom Militärkommando Burgenland von der „Presse" zitiert. „Allein im Juli sind von uns 437 illegale Grenzgänger erwischt worden, Gendarmerie und Zoll haben noch einmal an die 150 Personen gestellt." Waren es in den Frühjahrsmonaten rund 200 bis 300 Aufgriffe, so stieg die Zahl im Juli eklatant an. Besagter Oberstleutnant führt dies auf die verstärkten Kontrollen an den Grenzübergängen zurück, wodurch „immer mehr Flüchtlinge über die grüne Grenze auszuweichen versuchen".


SIEBENDORF am 25.11.97

Urkunde

Dank und Anerkennung an
Herrn Wim

Schütze 3.Grp III.AssZg. 3.Kp/N
für die vorbildliche Leistung auf der
Jagd nach
illegalen Grenzgängern
im Assistenzeinsatz
vom 20.Okt.1994 bis 25.Nov.1994
im Raum Klingenbach,
Burgenland

der ZgKdt: (WINKELMAIER, Lt)

der KpKdt: (ERNST, Hptm)

Das Schwergewicht der Aufgriffe liegt im Seewinkel. Allein im Raum Nickelsdorf wurden von den Assistenzsoldaten heuer bereits über 450 Personen aufgegriffen. „Die meisten kommen aus Rumänien, seit den vergangenen Wochen stellen wir aber verstärkt Personen aus dem Irak", erklärt Jarmer.

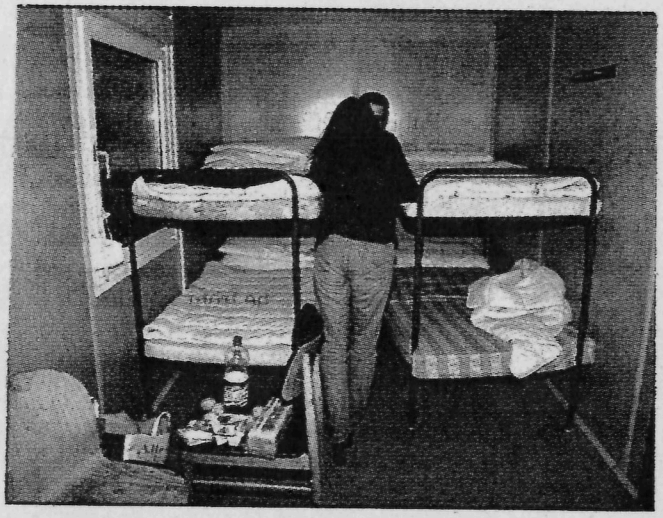
„FLÜCHTLINGSJAGD" - DIE „SCHULE DER NATION"

Im Burgenland stehen derzeit 2000 Soldaten aus Wien, Niederösterreich und Salzburg im Assistenzeinsatz. In über 83 Ablösen griffen seit September 1990 etwa 143.000 Mann bisher rund 31.000 Flüchtlinge auf. Interessantes zu hören war vom Verteidigungsminister und eifrigem Ulrichsbergbesucher Werner **Fasslabend**. Der Assistenzeinsatz führt dazu, daß nicht alle Grundwehrdiener ausreichend für ihre eigentliche Aufgabe im Verteidigungsfall ausgebildet werden können, so sie wiederholt an der Grenze eingesetzt werden. Fasslabend dazu: „Derartige, ausnahmsweise mehrfach im Assistenzeinsatz verwendete Kräfte werden speziell dafür kontingentiert. Sie finden in weiterer Folge keine Verwendung in der Einsatzorganisation."

Quelle: Presse vom 8.8., Standard vom 23. 9.

FLUGHAFEN SCHWECHAT: FÜNF INDER VIER WOCHEN FESTGEHALTEN

Für jene fünf indischen Staatsbürger, die seit 9. Oktober im Transitbereich des Flughafens Schwechat festsaßen, hatte die zermürbende Wartehaft Anfang November ein Ende. Nachdem sich die Niederlande - die Inder waren von Bom-



SONDERTRANISTRAUM AM FLUGHAFEN WIEN-SCHWECHAT

bay über Amsterdam nach Österreich gekommen - nicht bereit erklärten, die Asylbewerber zu übernehmen, wurde in Österreich ein ordentliches Asylverfahren eingeleitet. Bevor das Geschehen öffentlich wurde, mußten sie - vom Flughafensozialdienst versorgt - auf Metallbänken schlafen, dann wurden in einem Container mit 4 Betten, und Dusche am Rande des Flughafens festgehalten. Eine eineinhalb Meter hohe Mauer trennte das Gefängnis vom Rest des Flughafens ab.

Zunächst rechneten die österreichischen Behörden damit, daß die Niederlande die Flüchtlinge übernehmen werden. Als Begründung dafür wurde angegeben, daß die Flüchtlinge gemäß Dubliner Übereinkommen nur in jenem Staat einen Asylantrag stellen dürfen, in den sie zuerst eingereist sind. Die Niederländer behaupteten jedoch, daß die Inder nur auf der Durchreise waren und nur den Transitbereich des Flughafens betreten hätten - und dieser ist exterritoriales Gebiet. „Wir müssen das so akzeptieren", erklärt dazu der Sprecher des Innenministers.

Nun werden die Asylgründe der fünf Inder geprüft. Zu diesem Zweck werden die Männer ausführlich von einem UNHCR-Vertreter und einem Beamten des Bundesasylamts befragt. Entscheiden beide negativ, werden die Asylbewerber zurückgeschoben. Herrscht Uneinigkeit, dürfen die Betroffenen nach Österreich einreisen. Diese Neuregelung des „Asyls am Flughafen" wurde im März dieses Jahres von Innenminister Karl Schlögl beschlossen.

Sollte letztendlich doch noch ein Asylverfahren von den österreichischen Behörden abgelehnt werden, haben die Inder noch die Möglichkeit, beim Bundesasylsenat im Bundeskanzleramt Einspruch zu erheben. Der Bundesasylsenat ist in der Regel die letzte Instanz. Bei längerer Dauer des Verfahrens würden die fünf Männer nach Traiskirchen transferiert werden. Vorläufig bleiben sie in ihrer Containerunterkunft auf dem Flughafengelände.

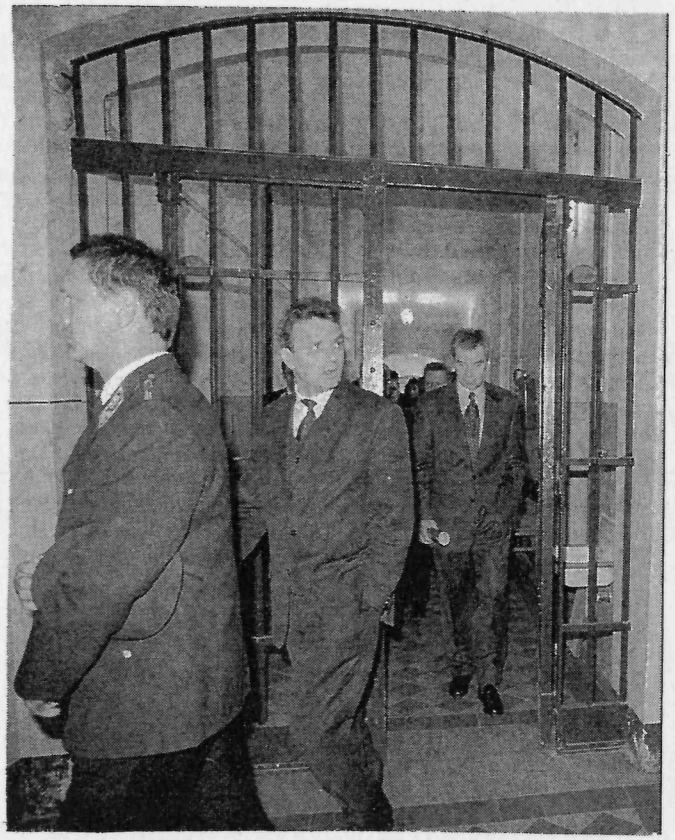
Scharfe Kritik an der österreichischen Asyl- und Ausländerpolitik kommt von der Obfrau der „Asylkoordination Österreich", Anny Knapp: „Der Fall der fünf Inder ist nicht nur ein skandalöser Einzelfall, sondern zeigt auch den unmenschlichen Geist der in Österreich gegenüber Ausländern vorherrscht". Knapp bezeichnete die Festhaltung der fünf Inder als „rechtswidrige Freiheitsberaubung".

Quelle: Presse vom 6.11

Abschieben, Abschiessen

In der Nacht vom 27. August verfolgten Kärntner Grenzgendarmen eine Gruppe Flüchtlinge, stellten sie und nahmen einen Teil von ihnen fest. Irgendwann „löste" sich ein Schuß, ein Rumäne blieb schwer verletzt am Boden liegen. Dieser Fall machte in ganz Österreich Schlagzeilen. Zweifel am Tathergang waren durch die Aussagen der Gendarmen bald ausgeräumt, das Opfer - der Rumäne - sei ein Schlepper und habe sich gewehrt. Da die „Schlepperbedrohung" in Österreich mittlerweile als die größte Gefahr für die II. Republik gilt, wurde diese Erklärung nach und nach von der Presse akzeptiert. Das Nachrichtenmagazin „profil" forschte aber weiter und läßt die Erklärungen der Gendarmen in einem schlechten Licht erscheinen. So traf die Kugel den Rumänen von seitlich hinten.

Quelle: profil 44/97



MINISTER SCHLÖGL NACH INSPEKTION „SEINER" SCHUBHÄFTLINGE

Rassistische Polizeirazzien Ob U-Bahn oder Donauinsel

1997 rückte auf der Wiener Donauinsel viermal ein Aufgebot von bis zu 100 Uniformierten aus, die Razzien konzentrierten sich auf „ausländische" Gäste und Personal. Am 28. August stürmten 20 PolizistInnen das Lokal „Kilimanjaro" und überprüften Ausweise und Aufenthaltsgenehmigungen der schwarzen Gäste, wer keine Papiere vorweisen konnte, wurde sofort abgeführt. Auch Rapid-Spieler Ipoua hatte seinen Paß nicht dabei, ein Beamter schrie ihm „Du Hund, zeig deinen Reisepaß" ins Gesicht.

Am 27. und 28. Oktober gab es nicht zum ersten Mal in der Wiener U-Bahn eine Großrazzia zur „Bekämpfung der Suchtgiftkriminalität und Überprüfung nach den Bestimmungen des Fremdengesetzes". An etlichen U-Bahn Stationen wurden alle Ein- und Ausgänge und Bahnsteige kontrolliert, laut Zeitungsnachrichten perlustrierten die zahlreich eingesetzten Polizeikräfte 750 Personen, nach Zeugenaussagen wurden hauptsächlich schwarze Fahrgäste angehalten und besonders penibel untersucht.

Quelle: News 37/97, TATblatt +86

Statistics 1000 Hungerstreiks

Das österreichische Innenministerium veröffentlichte Zahlen zur Schubhaft in Österreich: Knapp 15.000 Schubhäftlinge landen jährlich im Gefängnis - davon treten rund 1000 in den Hungerstreik, um so freizukommen.
In den Wiener Haftanstalten wurden im Vorjahr 537 Häftlinge wegen Hungerstreiks entlassen, in den ersten drei Quartalen des heurigen Jahres waren es 590. Im Burgenland wurden im Vorjahr 129 registriert, heuer 158, in Niederösterreich in beiden Jahren 101 Personen. Bundesweit weist die Statistik für diesen Zeitraum vom 1. Jänner 1996 bis Anfang Oktober 1997 1.682 Schubhäftlinge aus, die durch Hungerstreik freigekommen sind. Im Vorjahr gab es in Österreich 14.718 Schubhäftlinge, in den ersten neun Monaten 97 waren es 11.725 ●

STAATLICHER RASSISMUS

Nicht weit von hier auf der Roßauer Lände nimmt staatlicher Rassismus* Gestalt an - in Form eines Schubhaftgefängnisses. Das einzige „Verbrechen" der meisten dort eingesperrten (zum Teil noch minderjährigen) Menschen ist es, in Österreich Zuflucht zu suchen. Sie werden ohne Gerichtsverfahren aufgrund ihrer Herkunft und ihrer sozial schwachen Stellung mit bis zu 6 Monaten Freiheitsentzug bestraft:

SCHUBHAFT IN ÖSTERREICH

Österreichische Schubhaftfassade

* „Staatlicher Rassismus" bezeichnet hier gesetzliche Bestimmungen und Praktiken, die eine Diskriminierung einer bestimmten Gruppe von Migrantinnen zur Folge haben, nicht jedoch eine Diskriminierung, der die Konstruktion „Rasse" zugrunde liegt.